Hans-Jürgen
Burchardt



DAS PANDEMISCHE MANIFEST

Neun Schritte in eine zukunftsfähige Gesellschaft

oekom

natürlich oekom!

Mit diesem Buch halten Sie ein echtes Stück Nachhaltigkeit in den Händen. Durch Ihren Kauf unterstützen Sie eine Produktion mit hohen ökologischen Ansprüchen:

- 100 % Recyclingpapier
- mineralölfreie Druckfarben
- Verzicht auf Plastikfolie
- Kompensation aller CO_2-Emissionen
- kurze Transportwege – in Deutschland gedruckt

Weitere Informationen unter www.natürlich-oekom.de
und #natürlichoekom



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über www.dnb.de abrufbar.

© 2021 oekom verlag, München
oekom – Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH
Waltherstraße 29, 80337 München

Layout und Satz: Reihs Satzstudio
Lektorat: Susanne Darabas
Korrektur: xxx
Umschlaggestaltung: Mirjam Höschl, oekom verlag
Umschlagabbildung: © the israel museum, Jerusalem
Druck: CPI books GmbH, Leck



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Lizenz: Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International (CC BY-NC-ND 4.0). Diese Lizenz erlaubt die private Nutzung, gestattet aber keine Bearbeitung und keine kommerzielle Nutzung. Weitere Informationen finden Sie unter: creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0

Alle Rechte vorbehalten
ISBN: 978-3-96238-342-8
E-ISBN: 978-3-96238-889-8
https://doi.org/10.14512/9783962388898





Hans-Jürgen Burchardt

DAS PANDEMISCHE MANIFEST

Neun Schritte
in eine zukunftsfähige Gesellschaft

Inhalt

**Aus Fehlern lernen:
Aufbruch in eine postpandemische Zukunft** *7*

Mythos #1 **Corona ist ein Gleichmacher** *13*
Erster Schritt:
Die Ungleichheit nicht mehr töten lassen

Mythos #2 **Die Pandemie macht uns alle arm** *22*
Zweiter Schritt:
Wie wir nach Corona alle reicher werden

Mythos #3 **Das Virus ist geschlechtslos** *38*
Dritter Schritt:
Die gesunde Gesellschaft durch Gemeinwohl für alle/
Die ehrliche Gesellschaft durch Gemeinwohl von allen

Mythos #4 **Die Schulen sind uns wichtig** *52*
Vierter Schritt:
Zukunft für die Coronageneration schaffen

Mythos #5 **Kein Staat zu machen** *66*
Fünfter Schritt:
Fairdenken statt Querdenken/
Der wach geküsste Staat und sein Dornröschenschloss

Mythos #6 **Die Pandemie
ruiniert unsere Wirtschaft** *86*
Sechster Schritt:
Gutes Klima für Arbeit und Mensch

Mythos #7 **Covid-19 ist eine Naturkatastrophe** *113*
Siebter Schritt:
Corona als Neustart für die Landwirtschaft

Mythos #8 **Corona wird im eigenen Land besiegt** *123*
Achter Schritt:
Niemand ist sicher, bis alle sicher sind

Mythos #9 **Wir haben keine Zeit mehr für den Wandel** *136*
Neunter Schritt:
Zeit als Schlüssel für die Zukunft/
Wem die Stunde schlägt – hohe Zeit für Zeitpolitik

Schluss – mit Corona *160*

Gewissheiten und Inspirationen *162*

Aus Fehlern lernen: Aufbruch in eine postpandemische Zukunft

Ein Gespenst geht um in der Welt – das Gespenst der Pandemie: Corona. Interessiert mich das? Ich bin geimpft. Ich werde bald geimpft. Ich lasse mich nicht impfen, ich brauche nicht geimpft zu werden. Ich will mein geklautes Leben zurück! Durchhalten! Durchkommen! So lautet die Devise.

Danach werden wir tanzen, feiern, schmausen, reisen, Hände schütteln, saunieren, frei atmen, tief atmen, prusten, gemeinsam lachen, unbedarft husten, fliegen, schwimmen, lieben und leben. Wir werden entspannt shoppen, gechillt in Kneipen sitzen, Theater genießen, Konzerten lauschen, in Museen staunen, in Gotteshäusern Zuversicht suchen, vor Kinos in der Schlange stehen, in Fußballstadien oder Sporthallen mit Freunden bangen und feiern, uns verlieren und mal wieder verliebt sein.

Wenn nach der letzten Coronawelle die erste Gier nach Leben und Miteinander gestillt ist, der Reiselust, Partys und guter Gastronomie gefrönt wurde, wird sich Ernüchterung breitmachen. Denken ist angesagt.

Manch ein Horizont hat sich erweitert, Unaussprechbares ist zum Alltag geworden. Die Entdeckung der Langsamkeit führte zu neuen Entdeckungen im Leben. Hier und dort wurde Entfernung wirklich zu Nähe. Lieb gewonnene Gewohnheiten mussten aufgegeben werden, und Wahrheiten wurden überholt. Arbeitsperspektiven haben sich verändert. Das Leben ebenso. Man hat manch guten Freund besser kennengelernt – nicht immer nur zum Besten. Fliegen und Reisen werden für lange Zeit anstrengender und weniger sorgenfrei. Persönliche Kontakte und Mobilität werden zwar wieder leichter. Nur nicht überall. Doch fast überall mit Einschränkungen.

Es besteht die Gefahr, dass die Krise neben einer kleinen Schar an Gewinnern eine große Mehrheit an Verlierern schafft. Hier und anderswo.

Und 2024, wenn die meisten Einschränkungen überwunden und die Aufräumarbeiten abgeschlossen sind, wissen wir es definitiv. Es gibt kein Leben nach, es gibt nur ein Leben mit Corona.

Viele Jahre wird es dauern, bis die Mehrheit der Weltbevölkerung geimpft ist. Dann werden wir feststellen, dass die Menschheit keine Herde ist und die erhoffte Immunisierung nicht zwangsläufig eintritt. Dass immer wieder Coronamutationen auftreten, die errungene Impferfolge und unsere Gesundheit erneut bedrohen.

Die Lebensweisheit von Marcel Proust, dass die wahren Paradiese immer die vergangenen sind, weshalb man sie wiederfinden müsse, trägt bei Corona nicht. Wir können nicht zum Normalen zurück. Denn das Normale war – das Problem. Zeit also zu überlegen, wie wir nach der Pandemie leben wollen.

Der Zeitpunkt dafür ist nicht schlecht gewählt.

Die Coronakrise wird häufig als Zeitenwende, als epochales Ereignis mit weitreichenden Wirkungen beschrieben. Und von vielen genau so wahrgenommen. Der Historiker Reinhart Koselleck hat einmal darauf hingewiesen, dass Krisen als kontingente Situationen und als soziale Prozesse zu verstehen sind, in welchen sich Konflikte intensivieren und soziale, ökonomische, kulturelle und politische Gemengelagen erschüttert, aufgebrochen und neue Konstellationen hervorgebracht werden. Oder aber sich Bestehendes verhärtet. Krisen sind also historische Ausnahmesituationen, in denen ein frisches Handeln gegen die tradierten gesellschaftlichen Prinzipien und die daraus emanierenden Handlungsimperative nicht garantiert werden kann, aber auch nicht unmöglich ist. Krisen sind Weggabelungen, von denen höchst unterschiedliche Pfade gesellschaftlicher Entwicklung abzweigen können. Die Pandemie stellt einen ebensolchen Ausnahmezustand dar.

Zwei Wege leuchten am Ende des Tunnels besonders hell: Entweder wir vergessen die Verwerfungen vor Corona, überhöhen den vorpandemischen Zustand als gelungene und gute Normalität, wollen das Rad – manche recht weit – zurückdrehen und setzen ganz auf Restauration. Für die vielen, denen es vor Corona gut ging beziehungsweise die erst durch Covid-19 merkten, wie gut es ihnen ging, ist das eine ebenso verständliche

wie attraktive Perspektive. Doch sie ignorieren, dass es gar keinen postpandemischen Zustand geben kann, der unserer Gesellschaft vor Corona gleicht.

Nach der Pandemie ist nicht das Ende der Krise. Vermutlich stehen wir eher am Ende ihres Anfangs.

Fallen wir in alte Muster zurück, werden bald wieder Sparpolitiken vorherrschen und Austerität diktiert. Das führt zu sozialem Kahlschlag, der morgen weltweit mehr Menschen zu töten droht als Covid-19 heute. Die Gesundheitsversorgung wird zunehmend vom Geldbeutel abhängen, Bildung, Betreuung und Pflege werden weiter ausgelaugt. Extremwetter werden immer mehr Opfer fordern, und unser Gemeinwesen wird immer weniger Schutz und Zukunft bieten. Dann wird die erschöpfte Gemeinschaft eines Tages zerbröseln. Manche/r Populist*in reibt sich bei dieser Aussicht schon die Hände. Wenn sich darauf eine weitere Pandemie – oder der Klimawandel, der uns jetzt schon mit Jahrhundertfluten, Waldbränden und Hitzeglocken klarmacht, was er für uns bereithält – über die letzten Reste von Menschlichkeit hermacht, ist es wenig wahrscheinlich, dass unsere Kinder ein weiteres Mal verschont werden.

Seitdem das Hamsterrad des Alltags für viele langsamer rotiert und für manche ganz stillsteht, wissen wir besser, was wir für das gute Leben brauchen. Was uns fehlt und was wir zu wenig gewürdigt haben. Wollen wir die vor Covid-19 existierenden wirtschaftlichen Probleme, die sozialen Zerklüftungen, die Umweltbelastungen und die politischen Schieflagen wirklich noch vertiefen und verschärfen?

Der zweite Weg beginnt schmaler, ist anfangs holpriger, endet aber nicht an einem Abgrund. Dank Corona hat er an Konturen gewonnen und ist auch im Dunkeln sichtbar. Covid-19 fordert uns auf, unser Zusammenleben neu auszubuchstabieren. Und gibt uns Orientierungen, wohin dieser Weg gehen könnte. Corona ist nicht nur ein Virus, das tötet. Es ist auch ein sozialer Marker, da es besonders dort gut gedeiht, wo Misere herrscht. Es lehrt uns, was wirklich »systemrelevant« ist: unser Gemeinwohl. Und das stärken wir nicht durch den Ruf nach einem starken Staat. Gemeinwohl für alle betrifft uns alle, fordert uns alle, unterstützt und schützt uns alle. Heutige und Morgige. Wir haben durch Corona erfahren, dass das

Undenkbare möglich ist. Eine Gesellschaft, in der das Wort »Solidarität« nicht mehr rückwärtsgewandt und hohl klingt, sondern ernst gemeint ist. In der die Verletzlichen von heute – die Alten, Schwachen und Armen – genauso viel Unterstützung erfahren wie die Vulnerablen von morgen – also unsere Kinder und Kindeskinder.

Wir brauchen jetzt wirksame öffentliche Infrastrukturen, die bürgernah und durch Mitbestimmung geprägt sind. Und eine Wirtschaft, in der sich Leistung, Eigeninitiative, Talent, Kreativität und Nachhaltigkeit lohnen und die Maxime nicht länger lautet: »Wer hat, dem wird gegeben.« Eine solche Vision kann nur überzeugen, wenn sie persönliche Freiheiten respektiert, diese aber durch gleiche Teilhabe aller erreichen will. Wenn sie Vorschläge entwickelt, bei der individuelles Wohlbefinden und kollektive Anerkennung nicht auf Kosten der heutigen oder nächsten Generation gehen. Es gilt darum, Gemeinschaft herzustellen, ohne auf Ausschluss und Diskriminierung zu setzen.

Es geht um Zukunft statt um Herkunft!

Natürlich ist das ein schwieriges Vorhaben. Das pandemische Manifest leuchtet es aus. Dafür wurde Hilfe von verschiedenen Seiten geholt.

Zum einen lehrt uns Corona, dass man eine Krise, die mit Naturgewalten umgehen muss, nicht allein mit Naturwissenschaften lösen kann. Konkret: Wenn man Pandemien verstehen und verhindern will, muss man in die Strategien der Virolog*innen die wirtschaftlichen und sozialen Triebkräfte integrieren. Dies hat zu wenig stattgefunden, und das hat die Krise verschärft. So setzt die Politik auf frühzeitige Erkennung und Eindämmung durch die jeweiligen Nationalstaaten, die Wissenschaft bemüht sich um bessere Prognostik und Diagnostik; alle hoffen auf die Impfung. Wir starren auf Inzidenzkurven und Impfquoten wie das Kaninchen auf die Schlange und wundern uns, dass wir damit allein das Virus nicht verscheuchen.

Hier muss an den berühmten Satz Rudolf Virchows erinnert werden, dass Medizin eine soziale Wissenschaft zu sein haben. Das Krankheitsgeschehen lässt sich nicht verstehen ohne die gesellschaftliche Einbettung, eine Pandemie ohne Gemeinschaft lässt sich nicht effektiv bekämpfen. Wer das nicht begreift, hat schon verloren.

Diese Erkenntnis trifft auf alle Herausforderungen der Zukunft zu: Nach der Pandemie steht der Klimawandel vor der Tür. Sein Klopfen ist schon heute nicht mehr zu überhören. Auch dem kann man nicht nur naturwissenschaftlich oder technologisch begegnen, es braucht das Soziale.

Gegen Klimawandel kann man nicht impfen!

Zum anderen sind seit der Pandemie eine Menge Verschwörungsmythen, Geheimlehren, Irrglauben, aber auch falsche Wahrheiten im Umlauf, die uns beirren und uns vom Weg abkommen lassen wollen. Der Soziologe Norbert Elias hat uns gelehrt, dass es die Aufgabe der Wissenschaften sei, solche Mythen zu jagen. Das ist der Leitgedanke des pandemischen Manifests. Es macht Jagd auf die neun größten Mythen dieser Krise und auf kleinere Trugbilder, die sie in großer Anzahl begleiten.

Mythen zu jagen bedeutet nicht, neue Gebote aufzustellen. Nicht mit erhobenem Zeigefinger, Vernunft und Besserwissen, mit Moralpredigten, öffentlicher Empörung oder propagierter Betroffenheit wird vorangegangen. Vielmehr wird entrümpelt und Platz geschaffen. Jeder neue Schritt beginnt mit einer ehrlichen Bestandsaufnahme. Und endet mit frischen Ideen und kreativen Vorschlägen. Der Raum für ein neues Leitbild soll entstehen.

Ein Leitbild, das ganz bewusst unfertig ist. Das aus dem Wissen kommt, dass wir ein neues Verständnis von Nachhaltigkeit und Wohlbefinden brauchen. Welches im Alltag gefühlt und gewollt ist. Ein Entwurf, der im Gespräch, auf der Arbeit, in der Familie, im Leben diskutiert, kritisiert, gepriesen, verbessert, also weitergedacht und weitergetragen werden kann. Der mit dem Konzept des Zeitwohlstands Farbe bekennt und an Schärfe gewinnt.

Zeitwohlstand als eine Allianz des Gemeinsamen. Für ein gutes Leben für alle.

Begeben wir uns auf eine Reise voller neuer Ein- und Aussichten! Auf einen Weg, der nicht von religiösem Dröhnen, von Aufständen, Zusammenbrüchen oder Revolutionen begleitet wird. Sie aber verhindern kann.

Mythos #1

Corona ist ein Gleichmacher

So manche/r sah zu Pandemiebeginn ein neues Gemeinschaftsgefühl heraufziehen. Das Empfinden der Verwundbarkeit jeder/s Einzelnen, also die Erfahrbarkeit eines kollektiven »Gefährdungsschicksals«, sollte eine neue Solidarität begründen, die nicht wie in früheren Zeiten aus dem Kampf der Benachteiligten entsteht, sondern aus der wechselseitigen Hilfe von Gleich zu Gleich erwächst. Diese Interpretation beruhte auf dem Irrglauben, dass vor Corona alle gleich gewesen seien. Das Virus kennt keinen Stand, kein Geschlecht, keine Herkunft. Es agiert demokratisch. Der deutsche Soziologe Ulrich Beck hatte so etwas schon vor über 30 Jahren vom Smog behauptet. Was aber für die mittelalterliche Pest noch zutraf und zu einer epochalen Veränderung der Arbeits- und Einkommensverhältnisse führte, ist für Covid-19 vielfältig widerlegt. Zwar hatte der internationale Jetset keinen geringen Anteil an der globalen Verbreitung des Virus und musste anfangs selbst Opfer verzeichnen, die ihn aufschreckten. Doch mittlerweile greifen die Privilegien und eingespielten Abschottungsmechanismen der Reichen und Schönen auch gegen Corona. Und falls sie doch einmal versagen sollten, muss nicht um Intensivbetten und Sauerstoffflaschen gebuhlt werden.

In der Zwischenzeit wird kräftig weiterverdient. Die Coronakrise hat viele Superreiche rund um den Globus noch reicher gemacht. Die globale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation Oxfam zählte auf, dass die zehn reichsten Menschen der Welt ihr Vermögen zwischen Februar 2019 und Anfang 2021 trotz Pandemie um fast eine halbe Billion US-Dollar steigern konnten. Allein von diesem Gewinn könnte man Covid-Impfungen für die gesamte Menschheit bezahlen. Der jährlich erstellte *World Wealth Report* des Beratungsunternehmens Capgemini kommt zu ähnlichen

Ergebnissen. Danach wurde 2021 erstmals die Marke von 20 Millionen Millionär*innen weltweit überschritten: Die Zahl der Menschen, die über ein anlagefähiges Vermögen von mindestens einer Million US-Dollar verfügen, stieg bis 2021 um 6,3 Prozent. Capgemini rechnete vor, dass das Vermögen dieser Millionär*innen knapp 80 Billionen US-Dollar betrug. Diese Summe entspricht fast dem jährlichen Weltbruttoinlandsprodukt. Anders gerechnet: Würden sich diese Superreichen entschließen, die Staatsschulden der USA und Deutschlands zu begleichen, blieben ihnen immer noch 50 Billionen US-Dollar für ein gutes Leben übrig. Geld genug, damit sie auch in Zukunft mit ihren »Gadgets« ins Weltall fliegen können.

Auf der anderen Seite nimmt die Armut weltweit zu. UN-Schätzungen zufolge waren im ersten Coronajahr mehr als 800 Millionen Menschen unterernährt – knapp ein Zehntel der Weltbevölkerung. Bis Ende 2020 starben jeden Tag mindestens 6.000 Menschen an durch die Folgen der Coronakrise hervorgerufenem Hunger. Der Anteil der extremen Armut, also der »Habenichtse«, die täglich um ihr Überleben kämpfen müssen, wird sich nach Berichten der Vereinten Nationen allein 2021 fast verdoppeln. Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation ILO sind über 60 Prozent der weltweit Erwerbstätigen – die Mehrheit von ihnen Jugendliche und Frauen – informell beziehungsweise prekär beschäftigt, also von sozialer Sicherung, von Unterstützungsprogrammen wie Arbeitslosen- oder Krankengeld ausgeschlossen. Sie haben auch keinen Zugang zu Krediten. Für sie bedeutet Covid-19 dramatische Einkommensverluste, sozialen Abstieg, Wohnungsnot und Hunger. Mehr als die Hälfte der gesamten Menschheit ist heute nur einen Schritt von solcher Misere entfernt. Schlechte Ernährung, beengte Wohnverhältnisse und mangelhafte medizinische Versorgung begünstigen gleichzeitig eine rasche Ausbreitung des Virus.

Seien es die Millionen indischer oder chinesischer Wanderarbeiter*innen, die Bewohner*innen brasilianischer Favelas oder südafrikanischer Townships – zu oft litten und leiden Menschen nicht nur an Covid-19, sondern an den Folgen von Lockdowns. In vielen Ländern verschärft die todbringende Verbindung von Armut und Infektionsgeschehen gleichzeitig die Diskriminierung und den Ausschluss von Minderheiten. Als

in den USA deutlich wurde, dass das Virus vor allem Menschen in prekären Lebensverhältnissen und somit Afroamerikaner*innen, Latino/as und andere Arme und Schutzlose dahinraffte, wurde die Wirtschaft rasch wieder hochgefahren. In diesen Gruppen wütet Corona besonders heftig. In Brasilien sabotiert(e) der Präsident Jair Messias Bolsonaro jegliche Maßnahmen des Seuchenschutzes und gefährdet damit bis heute vor allem die schwarze und indigene Bevölkerung. In Brasilien ist die Wahrscheinlichkeit, an Covid-19 zu sterben, für Schwarze um 40 Prozent höher als für Weiße.

In Deutschland wurden und werden die sozialen Auswirkungen der Krise zwar durch zahlreiche staatliche Unterstützungsleistungen abgemildert. Dennoch bestätigen Erhebungen des Statistischen Bundesamtes 2021: Jeder vierte Haushalt in Deutschland hat aufgrund der Pandemie Einkommensverluste erlitten. Krisenbedingte Geldnot haben am häufigsten Alleinerziehende (25 Prozent), Selbstständige (20 Prozent) und Minijobber*innen, zumeist Frauen, die keinen Anspruch auf Kurzarbeiter- oder Arbeitslosengeld haben. Viele unserer »Coronahelden« gehören zum untersten Einkommensdrittel. Fast jede/r Sechste lebt hierzulande unterhalb der Armutsrisikoschwelle. Von diesen ärmsten Deutschen wiederum sind über 40 Prozent bedroht, dauerhaft in die Armut abzurutschen.

Auch bei uns provoziert die Verbindung von Armut und Infektionsgeschehen zunehmend eine ethnische Schieflage. Eine Studie der Universität Erlangen-Nürnberg zeigt, dass die Diskriminierung von Migrant*innen seit der Coronakrise spürbar zugenommen hat. Bei der Suche nach »Sündenböcken« für die Ausbreitung des Virus oder eine verschlechterte wirtschaftliche Lage werden oft Nachkommen von Eingewanderten, (Arbeits-) Migrant*innen und Geflüchtete zur Zielscheibe. Vergessen wird hingegen, dass in Deutschland gut 20 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund eine treibende und erfolgreiche Kraft der deutschen Start-up-Szene sind – die Gründer*innen des Impfstoffherstellers BioNTech sind ein leuchtendes Beispiel.

Auch in Deutschland gilt: Nicht das Virus, sondern die Armut ist das größte Gesundheitsrisiko. Geringverdienende, Migrant*innen, Niedrigqualifizierte oder Alleinerziehende sind deutlich stärker von der Infek-

tionsgefahr, von schweren Verläufen und vom Tod betroffen. Bereits 2020 zeigten erste Studien, dass das Risiko für Hartz-IV-Empfänger*innen, schwer an Covid-19 zu erkranken, über 80 Prozent höher ist als für regulär Beschäftigte. 2021 dokumentierte eine große Studie der Universität Mainz, was viele ahnten, worüber aber lange niemand sprach: Menschen mit einem niedrigen sozioökonomischen Status – also mit geringerer Bildung, weniger Einkommen oder beengten Wohnverhältnissen – sind am stärksten von Infektionen betroffen. Nicht die Vernachlässigung hygienischer Standards, sondern die insgesamt schlechteren Lebensverhältnisse erhöhen die Möglichkeit einer Ansteckung.

Covid-19 wird in Deutschland somit zum Beschleuniger einer ganz anderen Problematik: Armut frisst sich in ganze Regionen ein, wird immer stärker feminisiert und erblich. Die fleißige Tellerwäscherin kann bei uns nicht mehr zur Millionärin werden. Sie bedient vielleicht eine Geschirrspülmaschine. Sie wird aber weiter als Putzkraft bezahlt und ist dank Schwarzarbeit nicht sozialversichert.

Weltweit sind Frauen von der Pandemie am schwersten betroffen. Also genau die Gruppe, die den Laden am Laufen hält. Seien es Krankenhäuser und Betreuungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche, die Bedienung der Supermarktkassen. Meist sind es Frauen, die uns betreuen und versorgen. Frauen sind beruflich auch in den Branchen überrepräsentiert, die am stärksten von der Pandemie betroffen sind, wie zum Beispiel in der Pflege, im Tourismus, in der Unterhaltungsbranche oder der Gastronomie.

In Ländern mit niedrigem Einkommen arbeiten über 90 Prozent der Frauen in informellen, gefährlichen oder unsicheren Verhältnissen. Weltweit sind rund 740 Millionen Frauen in der informellen Wirtschaft tätig. Mit den Lockdowns rund um die Welt hat sich für viele von ihnen das sowieso schon karge Einkommen halbiert. Schon bei uns erhöht die Pandemie den Existenzdruck besonders für schlecht entlohnte Frauen und alleinerziehende Mütter. In vielen anderen Ländern stellt sich hingegen die Frage, ob man an Hunger oder am Virus sterben wird. Ob in Deutschland, Europa, den USA oder Indien: Zahlreiche Studien belegen, dass die wirtschaftlichen Auswirkungen der Seuche Frauen viel stärker als Männer aus der Arbeitswelt verdrängen, Karrierechancen vernichten und jahr-

zehntelange Fortschritte in der Beteiligung am Erwerbsleben zunichtemachen. Zusätzlich hat Gewalt gegen Frauen erkennbar zugenommen.

Der Bericht *Das Ungleichheitsvirus* von Oxfam thematisierte 2021 diesen Zusammenhang zwischen Corona und Ungleichheit im internationalen Maßstab – auch für Deutschland. In einer Umfrage unter 295 renommierten Wirtschaftswissenschaftler*innen aus 79 Ländern erwarteten 87 Prozent der Befragten, dass die Einkommensungleichheit in ihrem Land als Folge der Pandemie (stark) zunehmen wird. Die Hälfte aller Befragten äußerte die Ansicht, dass die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern (sehr) wahrscheinlich ansteigen wird, und mehr als zwei Drittel gingen davon aus, dass auch die Ungleichheitsrisiken für ethnische Minderheiten größer werden. Bemerkenswert ist, dass zwei Drittel der befragten Ökonom*innen meinten, ihre Regierung habe keine Strategie zur Bekämpfung der Ungleichheit.

In Deutschland versuchte die Politik zwar, die von der Pandemie verursachte soziale Tragik, die menschliche Isolation, fehlende Betreuungsangebote oder schrumpfendes Einkommen über finanzielle Transfers materiell abzufedern. Aber so nivelliert, wie sich die Politiker*innen ihre Gesellschaft vorstellen, waren und sind auch ihre Maßnahmen: Es regiert das Gießkannenprinzip, ohne dass berücksichtigt wird, dass das Virus sehr unterschiedlich unter den Menschen wütet. Auch von den Medien wurde dies zu wenig wahrgenommen. Nur langsam sickerte in das öffentliche Bewusstsein ein, dass die Intensivstationen von überdurchschnittlich vielen Armen und sozial Benachteiligten überquollen. Doch solange die Pandemiebekämpfung nicht berücksichtigt, welche Lebenswelten von der Infektion besonders betroffen sind beziehungsweise geschützt werden müssten, wird sie weiterhin mit schweren Rückschlägen zu kämpfen haben. Die Pandemie ist erst vorbei, wenn sie überall und für alle vorbei ist. Und die nächste Krise wird weniger tief greifend sein, wenn der Graben zwischen Arm und Reich nicht größer, sondern kleiner geworden ist.

Erster Schritt: Die Ungleichheit nicht mehr töten lassen

Covid-19 zum Gleichmacher zu stilisieren ist ein gefährliches Spiel mit dem Feuer. Es schwächt die Idee einer gerechten Gesellschaft, ein wichtiges Fundament für die Beschwörung von »Zusammenhalt«. Warum soll ich bei der Pandemiebekämpfung mitziehen, wenn ich selbst betroffen bin, andere aber mehr unterstützt werden? Warum soll ich mich impfen lassen? Die Rede von der Gleichmacherei des Virus, der ungebrochene Glaube an die nivellierte Gesellschaft ist zugleich eine Bankrotterklärung derer, die unsere Gesellschaft erforschen. Sie zeigt, dass bei uns immer noch nicht genug über soziale Unterschiede nachgedacht wird.

Mehrheitlich hängen wir der überkommenen Vorstellung an, eine nivellierte, also an- und ausgeglichene Mittelstandsgesellschaft zu sein, wie sie vom Soziologen Helmut Schelsky bereits in den 1950er-Jahren diagnostiziert wurde. Danach kann bei uns jede/r mit genug Einsatz und Hingabe aufsteigen. Die Bedeutung des sogenannten meritokratischen Prinzips, also des Grundsatzes von Belohnung und Bestenauslese durch Arbeit und Leistung, wie ihn der Volksmund mit seiner Redewendung »vom Tellerwäscher zum Millionär« veranschaulicht, begann in Deutschland spätestens nach dem Mauerfall zu erodieren. Leistungsgerechtigkeit verliert seit der Jahrhundertwende rasant an Bedeutung, wie zahlreiche Studien für Deutschland, aber auch weltweit belegen. Der sechste *Armuts- und Reichtumsbericht* der Bundesregierung von 2021 dokumentiert, dass es in Deutschland zu einer fortschreitenden Polarisierung der sozialen Lagen gekommen ist. Oben und unten, großer Reichtum und tiefe Armut haben sich seit den 1980er-Jahren verdoppelt. Und Armut vererbt sich. Wer arm geboren wird, kann sie heute kaum mehr hinter sich lassen. Die soziale Aufwärtsmobilität lässt nach – auch für die Mittelschicht. »Haste was, biste was« ist der alte, neue Grundsatz unserer Gesellschaft. Dennoch lügen wir uns alle – auch die Ärmsten – weiter in die Tasche und beteuern, dass wir Mittelschicht sind. Das meritokratische Prinzip wirkt auch umgekehrt: Armut wird stigmatisiert als Leistungsunwilligkeit, Faulheit, Unfähigkeit, »Losertum«. Da deklariert man sich lieber zur goldenen Mitte, auch wenn

das knappe Einkommen nie reicht, die eigenen Talente zu entfalten. Von der Doktrin des Leistungsprinzips profitieren hingegen viele derjenigen, die am wenigsten leisten: die Hälfte der reichsten Deutschen, die ihr Vermögen nicht über Arbeit errungen, sondern geerbt haben. Und so viel besitzen, dass sie ganz ohne Eigenleistung ihr Leben lang von Zinsen, Dividenden oder Aktiengewinnen leben können.

Die Lebenslüge einer nivellierten Gesellschaft bestimmt ungebrochen unser Denken und Handeln, unsere persönliche Verortung. Sie ist eine zentrale Referenz der Politik. Und wenn dieses rein imaginäre Narrativ einmal Risse bekommt, folgt statt Ursachenanalyse zu oft die Beschwörung von Heimat, Volk oder Nation. Einheit durch Ausschluss ist bei uns genauso wie woanders eine gern präsentierte Antwort auf soziale Krisen. Dies zeigte sich deutlich im Umgang mit der Pandemie. Da wurde das vermeintlich grenzenlose Europa blitzschnell nach Nationalitäten abgeschottet. Später beim Impfen herrschte vielerorts »my country first«, obwohl jede/r wissen sollte, dass es in der Pandemie keine Inseln gibt und selbst ein durchgeimpftes Europa kein Ende der Seuche garantiert.

Um Covid-19 effektiv zu bekämpfen, bedarf es einer klaren Anerkennung der sozialen Dimensionen der Pandemie. Deutschland tut sich damit weiterhin schwer. Zuckerbrot und Peitsche, Forderungen nach Vergünstigungen für Geimpfte oder nach einer Impfpflicht für alle sind nicht gerade kluge Antworten auf Impfskepsis und -müdigkeit. In den USA gibt es neuerdings Versuche, Armut und Migrationsstatus als gleichberechtigte Risikofaktoren neben hohem Alter anzuerkennen – und betroffene Gruppen bevorzugt zu impfen. Wir brauchen eine Impfstrategie, die aufklärt, Sprachbarrieren und Religionspraktiken anerkennt und die Impfung niedrigschwellig zu den Menschen und in die Wohnviertel bringt. TV-Spots zur besten Sendezeit, verständlich aufbereitete Informationsmaterialien in den sozialen Medien, mobile Impfteams in Kaufhäusern, Universitäten, in sozialen Brennpunkten und Impfen in Kirchen und Moscheen sind der richtige Ansatz, werden aber nicht engagiert genug umgesetzt. Und wo ist der Präventivschutz für diejenigen, die aufgrund prekärer Lebens-, Wohn- oder Arbeitsbedingungen besonders gefährdet sind? Das immer wieder aufflackernde Infektionsgeschehen in Fleischfabriken oder unter

Saisonarbeiter*innen in der Landwirtschaft mahnt zusätzlich, dass bei den Arbeitsbedingungen endlich soziale und hygienische Standards effektiv verbessert werden müssen.

Statt weiter auf Herdenimmunität zu setzen, sollten wir intensiv darüber nachdenken, dass unsere Gesellschaft keine einheitliche Herde ist. Wir müssen anerkennen, dass wir keine Mittelschichtsgesellschaft mehr sind. Debattieren, ob wir das soziale Auseinanderdriften begrüßen oder stoppen und gar umkehren wollen. Prüfen, wo wir selbst stehen, was wir uns für uns und unsere Liebsten wünschen. Es gilt anzuerkennen, dass wir mit unserem Wunsch nach einem guten Leben für unsere Kinder viel zu häufig eine Besitzstandswahrung verfolgen, die vor allem den Topverdienern und großen Vermögen nützt, unseren Kindern aber dauerhaft die Chancen auf eine nachhaltige Zukunft verbaut. Und zu begreifen, dass Gut- und Besserverdienende zu beständig einen Eigentumschauvinismus vertreten, der vielleicht heute individuell Sicherheit gibt, aber so überzogen ist, dass er unsere Kinder morgen in den Abgrund stürzt. Hat Corona nicht auch den Gutsituierten gezeigt, dass es sich lohnt, mal zu entspannen, sich zurückzulehnen, das Vorhandene zu genießen und zu überlegen, ob das Erreichte nicht reicht? (Eine Übungsanleitung für diesen Vorschlag findet sich in Mythos #9.)

Dieser erste Schritt gibt uns die weitere Richtung vor: Mehr sozialen Zusammenhalt, mehr Teilhabe, mehr Leistungsgerechtigkeit, mehr Daseinsvorsorge, mehr gutes Leben für alle und – mehr Gleichheit wagen!

Die wichtigsten Leitplanken für diesen Auftakt:

- Breite öffentliche Debatten über das Auseinanderdriften unserer Gesellschaft
- Mehr Daten und Wissen über Ungleichheit, Reichtum und Armut generieren
- Fokus stärker auf die Lage von Frauen richten
- Politik in die Pflicht nehmen: Vorschläge und Lösungen fordern und unterstützen, die nachweislich Ungleichheit reduzieren, Leistungsge-

rechtigkeit und Zusammenhalt stärken und Klimaschutz immer sozial verträglich denken

- Einen nationalen Coronarat einberufen, bei dem Expert*innen aus verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen helfen, die sozialen Lagen der Pandemie zu berücksichtigen; so die nächste Coronawelle brechen; Medizin und Virologie zu einer sozialen Wissenschaft machen

Mythos #2

Die Pandemie macht uns alle arm

Europa hat sich dank Corona auf die Kraft der Einheit besonnen. Im Sommer 2020 verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs und -chefinnen der 27 EU-Mitgliedstaaten ein historisch einmaliges Aufbaupaket von 1,8 Billionen Euro. Dies ist nicht nur das größte Konjunkturpaket, das jemals aus dem EU-Haushalt finanziert wurde. Mit dem dazugehörenden 750-Milliarden-Euro-Hilfsfonds *NextGenerationEU* leiht sich die Europäische Union erstmals als Gesamtschuldner Geld an den Finanzmärkten und kann dieses an die Mitgliedstaaten als zinsgünstige Kredite weiterreichen. Weil die EU über eine höhere Bonität als viele ihrer Mitgliedstaaten verfügt.

Das Geld aus Brüssel soll neben der Eindämmung der Pandemie nicht zuletzt für Forschung und Innovationen, Digitalisierung, Frauenförderung und einen besseren Klimaschutz verwendet werden.

Damit hat Covid-19 in Deutschland und Europa folgenreiche Dogmen wie die Schuldenbremse, die schwarze Null und die EU-Maastricht-Kriterien per Handstreich ausgesetzt und die Idee der europäischen öffentlichen Gesamtverschuldung wiederbelebt. Dazu kommen zahllose nationale Unterstützungsprogramme. Deutschland allein hat nach verschiedenen Schätzungen über eine Billion Euro aufgebracht. Auch in den USA heißt es: klotzen statt kleckern. Hier wurden staatliche Konjunktur- und Hilfsprogramme von fast drei Billionen US-Dollar beschlossen. Viele hat es erstaunt, wie schnell vermeintlich unumstößliche wirtschaftliche Sachzwänge an Bedeutung verlieren, wenn der politische Wille es für erforderlich hält.

Aber: Wer soll das alles bezahlen? Welches Recht haben wir, den nächsten Generationen solche Lasten aufzubürden?

Die Begründung der Generationengerechtigkeit, die bereits vor Corona immer gerne gegen neue Schulden ins Feld geführt wurde, hinkt gewaltig: Der nächsten Generation keine Lasten aufbürden zu wollen bedeutet schließlich, der Jugend von heute die Lebensqualität und Zukunftschancen zu verwehren, die mehr Investitionen in Daseinsvorsorge und Klimaschutz gewähren. Das Argument ist mittlerweile sogar nach höchstrichterlicher Bewertung scheinheilig: Wenn wir die Zukunft unserer Kinder und Kindeskinder in Deutschland wirklich ernst nehmen würden, hätte es wohl kaum einen Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes für mehr Klimaschutz gebraucht, um die Freiheitsrechte künftiger Generationen ausreichend zu schützen. Ein gleicher Beschluss gegen die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse wäre nur konsequent und muss jetzt folgen.

Kinder und Jugendliche wurden seit Pandemiebeginn erheblichen Belastungen ausgesetzt. Sie haben das mehrheitlich erduldet und somit eine beachtliche Solidarität gegenüber ihren Eltern, den Älteren, Opas und Omas bewiesen. Wären Letztere genauso solidarisch mit den nächsten Generationen, würden sie heute nicht die Ressourcen von fast zwei Planeten verbrauchen. Dennoch sind es weiter die Coronapartys von nach Geselligkeit dürstenden jungen Menschen, die mehr Entrüstung hervorrufen als die Billigflüge nach Mallorca oder die SUV-Fahrenden von nebenan. Aber schon morgen wird die Frage, wer die Coronakrisenkosten schultert, uns alle persönlich treffen.

Eigentlich scheint die Sache klar. Während der Pandemie hat die Regierung den Menschen vor die Wirtschaft gestellt. Seither werden wir auf Zusammenhalt eingeschworen. Die Krisenkosten sollten also alle tragen. Doch längst wetzen die üblichen Verdächtigen ihre Messer: Führende Wirtschaftsforscher*innen plädieren einhellig für die rasche Wiederherstellung solider Staatsfinanzen – gemeint ist damit das Zurück zur schwarzen Null durch Sparen, Sparen, Sparen. Nicht mehr alle sollen einen Beitrag leisten, sondern nur die vielen. Gefordert wird ein Renteneintrittsalter von 69 oder gar 70 Jahren. Letzteres bedeutet nicht nur, dass wir alle länger arbeiten müssen, sondern vor allem, dass wir drastische Renteneinbußen hinnehmen werden, wenn uns die Gesundheit kein längeres Arbeiten erlaubt.

Dabei haben gar nicht alle durch die Coronakrise verloren. Im ersten Coronajahr 2020 zählte Deutschland 119 Milliardär*innen – fünf mehr als im Vorjahr. Der Klub der Millionär*innen wuchs insgesamt auf mehr als 1,5 Millionen Mitglieder an; deren Gesamtvermögen stieg um 6,8 Prozent auf rund 5.850 Milliarden US-Dollar. Allein die zehn reichsten Deutschen vermehrten ihr Vermögen um rund 35 Prozent beziehungsweise über 60 Milliarden US-Dollar. Zusätzlich zahlten 2021 nicht wenige mit saftigen staatlichen Subventionen verwöhnte und über Kurzarbeit stabilisierte Konzerne wie Volkswagen, BMW oder Daimler-Benz kräftige Dividenden aus. Nach verschiedenen Schätzungen betrugen die Ausschüttungen der DAX-Konzerne insgesamt 34 Milliarden Euro. Einen Löwenanteil erhielten einige der reichsten Deutschen.

Nach Rechnungen der Bundesbank ist allein das deutsche Bargeldvermögen bis Mitte 2021 auf ein Rekordhoch von mehr als sieben Billionen Euro gestiegen. Zum achten Mal in Folge sind die Deutschen damit Europasparmeister! Zum Vergleich: Das ist die Summe der Staatsausgaben des Bundes von mehr als 20 Jahren oder das Siebenfache der Pandemiekosten. Die Finanzierung von soliden und breiten Sozialsystemen, gute (Vor-)Schulen für alle und Klimaneutralität in zehn Jahren könnten wir mit dieser Summe locker stemmen!

Deutschland ist aber nicht nur eines der reichsten Länder der Welt, sondern auch eine der ungleichsten Gesellschaften Europas. Die obersten zehn Prozent der Bevölkerung besitzen nach dem neuen Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zwei Drittel des Nettovermögens. Anders gerechnet: Wenn man das Geldvermögen von 2021 von über sieben Billionen Euro auf die gesamte Bevölkerung verteilen würde, hätte jeder Haushalt über 160.000 Euro auf der hohen Kante. Im wirklichen Leben besitzt die ärmere Hälfte unserer Bevölkerung nur 0,5 Prozent dieses Reichtums. Fast 30 Prozent des gesamten Vermögens im Land gehören hingegen einem Prozent der Haushalte. Knapp 15 Prozent des gehorteten Bargelds gehört sogar den reichsten 0,1 Prozent der Bevölkerung, also rund 80.000 Menschen. Diese Top 1 haben ein Vermögen so hoch wie drei Viertel der Deutschen. Anders beschrieben: Bestünde die Gesellschaft aus zehn Menschen, dürfte sich der reichste Mensch sechs Stücke

vom Kuchen nehmen, vier Personen teilen sich die weiteren Stücke; für die Hälfte bleiben Krümel.

Diese Konzentration von Reichtum hat ihre Folgen. In seinem Buch *Das Kapital im 21. Jahrhundert* hat der französische Ökonomen Thomas Piketty bereits 2013 über eine umfangreiche Datensammlung nachgewiesen, wie Vermögenskonzentration und Ungleichheit in den Industrienationen seit Längerem explosiv ansteigen. Piketty ist kein Umstürzler. Er möchte lediglich die Marktwirtschaft am Laufen halten und ihr Wachstum nicht gehemmt wissen. Doch die ungezügelte Kapitalkonzentration, die er für eine ökonomische Gesetzmäßigkeit hält, behindert genau das. Mit schweren Folgen für Wirtschaft und Demokratie: Im Feld der Ökonomie erschlaffen unsere innovativen Leistungsgesellschaften zu einem frühen Kapitalismus wie im 19. Jahrhundert, als wenige Familiendynastien die Wirtschaft beherrschten. Die Demokratie ist bedroht, da Vermögenskonzentration auch Machtkonzentration bedeutet, die eine politische Teilhabe der Mehrheit verringert und die öffentliche Meinung manipuliert. Zum Beispiel dadurch, dass sie über Medienmacht die Mehrheit davon überzeugt, dass niedrige Steuersätze bei der Einkommens- und Erbschaftssteuer oder die Abschaffung der Vermögenssteuer auch in ihrem Interesse seien. Piketty schlägt darum vor, die Märkte wieder besser zu regulieren und die großen Vermögen mehr in die gesellschaftliche Pflicht zu nehmen.

Einer der zentralen Gründe, warum der Anteil der Reichen und Superreichen am Nationaleinkommen weltweit so dramatisch angestiegen ist – und zu Coronazeiten weiter ansteigt –, ist eine Steuerpolitik, die Löhne immer mehr und Kapitaleinkommen immer weniger besteuert. Dazu kommen Steuervermeidung durch zahlreiche Schlupflöcher und Steuerflucht. Ein wohlbekannter Teufelskreis: Scheinen die Steuern auf Erbe oder Gewinne zu hoch, drohen die Reichen, mit dem Vermögen oder ihren Unternehmen ins Ausland zu gehen. Staaten versuchen darum, Steuern niedrig zu halten oder zu senken, damit keine Steuervermeidung stattfindet. Wer dagegen argumentiert oder handelt, dem wird mit Steuerflucht gedroht.

Steuervermeidung ist also nur aufgrund eines politisch erlaubten Steuerwettbewerbs zwischen Ländern möglich, der Steueroasen, oder sollte man

besser sagen: Steuersümpfe, wie Luxemburg, Irland oder die Kaimaninseln entstehen lässt, in die Unternehmen ihre Gewinne verschieben, um wenig oder gar keine Steuern zu zahlen. 40 Prozent aller Profite von multinationalen Konzernen werden in solchen Steuersümpfen gemeldet.

Derartigen Tendenzen kann man durchaus entgegentreten. In ihrem Buch *Der Triumph der Ungerechtigkeit* haben Emmanuel Saez und Gabriel Zucman verschiedene Möglichkeiten durchgerechnet: Mit einer weltweiten Mindeststeuer für Unternehmen von 25 Prozent könnte mit den technologischen Standards von heute, dank denen jede Überweisung eine digitale Datenspur hinterlässt, der globalen Steuervermeidung zügig ein Riegel vorgeschoben werden. Auch Handelsverträge sollten nur noch abgeschlossen werden, wenn sie auf Steuerkooperation basieren. Mit der Vermeidung von Steuerflucht wäre die Grundlage für eine gerechte Besteuerung der Reichen, Superreichen und von Konzernen geschaffen – so wie sie im größten Teil des 20. Jahrhunderts üblich war. Zur Erinnerung: Beim *New Deal* in den 1930er-Jahren wurden in den USA Einkommen mit Spitzensteuersätzen von 90 Prozent, Erbschaften mit 80 Prozent und Unternehmensgewinne mit 50 Prozent besteuert. Das Kapital floh keineswegs.

Eine solche »fiskalische Demokratie« tut nicht nur der Gesellschaft, sondern auch der Wirtschaft gut: Unternehmen würden dorthin gehen, wo die Arbeiter*innen produktiv und die Infrastruktur hochwertig ist und die Verbraucher*innen über genügend Kaufkraft verfügen, um ihre Produkte zu kaufen. Statt durch Steuerkürzungen würden die Länder in puncto höhere Infrastrukturausgaben, Klimaschutz oder Investitionen in Bildung und Forschung miteinander konkurrieren.

Der zweite Schritt: Wie wir nach Corona alle reicher werden

Die Bedienungsanleitung für mehr sozialen Zusammenhalt und nachhaltige Entwicklung ist also relativ einfach. Wesentlich komplizierter ist ihre politische Umsetzung. Internationale Politik und Kooperation brauchen Zeit. Die Ankündigung der G7 und die Unterstützung der G20 von 2021,

einen globalen Mindeststeuersatz von mindestens 15 Prozent für Unternehmen einzuführen und Letztere überall dort steuerpflichtig zu machen, wo sie ihre Waren oder Dienstleistungen vertreiben, ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, aber viel zu zaghaft. Der Steuersatz muss zeitnah auf 25 Prozent aufgestockt werden, wie es mehrere internationale Organisationen wie die Unabhängige Kommission für die Reform der internationalen Unternehmensbesteuerung (ICRICT) fordern. Nach Schätzungen der EU-Steuerbeobachtungsstelle würden die erwarteten Einnahmen für die EU bei einem Steuersatz von 15 Prozent knapp 50 Milliarden Euro betragen; bei einem Steuersatz von 25 Prozent wären es fast 170 Milliarden Euro.

Abweichende Länder hätten wenig Optionen: Eine solche Steuer kann im Grunde unilateral, also von jedem Land einzeln, erhoben und eingetrieben werden. So könnte Deutschland die eigenen multinationalen Unternehmen leicht an die Leine legen. Und wenn sich ein Land weigert, seine Unternehmen mit einem Mindeststeuersatz zu besteuern, können die USA oder die EU als Steuereintreibende der letzten Instanz diese Steuern selbst kassieren. Da wird sich die Staatenwelt sicherlich international sehr schnell einigen, überall die gleichen Steuern zu erheben.

Zusätzlich gibt es zahllose kleinere Schritte, mit denen man in Deutschland jetzt schon eine gerechte Lastenverteilung der Krisenkosten erreichen kann. Ein leicht umzustellender Hebel für eine bessere Besteuerung der Vermögenden ist eine Anpassung von Erbrecht und *Erbschaftssteuer* sowie von Schenkungen. Zweifelsohne darf man das Recht, seinen Liebsten einen gehörigen Anteil seines Besitzes zu übertragen, nicht zu stark einschränken. Doch niemand muss Omas Liebling das Einfamilienhaus streitig machen. Nach aktuellen Schätzungen beläuft sich das Erbvolumen zwischen 2012 und 2027 auf bis zu 400 Milliarden Euro pro Jahr. Das entspricht jährlich mehr als einem Corona-Konjunkturpaket. Vererbt werden nach neuen Studien vor allem Geld und Immobilien. Betriebsvermögen fallen kaum ins Gewicht. Allein in Deutschland erhalten mehr als die Hälfte dieser Erbschaften die reichsten zehn Prozent. Nach dem sechsten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2021 sind mehr als 50 Prozent des Vermögens unserer Reichen nicht auf Arbeit oder

Leistung, sondern allein auf Erbschaften zurückzuführen. Zum Vergleich: Auf die ärmere Hälfte der deutschen Bevölkerung entfallen gerade mal sieben Prozent der gesamten Erbmasse.

Bei dieser von Arbeit, Leistung und Talent völlig unabhängigen Vermögensübertragung gibt es kaum steuerliche Belastungen. Ein Beispiel: Wer von den Eltern nach dem Tod von Vater und Mutter in zwei Schritten ein Vermögen von einer Million Euro erbt, muss dafür nicht einmal 20.000 Euro Erbschaftssteuer entrichten. Eine selbst genutzte Immobilie, auch wenn es sich um eine Villa handelt, bleibt darüber hinaus grundsätzlich steuerfrei. Nicht einmal zwei Prozent der jährlichen Erbsumme nimmt der deutsche Fiskus ein. Das ist im europäischen Vergleich wenig, dennoch liegt Deutschland im Trend. Erbschaftssteuern sind bei Bürger*innen und Wähler*innen weltweit unpopulär. In den vergangenen Jahrzehnten wurden sie in vielen westlichen Ländern gesenkt, besonders in den USA mit traditionell hohen Erbschaftssteuern. Dabei besteht zweifelsohne die Möglichkeit, einen größeren Anteil für das Gemeinwohl zu leisten, ohne dass jemand leiden muss. Warum den geliebten Kindern und Enkelkindern statt einer weiteren Eigentumswohnung nicht eine bessere Zukunft und ein gutes Leben vererben? Eine deutliche Absenkung der Freibeträge und eine Erhöhung der Erbschaftssteuersätze sind daher überfällig. Produktivkapital, also vererbtes Betriebsvermögen, kann durch höhere Freibeträge entsprechend entlastet werden.

Ebenfalls leicht umzusetzen, aber komplizierter in ihrer Verteilungswirkung sind die *Einkommenssteuern*, die (fast) allen Erwerbstätigen oder Selbstständigen monatlich abgezogen werden. Die Einkommen sind in Deutschland gleicher verteilt als die Vermögen. Besserverdienende leisten mit mehr als einem Drittel einen nennbaren Anteil am Steueraufkommen, profitieren allerdings auch stärker von den im internationalen Vergleich günstigen Sozialsystemen. Sicherlich kann der Spitzensteuersatz von 45 Prozent, der zurzeit erst bei Einkommen von 265.000 Euro bei Alleinstehenden greift, intelligent gestaffelt weiter erhöht werden.

Wie viel Luft nach oben ist, zeigt die Erfahrung mit dem Solidaritätsbeitrag. Nach seiner Abschaffung für rund 90 Prozent der Steuerzahler und der teilweisen Reduzierung für weitere 6,5 Prozent zahlen die verbleibenden

Spitzeneinkommen eine Summe, die rund die Hälfte der gesamten Steuereinnahmen des »Solis« ausmacht. Noch einmal langsam zum Nachlesen: Die 3,5 Prozent Topverdiener in Deutschland haben so hohe Einkommen, dass allein ihre Besteuerung die Hälfte aller Einnahmen durch den »Soli« erzielt. Der hat nach dem Mauerfall viele Existenzen gerettet, ohne dass jemand in Not geriet. Warum also nicht einen Coronasoli einführen?

Ein alter Hut scheint die bereits 1920 vom britischen Ökonomen Arthur Cecil Pigou erdachte *Ökosteuer* zu sein: Hier soll der Konsum ressourcenintensiver Güter stärker besteuert werden. Bei der Ökosteuer denken viele zuerst an stark steigende Benzin- und Ölpreise, die den eigenen Geldbeutel belasten. Berufspendler*innen wären hiervon besonders stark betroffen. Bei der aktuellen Konzentration von Reichtum hat die Ökosteuer aber nicht nur eine Lenkungs-, sondern vor allem eine Verteilungsfunktion. Überzogener Reichtum ist ein Klimakiller.

Nach dem Bericht *Confronting Carbon Inequality* von Oxfam sind es nicht nur die globalen Mittelklassen, die den Anstieg der Treibhausgasemissionen im vergangenen Vierteljahrhundert verantworten, sondern vor allem die Reichen und Superreichen. Die Analyse von 117 Staaten zeigt, dass die reichsten zehn Prozent – rund 630 Millionen Menschen – über die Hälfte der Treibhausgasemissionen verursachten. Allein das eine Prozent der Superreichen schädigte das Klima durch seinen Luxuskonsum doppelt so stark wie die ärmere Hälfte der Welt: Es verantwortete 15 Prozent der Gesamtemissionen, die ärmere Hälfte hingegen nur rund sieben Prozent.

In Deutschland sind im untersuchten Zeitraum die reichsten zehn Prozent für 26 Prozent der deutschen CO_2-Emissionen verantwortlich. Die fünfmal größere ärmere Hälfte der deutschen Bevölkerung hat mit 29 Prozent kaum mehr verbraucht. Wichtiger globaler Verursacher ist hier der Verkehr: Neben Flugzeugen ist der Umstieg vom herkömmlichen Pkw auf SUVs zwischen 2010 und 2018 zum zweitgrößten Emissionstreiber geworden. Die Mehrwertsteuerbefreiung von Flugzeugkerosin ist nichts anderes als eine massive Subventionierung des emissionsintensiven Flugverkehrs. Die seit Langem geforderte Einführung einer Kerosinsteuer ist wohl eine der einfachsten Übungen für eine entschlossene Politik.

Eine wirksame Ökosteuer würde bedeuten, dass Menschen, die zum Beispiel gerne größere oder schnellere Autos fahren, privat viel fliegen oder in größeren Häusern leben, dieses auch weiter tun können. Sie würden nur entsprechend mehr Verbrauchssteuern bezahlen. Ökosteuern für klimaschädliche SUVs und häufiges Fliegen wären ein erster, für die Politik recht einfacher Schritt. Eine solche Steuerpolitik wiederum könnte Hersteller ermutigen, Innovationen anzustoßen, weniger ressourcenintensive Methoden der »Kreislaufwirtschaft« einzusetzen und Leistungen anzubieten, die es Verbraucher*innen ermöglichen, Dinge gemeinsam zu nutzen, anstatt alles selbst zu besitzen. Mit dem Einsatz von Ökosteuern für eine klimaeffiziente Mobilität, öffentliche Infrastrukturen, aber auch zur Entlastung der Geringverdienenden über sinkende Sozialbeiträge würden neben ökologischen auch soziale Aspekte verfolgt. Eine Unterstützung dieser Steuer durch breitere Bevölkerungsgruppen würde damit erleichtert.

Zusätzlich möglich wäre eine *Finanztransaktionssteuer*, also eine Steuer auf alle Transaktionen auf den auch zu Coronazeiten boomenden Finanzmärkten. Eine solche Steuer würde Finanztransaktionen verlangsamen, das Finanzsystem insgesamt stabiler machen und hohe Einnahmen generieren – nach verschiedenen Kalkulationen europaweit über 300 Milliarden Euro pro Jahr.

Den größten Umverteilungseffekt hat jedoch zweifellos eine *Vermögenssteuer*. Hier gibt es die stärksten politischen Widerstände. Als wichtigstes Argument dagegen werden von Verbandsvertreter*innen, Politiker*innen und Expert*innen gebetsmühlenartig die Familienunternehmen und insgesamt der Mittelstand ins Feld geführt, die nach der Krise nicht zusätzlich belastet werden dürften. Sie bräuchten ihre (Bar-)Vermögen für Investitionen, von denen schließlich zahlreiche gute Arbeitsplätze abhingen. Dem ist uneingeschränkt zuzustimmen! Deutschlands Stärke liegt im Mittelstand. Über 90 Prozent der Unternehmen gehören diesem Sektor an, sind oft weltmarktführend und erwirtschaften mehr als jeden zweiten Euro im Land. Doch dieser Mittelstand müsste durch eine Vermögenssteuer gar nicht belastet, er könnte sogar stärker gefördert werden. Freibeträge für Betriebsvermögen und für selbst genutztes Immobilieneigentum garantieren, dass Investitionen auch langfristig gesichert sind. Beim Erbe spielen

Betriebsvermögen heute eine untergeordnete Rolle. Das Ziel jeder cleveren Vermögenssteuer kann nur sein, nicht Arbeit und Produktivität zu besteuern, sondern Spekulation und Extraeinkommen aus Vermögensbesitz.

Eine Vermögenssteuer ist bei uns nicht verfassungswidrig, wie fälschlicherweise oft behauptet wird. Vielmehr haben die Richter*innen zu Recht bemängelt, dass Immobilien wegen veralteter Bewertungsmaßstäbe bei der Vermögenssteuer deutlich bevorzugt werden und zur Gleichbehandlung genau diese Maßstäbe zu aktualisieren sind. Dass dies der Politik in einem Vierteljahrhundert nicht gelungen ist, liegt sicherlich kaum an Unvermögen – wohl eher am politischen Einfluss der Vermögen(den). Ein Rechenbeispiel: Besteuert man mit einer Vermögenssteuer ausschließlich Spekulation und Extraeinkommen aus Vermögensbesitz (in Deutschland rund 25 Prozent; sicherlich der Bereich, in dem im letzten Jahrzehnt am meisten Gewinne gemacht wurden) – also nicht selbst genutztem Immobilienbesitz – und aus reinem Geldvermögen (rund 15 Prozent) ab einer Bemessungsgrenze von mehr als eine Million Euro einmalig mit 30 Prozent (gerne auf zehn Jahre verteilt, bei Einbezug von Verzinsung und Inflation also eine jährliche Steuerrate von circa vier Prozent), so hat man eine zusätzliche Steuersumme von mehr als 400 Milliarden Euro. Damit lässt sich nicht nur der letzte Corona-Zusatzhaushalt der Bundesregierung stemmen. *Alle* erforderlichen Investitionen könnten getätigt werden, um Deutschland in zehn Jahren klimaneutral zu machen.

Deutschlands Superreiche müssten bei einer solchen Abgabe nicht darben: Die Besteuerung ließe sich über die durchschnittliche Verzinsung ihres Vermögens finanzieren. Sie verlören nichts, sondern verlangsamten einzig für einen begrenzten Zeitraum eine weitere Zunahme ihres Reichtums.

Ein zügig umsetzbarer Weg, um für eine Vermögenssteuer verfassungsrechtliche Klippen zu umschiffen und die großen Vermögen zum Schultern der Coronakrise heranzuziehen, ist eine einmalige *Vermögensabgabe*. Also eine Steuer, zu der Eigentümer*innen größerer Vermögen verpflichtet werden können, um eine finanzielle Notlage des Staates zu überbrücken. Im Unterschied zur jährlichen Vermögenssteuer wird sie nur einmalig auf den aktuellen Vermögensbestand erhoben, kann aber auf mehrere Jahre

verteilt werden. In Deutschland hat man mit einem solchen Instrument gute Erfahrungen gemacht: Einer der wichtigsten Bausteine beim Wiederaufbau des kriegszerstörten Landes war der Lastenausgleich von 1952 – die damalige Abgabe belief sich auf 50 Prozent des berechneten Vermögenswertes. Danach kam das Wirtschaftswunder.

Natürlich mobilisiert ein derartiger Vorschlag umgehend Kohorten von Expert*innen, die nicht rasten, um zu erklären, dass es zahlreiche Erhebungsprobleme, eine unzureichende Datenlage sowie einen zu hohen bürokratischen Aufwand gebe, um eine solche Besteuerung von Vermögen zielgenau umzusetzen. Vor allem die Grauzone zwischen möglichen Investitions- und reinem Anlage- beziehungsweise Spekulationskapital sei unscharf. Stimmt! Aber was haben eigentlich die Damen und Herren Ökonomen in den letzten 30 Jahren gemacht? Sie sind in der Lage, den Bedarf eines Hartz-IV-Empfängers bis auf die letzte Unterhose centgenau zu berechnen, können aber bis heute keine solide Reichtumserhebung und -bewertung vorlegen? Corona regt auch in den Wirtschaftswissenschaften und Ministerien einen raschen Wandel an: Statt Armutsforschung und -bekämpfung immer weiter aufzufächern, ist es hohe Zeit, sich mehr mit Reichtum zu beschäftigen. Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung ist ein erster, aber noch zu schüchterner Schritt in diese Richtung.

Beim Thema »Einkommensverteilung« kommt gerne der freundliche Vorschlag, statt die Reichen zu besteuern, den Vermögensaufbau von weniger Begüterten zu fördern. Bei dieser Empfehlung werden gleichsam die Entwicklungen der letzten und die Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte beiseitegewischt: Wenn Reichtum und Armut heute immer mehr vererbt werden, ist mit Leistung und Eigenverantwortung kein Vermögen mehr aufzubauen. Piketty soll seinen Studierenden als Erfolgsmodell für die Zukunft geraten haben, weniger zu studieren, viel zu erben oder reich zu heiraten. Der Vorschlag des Vermögensaufbaus für Mittellose verkennt den immanenten Zusammenhang zwischen Reichtum und Armut, den Bertolt Brecht treffend erfasste: »Reicher Mann und armer Mann standen da und sahn sich an. Und der Arme sagte bleich: Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich.«

Außerdem setzt die Anregung zum Vermögensaufbau auf einen wachsenden Kuchen. Einen sehr großen Kuchen, wenn wir uns erinnern, dass die ärmere Hälfte der Deutschen nur über 0,5 Prozent des gesamten Nettovermögens verfügt und die ärmsten zehn Prozent über gar kein Vermögen, sondern nur über Schulden. Besonders der empfohlene Immobilienerwerb würde zu enormen Umweltbelastungen führen – heute ist die Bau- und Immobilienbranche für circa 50 Prozent des weltweiten Ressourcenverbrauchs verantwortlich, bei der Herstellung von Baustoffen werden Unmengen CO_2 freigesetzt und fast 60 Prozent des weltweiten Abfalls produziert. So wird bei diesem gut gemeinten Ratschlag wohlweislich vergessen, dass wir jetzt schon unseren Ressourcenverbrauch um die Hälfte verringern müssen, wenn wir nicht ganz blindlings in die Klimakatastrophe marschieren wollen. Doch dieses Dilemma ist ganz im Sinne Brechts leicht zu lösen: Warum nicht über eine adäquate Reichtumsbesteuerung Vermögensaufbau für alle fördern und als Nebeneffekt gleichzeitig garantieren, dass durch weniger Luxuskonsum weniger Treibhausgasemissionen entstehen? Thomas Piketty hatte einen ähnlichen Gedanken. Er schlägt ein »Erbe für alle« vor. Der Staat soll künftig allen 25-Jährigen ein Startkapital in Höhe von 60 Prozent des nationalen Durchschnittsvermögens überlassen. In Deutschland wären das rund 120.000 Euro. Für den Ökonomen lässt sich diese Maßnahme mit fünf Prozent Steueraufkommen aus Vermögens- und Erbschaftssteuern solide finanzieren.

Als anderes Argument gegen Vermögenssteuern wird die Kapitalflucht ins Feld geführt. Das Kapital ist schließlich ein scheues Reh. Auch solche Behauptungen sind empirisch widerlegt und unseriös – oder unredlich. Michael Hartmann hat für sein Buch *Die globale Wirtschaftselite: Eine Legende* die 1.000 größten Unternehmen der Welt ebenso wie die weltweit 1.000 reichsten Personen über 20 Jahre hinweg beobachtet und über eine breite Datenbasis nachgewiesen, dass die Reichen und Reichsten gar nicht so mobil sind, wie sie immer androhen: 90 Prozent der Topmanager*innen arbeiten in ihrem Heimatland, 70 Prozent sind ihr ganzes Leben, was die Ausbildung angeht, was die Berufslaufbahn angeht, was den Wohnort angeht, in dem Land geblieben, in dem sie auch groß geworden sind. Diese Heimatverbundenheit hat nicht zuletzt einen ökonomi-

schen Grund: Wer zu den Reichen gehört und reich bleiben will, braucht regelmäßigen intimen Zugang zur politischen Elite im eigenen Land und zu seinem Staat. Das lässt sich aus dem Ausland schwieriger bewältigen. Genau aus diesem Grunde leben von den über 300 US-Bürger*innen, die zu den 1.000 Reichsten der Welt gehören, ganze drei im Ausland.

Auch von deutschen Milliardär*innen unter den Top Tausend leben wenige im Ausland. Die meisten bekanntermaßen in der Schweiz. Aber nicht nur wegen den Steuererleichterungen, der klaren Luft und der schönen Berge. Sondern vor allem wegen der Nähe zum eigenen Land. Die Vereinigten Staaten haben vorgemacht, wie man das Problem der Steuerflucht auch national lösen kann: Die US-Finanzbehörden sagen, egal, wo du wohnst, das, was du woanders weniger zahlst, das zahlst du bei uns drauf. Entscheidend ist immer unser Steuersatz, solange du US-Bürger*in bist. Und wenn du die Staatsbürgerschaft abgibst, dann zahlst du auf dein ganzes Vermögen eine sogenannte Exit Tax von über 20 Prozent. Eine gerechte Lastenverteilung durch neue Reichensteuern ist also leicht zu bewerkstelligen. Sie muss nur politisch gewollt werden.

Schauen wir uns in der Welt oder im eigenen Land um, ist die Stimmung oder der Zeitgeist zugunsten einer solchen Umverteilung schon lange nicht mehr so günstig gewesen wie heute: Es dämmert den Menschen und Politiker*innen in vielen Ländern, dass Steuerwettbewerb kein Naturgesetz ist. Der Internationale Währungsfonds IWF, bei der Kreditvergabe lange das wichtigste Bollwerk für Austeritätspolitik und Spardiktat, hat 2021 erstmals die Besteuerung der Reichen gefordert, damit die Industrienationen die Krisenkosten besser bewältigen können. US-Präsident Joe Biden versucht, über höhere Vermögens- und Unternehmenssteuern einen neuen Konjunktur- und Modernisierungspakt zu finanzieren. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD hält Vermögenssteuern in Deutschland für sinnvoll und gibt nach Umfragen damit die Meinung vieler Deutschen wieder. Dessen ungeachtet ist die Politik bei uns weiter sehr zögerlich – oder ängstlich. Ein Schelm, wer dabei Böses oder an Pikettys Befürchtungen der Einflussnahme denkt! Die Parteien, die überhaupt über eine neue Vermögenssteuer nachdenken, wollen bei Freibeträgen von mindestens einer Million Euro beginnen

und Vermögen mit einem Prozent belasten. Zum Nachrechnen: Wem es mit viel Entbehrungen gelingt, monatlich 400 Euro zurückzulegen, muss knapp 210 Jahre arbeiten, um eine Million anzusparen.

Früher war man bei uns weniger zimperlich, ohne dass das System zusammenbrach beziehungsweise die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und der Eliten eingeschränkt wurde. Die bis 1996 geltende Vermögenssteuer in Deutschland von jährlich ein Prozent wurde auf Vermögen angewendet, die eine Freigrenze von umgerechnet etwa 60.000 Euro überstiegen. Heute eine Vermögenssteuer ab 500.000 Euro zu fordern wäre vermutlich politischer Selbstmord. Und dies, obwohl nach statistischen Standards deutsche Haushalte mit einem Vermögen von knapp einer halben Million Euro (inklusive Immobilien) rechnerisch zum reichsten Zehntel der Gesellschaft gehören. Doch in den Milieus dieser Obermittelschicht herrscht nicht das Bewusstsein vor, privilegiert zu sein. Es mischen sich vielmehr wachsende Absturzängste, die Furcht vor steigenden Lebenshaltungskosten oder vor dem Verlust hinreichender Altersversorgung. Dadurch wird bevorzugt ein besitzsteuerfreier Schonbereich gefordert und werden höhere Steuern und Abgaben abgewehrt. Umverteilungspolitiken sind nicht gerade beliebt. Wer lässt sich schon gerne etwas wegnehmen?

Einen strahlenden Robin Hood gibt es nur im Film, nicht im wirklichen Leben.

Eine wirksame Umverteilung über Steuern kann nur erfolgreich sein, wenn sie klug umgesetzt wird. Sie darf nicht nur nehmen, sondern muss auch geben. Wer heute im Privaten Geld hortet, tut dies häufig, um persönliche Sicherheiten zu erhöhen. Vernachlässigt wird dabei oft, dass hohe Einkommenskonzentrationen nicht zwingend zu mehr, sondern sogar zu weniger Sicherheiten führen können. Die Epidemiolog*innen Richard Wilkinson und Kate Pickett haben das in ihrem Buch *Gleichheit ist Glück* anhand zahlreicher empirischer Belege aus verschiedenen Ländern nachgezeichnet: Reichtum ist öfter das Ziel von (gewalttätiger) Kriminalität. In ungleichen Gesellschaften sind soziale Abstürze mit großer Fallhöhe häufiger und verdichten den individuellen Zeit- und Erfolgsdruck. Ungleichheit schürt über verschärfte Statuskonkurrenz soziale Ängste, Krankheiten, Frustration und Depressionen. Insgesamt erhöht wachsende soziale

Ungleichheit auch für Reiche und Bessergestellte oft das Stressniveau, verringert das tägliche Wohlbefinden, die eigene Lebensqualität und die Lebenserwartung. Das Versprechen und die Garantie einer umfassenden Absicherung durch eine breite öffentliche Daseinsvorsorge für einen selbst und die Lieben kann diesen Teufelskreis durchbrechen. Und die Bereitschaft stärken, mehr für die Gemeinschaft beizusteuern. Dafür braucht es jetzt eine breite Debatte: wie wir nach der Pandemie unseren Wohlstand in Zukunft halten und gestalten wollen. Jenseits des Materiellen bietet sich hier als universelle Größe »Zeit« als Wohlstandsindikator an.

Aber lassen wir uns nicht überraschen: Die Forderung, die Besserverdienenden und Reichen an den Krisenkosten zu beteiligen, wird selbst bei einem smarten Vorschlag zu scharfen Gegenreaktionen und kontroversen Diskussionen führen.

Ein typisches Beispiel ist die Neiddebatte. Vorgebracht wird der Neidvorwurf vor allem von »Mietmäulern«, die die Forderungen nach sozialem Ausgleich als hässlichen Egoismus moralisch diffamieren. Solche Manöver gehen nicht nur am Thema, sondern an der Essenz des Neidbegriffs vorbei. Neid ist nur unter Gleichen möglich. Wer die Reichen aber von einem Lastenausgleich ausnehmen will, erklärt sie nicht zu Gleichen. Vielmehr will so jemand das Gleichheitsgebot moderner Gesellschaften aushebeln. Das ist unmodern und antiliberal.

Und ein gefährliches Spiel: Wer auf einen Lastenausgleich verzichtet, jeden Lkw-Fahrer oder jede Krankenschwester zum Stemmen der Krise in die Pflicht nimmt, aber die Begüterten verschont, bestraft nicht nur die »Systemrelevanten«, sondern ganz prinzipiell Leistung. Das sind die besten Voraussetzungen, der Wirtschaft das Rückgrat zu brechen. Wir schaffen so eine Welt, wo Teilhabe mehr Haben als Teilen bedeutet. Und eine Zukunft, die Deutschland in eine soziale Wüste verwandeln könnte, die sich für viele nicht mehr wie Heimat anfühlen wird. Das könnte die Stunde der Rattenfänger*innen sein. Und diese würden erfahrungsgemäß vor allem eines schüren: Neid!

Jede/r, der/die heute verhindert, dass das Ende der Pandemie zur Geburtsstunde einer neuen ebenso gerechten wie klugen Steuerpolitik wird, zerstört unsere Wirtschaft, unsere Gesellschaft und bedroht unsere Frei-

heit. Was wir jetzt brauchen, ist nicht das verlogene Lamentieren über Neid. Wir brauchen eine mutige Politik, die Krisenkosten fair auf alle Schultern verteilt. Wir brauchen Schneid!

Die Leitplanken für den zweiten Schritt sind damit benannt:

- Sofortige Steuererhöhung für umweltbelastenden Konsum wie SUVs oder Flugzeugkerosin
- Breite Debatte über die Verteilung der Krisenkosten und die dazu erforderlichen Steuerreformen
- Förderung unabhängiger Reichtumsforschung
- Vorbereitung einer einmaligen Vermögensabgabe
- Reformierung der Erbschafts- und Einkommenssteuer, Einführung eines Corona-Soli
- Grundgesetzänderung, Streichung der Schuldenbremse
- Aufstockung des globalen Mindeststeuersatzes auf 25 Prozent

Mythos #3

Das Virus ist geschlechtslos

Covid-19 brachte unser Gesundheitssystem fast an seine Grenzen. Als die Mehrheit der Bevölkerung von der »Triage« hörte, diesem traurigen, militärmedizinischen Versuch, menschliche Grausamkeiten rational zu fassen, waren viele erschüttert. Kaum jemand hatte vermutet, dass unser Gesundheitssystem so verletzlich sei. Erwies es sich – im internationalen Vergleich – dann doch als robuster als zeitweilig befürchtet, so schürte die Erschöpfung der personellen Ressourcen in den Krankenhäusern Angst und Hilflosigkeit. Immer klarer wurde, dass nicht das Wissen, die Technologie, die Geräte, Schutzkleidung oder Betten fehlten. Sondern der helfende, der pflegende Mensch. Es mangelte an Obhut, Schutz und professioneller Fürsorge. Zu häufig wurden die schlimmsten Befürchtungen im eigenen Umfeld ganz real. Jetzt muss dort, wo Zeit für eine Atempause ist, Bilanz gezogen werden.

Diese haben im Gesundheitssektor zu beginnen: Seit mehr als 40 Jahren finden in Deutschland Gesundheitsreformen statt. Das hinterließ tiefe Spuren. Lange stand der Staat in der Kritik, zu träge zu sein, Ressourcen zu binden, die der/die Einzelne selbst – für sich und zum Wohle aller – besser einsetzen könne. Reformziel war darum durchgängig eine immer weitergehende Ökonomisierung und Privatisierung des Gesundheitswesens. Finanziert wurde nur noch, was »sich rechnet«. Der fette Staat wurde abgehungert, staatliche Magersucht zum Schönheitsideal erklärt.

Seit Anfang der 1990er-Jahre wurde die Zahl der Krankenhäuser in Deutschland um fast 20 Prozent und die Zahl der Krankenhausbetten um fast 30 Prozent verringert. Im gleichen Zeitraum wuchs der Anteil der Älteren um ein Drittel. Ihnen stehen heutzutage etwa zehn Prozent weniger medizinische Kräfte zur Verfügung, sodass die Kluft zwischen

den Patient*innen in den Kliniken und dem Pflegepersonal stetig gewachsen ist.

Wichtiger Hebel für diese Entwicklung sind die im Jahr 2003 von der Politik für die stationäre Behandlung verordneten Fallpauschalen (DRGs). Nach dieser Vorgabe werden nicht mehr die echten Kosten einer jeden Behandlung refinanziert (Selbstkostendeckungsprinzip), sondern für jeden Patienten und jede Patientin nach Fallgruppen festgelegte Pauschalen bezahlt. Seither orientiert sich die Maxime von Kliniken nicht mehr an den Bedürfnissen von Patient*innen, sondern an betriebswirtschaftlichen Erwägungen. Das bedeutet konkret: Je geringer der Kostenaufwand für eine Behandlung ist, desto höher der Gewinn. Erfordert ein/e Patient*in längere und intensivere Betreuung, schreibt das Krankenhaus rote Zahlen. Die Vorhaltung nicht unmittelbar genutzter Kapazitäten für den Notfall würde in den Ruin treiben. Das Gesundheitswesen verkam zu einer Gesundheitswirtschaft, die aus Krankenkassenbeiträgen der Solidargemeinschaft finanziert wird.

Der in den Fallpauschalen abgebildete Pflegekostenanteil muss nicht zwingend für die Pflege ausgegeben werden. Es kam zum kontinuierlichen Personalabbau und einer oft bis an die Erschöpfung reichenden Verdichtung der Arbeitszeit. Seither tragen die Pflegekräfte über niedrige Löhne und Zeitknappheit die Hauptlast dieser Ökonomisierung. Weitere vor- und nachgelagerte Dienstleistungen (Putzdienst, Küche, Wäsche) wurden oft komplett ausgegliedert und sind nicht selten noch härter von Einsparungen oder Lohndumping betroffen. Nach aktuellen Schätzungen fehlen in der stationären Versorgung in Deutschland zurzeit annähernd 56.000 Ärzt*innen und gut 140.000 nicht ärztliche Fachkräfte. Pessimistische Prognosen vermuten, dass dieser Mangel bis 2030 demografiebedingt auf eine Million Pflegekräfte anwachsen wird.

Die globalen Zahlen sind nicht besser: Nach Berechnungen des Weltbunds der Krankenschwestern und Krankenpfleger, des International Council of Nurses (ICN), gab es zu Beginn der Pandemie weltweit mit 27 Millionen Pfleger*innen sechs Millionen Pflegekräfte zu wenig. Bis 2030 werden weitere vier Millionen altersbedingt ausscheiden, sodass 30 Prozent zu wenig Pflegepersonal vorhanden sein wird. Dieser von Corona

aufgedeckte Pflegenotstand hat sich seit Langem aufgestaut und ist symptomatisch für unsere Gesellschaft. In unserer oft auf Arbeit, Produktion, Wachstum und Einkommen fokussierten Welt werden die sogenannten reproduktiven Tätigkeiten, also Betreuungs- und Pflegearbeiten, heute oft als Care-Arbeiten bezeichnet, kaum anerkannt. Sie werden gering geschätzt und entwertet, obwohl sie oft harte Knochen- und Nervenarbeit sind, arbeits- und zeitintensiv, anfordernd und nicht selten emotional belastend. Sie finden weder hinreichende materielle noch gesellschaftliche Anerkennung. Sie sind nicht immer, aber noch zu oft schlecht bezahlt oder sogar kostenlos (Hausarbeit und familiäre Kinder- und Altenbetreuung) und häufig zu wenig sozial abgesichert. Erst die Pandemie hat diese im Dunkeln liegenden – oder schlimmer: bewusst ignorierten – Bereiche aus unser aller Leben, die essenziell für unsere Gemeinschaft sind, ins Rampenlicht gezerrt. Seit Corona ist Care-Arbeit »systemrelevant«. Eine späte, doch umso wahrere Erkenntnis.

Auf der Bühne stehen aber nicht unsere üblichen Kinohelden. Pflegetätigkeiten werden mehrheitlich von Frauen ausgeübt. Auch in Deutschland sind weit über 80 Prozent der Beschäftigten im Gesundheitswesen oder in Pflege- und Altersheimen weiblich. Unsere wahren »Coronahelden« sind meist Heldinnen.

Dritter Schritt: Die gesunde Gesellschaft durch Gemeinwohl für alle

Es sind unsere Postbot*innen, Polizist*innen, Pflegekräfte, Ärzt*innen, Supermarktmitarbeiter*innen, Busfahrer*innen und kommunalen Angestellten, die für die Wirtschaft oft nur kostengünstige Standortvorteile sind, in Wirklichkeit aber unsere gesellschaftlichen Grundfunktionen aufrechterhalten. Corona machte den Niedriglohnsektor buchstäblich über Nacht zum Garanten der kritischen Infrastruktur – und unseres Überlebens. Nach dem Klatschen und der Pandemie steht eine Bestandsaufnahme an, welche Arbeit uns wirklich wichtig ist. Die Nützlichkeit und Unverzichtbarkeit solcher gesellschaftlichen Leistungen muss sich als Erstes in den Einkommen widerspiegeln. Dank Corona wissen wir,

dass wir ganz gut auf manche Derivatehändler*innen verzichten können, aber auf keine einzige Pflegekraft im Krankenhaus. Daher empfehlen sich nicht nur höhere Mindestlöhne, sondern verbindliche Regelungen für Maximaleinkommen. Wer ist heute noch überzeugt, dass die Einkommensunterschiede zwischen einer Intensivkrankenschwester und einem Investmentbanker adäquat die Differenz der Arbeitsleistung widerspiegelt? Außer dem Banker natürlich. Warum die Argumentationskette nicht einfach umdrehen: Nicht die Höhe des Mindestlohns wird in Zukunft verhandelt, sondern die Frage, wie viel Geld aus Unternehmensgewinnen, Erbschaften, Zins- und Aktieneinnahmen an die Allgemeinheit zurückfließen soll.

Um gute Einkommen zu gewährleisten, müssen die Arbeitgeber*innen Pflege- und Betreuungsarbeit nicht mehr nach Gottes oder anderer Gnade entlohnen, sondern einheitliche Löhne zahlen, über deren Höhe politisch entschieden wird. Über anständige Löhne, angemessene berufliche Qualifikationsanforderungen, Aufstiegsmöglichkeiten und gesellschaftliche Anerkennung kann eine hohe Qualität sozialer Dienstleistungen gesichert werden. All dies würde zusätzlich die strukturelle Benachteiligung von Frauen merkbar abbauen. Dafür braucht es eine politische und kulturelle Aufwertung von systemrelevanten Tätigkeiten. Nicht nur während, sondern besonders nach der Krise.

»Gemeinwohl stärken« ist das oberste Gebot. Corona zeigt anhand des durch Spardiktate geschwächten Gesundheitssystems, dass unser Gemeinwohl nicht Kostenkalkulationen oder privatem Gewinnstreben überlassen werden darf. Sonst ist es nicht nur das Virus, sondern auch die Rechenschieber, die töten. Es bedarf einer breit aufgestellten öffentlichen Daseinsvorsorge, die das Gemeinwohl für alle sichert. Was ist damit gemeint? Eine soziale Infrastruktur, die in der Regel kostenlose oder gegen geringes Entgelt öffentliche, für alle gleichermaßen zugängliche, qualitativ hochwertige Güter und Dienstleistungen bereitstellt. Und zwar in den überlebenswichtigen Bereichen der Gesundheitsvorsorge, Wohnen, Wasser- und Elektrizitätsversorgung, (Weiter-)Bildung, Kinder-, Jugendlichen- und Altenbetreuung, (Nah-)Verkehr, Kommunikation sowie Sport und Kultur. Eine solche Daseinsvorsorge muss bedürfnisorientiert und nah am

Menschen sein. Das heißt, sie sollte primär von mit hinreichenden Mitteln ausgestatteten Kommunen getragen werden. Sie muss auf Mitbestimmung der Mitwirkenden (Beschäftigte, Ärzt*innen, Erzieher*innen) und Betroffenen (Patient*innen, Eltern) setzen, um Maßnahmen und Mitteleinsatz demokratisch und transparent zu gestalten. Sie darf nicht nur auf Angebotsmenge oder Rechtsansprüche abzielen, sondern muss auch hohe Qualitätsstandards im Auge haben und deren Einhaltung kontinuierlich prüfen. Dies geht nur mit anständig ausgebildeten und gut bezahlten Mitarbeitenden.

Und sie sollte ihrem Namen gerecht werden, also auch Vorsorge betreiben. Nicht nur monetäre Unterstützung für soziale und ökonomische Risikolagen ist bereitzuhalten. Sondern über Beratungen und Unterstützungsangebote müssen soziale Schieflagen präventiv verhindert oder frühzeitig eingegrenzt werden. Dies macht eine stärkere Vernetzung verschiedener Politikbereiche erforderlich. In Skandinavien zum Beispiel konzentriert sich die vorsorgende Gesundheitspolitik auf die Verflechtung von Bildungs-, Familien- und Arbeitsmarktpolitik. In Schweden wurden Familienzentren gegründet, die Anlaufstellen für Familien sind und in Fällen physischer oder psychischer Probleme der Kinder geeignete Hilfestellungen geben. Ebenso wird in den Schulen die Drogenprävention eng mit den Eltern oder auch den lokalen Sportvereinen verknüpft.

In der Krankenversorgung wären für eine solche politische Ausrichtung zügig verschiedene Maßnahmen umzusetzen: Als wichtigste Punkte sind sicherlich die Abschaffung der Fallpauschalen zu nennen und die Finanzierung der Krankenhäuser auf Basis ihrer tatsächlichen Kosten. Dies hat die deutsche Regierung weder in der Pandemiebekämpfung umgesetzt noch für die Zeit danach versprochen. Zusätzlich müssen die Personalausstattung der Kliniken sowie die Gehälter in der Pflege und in nicht medizinischen Sektoren deutlich aufgestockt werden. Mittelfristig ist die Rekommunalisierung der Krankenhäuser als Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge samt Rückführung von outgesourcten Tochterunternehmen anzustreben.

Danach sollte eine Neuausrichtung des Krankenwesens als Ganzes vorangetrieben werden. Heute liegt der Schwerpunkt der Krankenfürsorge in

der kurativen Medizin, also der Heilung. Die *Public-Health*-Forschung ist in vielen Studien aber seit Langem zu dem Ergebnis gekommen, dass die Verbesserung von Gesundheit und Lebenserwartung nicht nur durch medizinische Behandlung erzielt werden kann, sondern großteils auch über die Veränderung von Lebensbedingungen erreichbar ist: Ernährung, sanitäre Einrichtungen oder weniger belastende Arbeit. Dies kann aber nicht der/m Einzelnen überlassen werden. Eine Krankenversorgung, die ganzheitliche Ansätze umsetzt, muss verschiedene Politikbereiche wie Schulernährung, Arbeitsschutz etc. im Blick haben. Darüber kann langfristig Gesundheit für alle besser gefördert werden als über eine teure, hoch technisierte Medizinversorgung. Rudolf Virchows Postulat von der Sozialmedizin lässt grüßen. Über Prävention und ganzheitliche Therapien lassen sich auch Ressourcen einsparen. Sogar ein Ende der Ökonomisierung des Gesundheitssystems und der Ausbau einer breiten öffentlichen Daseinsvorsorge bergen Einsparpotenziale. Ökonomisierung bedeutet schließlich nicht immer billigere Leistung, sondern oft nur Umschichtung von Geld auf andere Leistungen, etwa zur Finanzierung neuer administrativer Bereiche. Statt unsinnige, kräftezehrende und teure Konkurrenz sollten im Gesundheitssystem vielmehr Kooperationen auf allen Ebenen gefördert werden.

So würde die Schwerpunktverlagerung von der Medizin zu einer wachsenden Bürokratisierung rückgängig gemacht werden, die immer mehr Arbeitsanteile des medizinischen Personals beansprucht und zum Stellenausbau für Controller*innen und andere mit Betriebswirtschaft befasste Angestellte geführt hat. In größeren Krankenhäusern sind gigantische Controllingabteilungen entstanden, welche den gesamten Datenfluss organisieren, überprüfen, evaluieren und »optimieren« und die Ärzt*innen auf Trab halten. Deutsche Ärzt*innen verwenden oft mehr als drei Stunden ihrer täglichen Arbeitszeit mit administrativen Aufgaben wie Dokumentation. Mit medizinischer Arbeit verbringen sie rund vier Stunden, mit Patient*innen- und Angehörigengesprächen anderthalb Stunden. Fragen Sie einmal Ihren Arzt oder Ihre Ärztin, was er/sie davon hält! Über niedrigschwellige Abrechnungsmethoden und eine mehr auf Digitalisierung setzende Verwaltung könnte sowohl dieser bürokratische Moloch geschrumpft als auch die Patient*innenbetreuung verbessert werden.

Krankenhäuser sollten in Kategorien eingeteilt werden, vom kleinen 50-Betten-Haus der Grundversorgung bis hin zu universitären Einrichtungen mit allen Spezialabteilungen. Die Finanzierung darf nicht auf Fallpauschalen aufbauen, sondern geschieht entsprechend dem Auftrag beziehungsweise der Größe des Krankenhauses mit pauschalen Budgets. Bezahlt wird die Erfüllung des sozialen Auftrages, nicht eine konkrete medizinische Tat. Genauso sinnvoll wäre eine Beendigung der Trennung der stationären von der ambulanten medizinischen Versorgung, bei der die hausärztliche Medizin, die Allgemeinmedizin, ins Zentrum rücken muss. Um diese Basis herum gruppieren sich Pflegestützpunkte, Fachärzt*innen und stationäre Einrichtungen. Durch eine bessere Auslastung des Geräteparks würde verhindert, dass teure Geräte nur zur Amortisierung von Kosten eingesetzt werden. So könnten Doppeluntersuchungen vermieden und Milliarden eingespart werden.

Zusätzlich lässt sich der Wettbewerb zwischen den über 100 deutschen Krankenkassen über eine Bürgerversicherung für alle mit zusätzlichen Wahloptionen nach eigenem Gusto ablösen.

Und wenn wir schon einmal dabei sind: Durch ein angemessenes Grundeinkommen könnten bisher getrennt verwaltete Maßnahmen der sozialen Sicherung wie Kindergeld, Familienbeihilfen aller Art, Ausbildungsgelder, Sozialhilfe, Altersgrundversorgung, Wohngeld relativ unbürokratisch gebündelt und der dafür verantwortliche Verwaltungsapparat eingeschmolzen werden. Als erster Schritt sollte für die 2,8 Millionen Kinder und Jugendlichen, die in Deutschland von staatlichen Leistungen zur Existenzsicherung leben, eine Kindergrundsicherung eingeführt werden. Die bisher mit Verwaltungsaufgaben betreuten Mitarbeitenden der öffentlichen Dienste müssten trotzdem nicht um ihre berufliche Zukunft bangen: Verschiedene Berechnungen kalkulieren, dass durch den Aufbau einer öffentlichen sozialen und bedarfsorientierten Infrastruktur für gute Bildung, Gesundheitsversorgung, Pflege, Mobilität, Energieversorgung, Wohnen, Kultur, Sport und Internet in Deutschland bis zu zwei Millionen hochwertige, tariflich und sozial gut abgesicherte Arbeitsplätze geschaffen werden könnten.

Die ehrliche Gesellschaft durch Gemeinwohl von allen

Natürlich wird für eine solche Daseinsvorsorge eine Menge Geld in die Hand genommen werden müssen. Wo soll das alles herkommen? Mit dieser Frage begeben wir uns auf unwegsames Gelände. Aber es gibt gute Orientierungspunkte, um den richtigen Pfad nicht zu verlieren.

Beginnen wir am Anfang: Erfunden wurde der Wohlfahrtsstaat Ende des 19. Jahrhunderts von Otto von Bismarck. Der Kanzler begründete mit neuen Kranken-, Unfall- und Rentenversicherungen in Deutschland weltweit das erste stattliche Sozialsystem und damit die bis heute erfolgreiche Geschichte des Sozialstaats. Die Sozialleistungen werden im Wesentlichen durch paritätische Beiträge der Arbeitnehmer*innen und ihrer Arbeitgeber*innen finanziert und richten sich danach, wie viele und wie hohe Beiträge gezahlt werden. Über diese leistungsorientierte Art von Sozialversicherungssystem verfügen in Europa neben Deutschland heute zum Beispiel Frankreich und Italien; zusätzlich ist es in Teile Lateinamerikas exportiert worden.

Bismarck hatte bei seinem Sozialversicherungsmodell weniger das Wohl der Menschen als die Absicherung der Wirtschaft durch die Befriedung und Versorgung der produktiv Arbeitenden im Auge. Er war seiner Zeit voraus und erkannte, dass sich beides mit Beginn der industriellen Revolution immer stärker gegenseitig bedingte. Die Umsetzung dieser Strategie erfüllte alle Wünsche ihres Erfinders: Deutschland – und immer mehr Teile Europas – wurden nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch kulturell zu erwerbszentrierten Gesellschaften. Nicht Rohstoffe oder gutes Ackerland entscheiden seitdem über Unternehmensgewinne. Es ist die Arbeit! Dieselbe Arbeit, die auch das Einkommen und die soziale Absicherung festlegt, die die soziale Position begründet und der/m Einzelnen Selbstverwirklichung und gesellschaftliche Anerkennung verspricht. Gut für die Volkswirtschaft, die von wachsender Arbeitsproduktivität, Fleiß und Disziplin und von ungestörten Arbeitsprozessen profitiert. Von Nachteil für die, die im reproduktiven Bereich zum Beispiel der Pflege, Betreuung oder Reinigung arbeiten oder für Hausarbeit und Kindererzie-

hung zuständig sind. Also mehrheitlich für Frauen. Sie werden schlecht oder gar nicht bezahlt, sind meist über ihre Männer und oft zu wenig oder gar nicht abgesichert. Altersarmut hat darum meist ein weibliches Gesicht. Schlecht also für alle, die prekär beziehungsweise informell beschäftigt sind. Das betrifft nicht nur rund 30 Prozent der Erwerbstätigen Deutschlands und knapp 40 Prozent der Arbeitenden Europas, sondern ist nach Zahlen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO eine soziale Katastrophe für weltweit deutlich mehr als die Hälfte aller Erwerbstätigen.

In Deutschland hat das Bismarck'sche Sozialversicherungsmodell lange erfolgreich funktioniert. Die monetäre Umverteilung durch das Steuer- und Transfersystem führte insgesamt dazu, dass die Nettoeinkommen deutlich gleichmäßiger verteilt waren als die Markteinkommen. Das Sozialversicherungssystem hat daran einen gewichtigen Anteil. Doch die Gewissheit und Stabilität dieses Systems sind seit mehr als zwei Jahrzehnten am Bröckeln. Die fiskalische Grundlage des Sozialstaates wird regelmäßig als chronisch krank beschrieben. Genau solche Positionen werden nach dem Ende der Pandemie wieder an Einfluss gewinnen; Forderungen nach Kürzungen sozialer Leistungen oder der Erhöhung des Renteneintrittsalters gewinnen jetzt schon an Lautstärke.

Es sind aber nicht immer noch mehr »Habenichtse« oder Faule, die in der sozialen Hängematte unsere bitter verdienten Brötchen genießen. Diese Hängematte hat es nie gegeben. Und falls doch, sind ihre Löcher so groß, dass sich niemand mehr in sie betten kann.

Es sind auch nicht die Migrant*innen, die unser Sozialsystem überlasten. Im Gegenteil: Verschiedene Studien belegen eindrücklich, dass der ausländische Bevölkerungsanteil unseren Sozialstaat seit Jahrzehnten entlastet, Migrant*innen über Beiträge und Steuern deutlich mehr einzahlen, als sie an sozialen Transferleistungen empfangen. Ohne diese Entlastung wären die Sozialbeiträge für uns alle bereits spürbar gestiegen. Es sind auch nicht explodierende Sozialausgaben, die uns drangsalieren. Diese sind in den letzten beiden Jahrzehnten entgegen allen Behauptungen stabil geblieben.

Der Grund, warum das Fundament unserer Daseinsvorsorge schwindet, ist vielmehr die abnehmende Zahl an Einzahler*innen. Die Last der Sozial-

abgaben wird von immer weniger Menschen geschultert. Dies wiederum ist dem Organisationsprinzip der Sozialversicherung geschuldet. Das Sozialstaatsprinzip ist direkt an die Dynamik auf dem Arbeitsmarkt gekoppelt. Die Referenz für Sozialversicherungen ist das vertraglich gesicherte und unbefristete Normalarbeitsverhältnis. Diese Arbeitsform wurde seit den 1990er-Jahren nicht nur in Deutschland über eine wachsende Deregulierung des Arbeitsmarktes aufgeweicht und teilweise durch prekäre oder atypische Beschäftigungsverhältnisse ersetzt. Nach einer Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD waren zwischen 1995 und 2010 drei Viertel aller Industrienationen von einer solchen Zunahme an prekären Beschäftigungen betroffen; besonders stark die Slowakei mit der Hälfte aller Arbeitsstellen, aber auch Österreich, die Niederlande und Deutschland.

So konnte der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos 2005 stolz und vollmundig verkünden: »Wir müssen und wir haben unseren Arbeitsmarkt liberalisiert. Wir haben einen der besten Niedriglohnsektoren aufgebaut, den es in Europa gibt.« Warum er liberalisieren musste, hat er – oder jemand anderes aus seiner Sozialdemokratischen Partei – bis heute noch nicht plausibel erläutern können. Was ebenfalls kaum erklärt wird, ist, dass mit dieser Politik dem deutschen Sozialsystem der Boden unter den Füßen weggezogen wird. Weniger sozialversicherte Arbeit, weniger Geld für Soziales.

Doch das ist noch nicht alles: Die sozialversicherten Anteile zur Finanzierung unseres Sozialsystems müssen bis zu einer Beitragsbemessungsgrenze entrichtet werden, die im internationalen Vergleich vergleichsweise niedrig ist. Sie liegt bei der gesetzlichen Krankenversicherung zum Beispiel 2021 bei unter 60.000 Euro Einkommen. Überschreitet das Gehalt diese Grenze, steigen die Beiträge nicht weiter an, sondern bleiben konstant. Gutverdiener zahlen also nur einen Höchstbetrag. Mit anderen Worten: Wer viel verdient, zahlt im Verhältnis deutlich weniger ein. Vermögen und Erben werden beim Sozialversicherungsprinzip gar nicht berücksichtigt. Viele Reiche profitieren ebenso wie alle von den sozialen Diensten, leisten aber nur geringe oder keine Beiträge. Da ist noch viel Luft nach oben und genug da für eine breite Daseinsvorsorge.

Es ist die Trägheit oder die fehlende Bereitschaft der Politik, unsere Daseinsvorsorge ins 21. Jahrhundert zu überführen. Dabei liegen alle Optionen auf dem Tisch: Ein zukunftsfestes Finanzierungsmodell geht auf den Ökonomen William Beveridge zurück, der als Leiter einer Sachverständigenkommission dem britischen Parlament im November 1942 seinen Bericht zur Reform des Sozialversicherungssystems vorstellte. Er votierte für eine steuerfinanzierte Mindestsicherung für alle Staatsbürger*innen. Der Liberale wollte keine Daseinsvorsorge für alle, um sein Land grundlegend zu verändern. Der Vorschlag ist eher aus der Not geboren, eine möglichst effektive wie unbürokratische Gesamtversorgung der kriegsleidenden Bevölkerung und somit deren weitere Unterstützung für den Kampf gegen Hitlerdeutschland zu gewähren. Der Engländer setzte auf eine steuerfinanzierte Grundversorgung für alle, die durch private Eigenleistungen ergänzt werden konnte.

Ersteres funktionierte lange sehr gut und wurde zum Vorbild vieler Länder. Letzteres wurde der Heimat der universellen Gesundheitsversorgung schließlich zur Krux. Mit der wirtschaftlichen Liberalisierungspolitik Großbritanniens ab den 1980er-Jahren wurde das einst vorbildliche öffentliche Gesundheitssystem der Insel, der National Health Service, ausgeblutet und von privaten Anbietern kannibalisiert. Die Mehrheit der zahlreichen Coronaopfer in England sind nicht der britischen Covid-19-Mutante zum Opfer gefallen, sondern dem maroden staatlichen Gesundheitssystem. Dass solche Entwicklungen nicht naturgegeben, sondern ausschließlich politisch zu verantworten sind, zeigen die skandinavischen Länder. Deren an dem Beveridge-Modell ausgerichtete universelle Gesundheits- und Daseinsvorsorge wird nach Einschätzung aller Experten bis heute als international vorbildlich gewertet.

Der Sozialstaatsforscher Gøsta Esping-Andersen kam zu dem gleichen Befund. In seinem viel beachteten Vergleich *The Three Worlds of Welfare Capitalism* revolutionierte er die westliche Wohlfahrtsstaatenforschung. Dazu stellte er die Verhältnisse zwischen Staat und Markt in der Bereitstellung sozialer Leistungen nebeneinander, Modus und Qualität der Leistungen und die Wirkung der Sozialpolitik auf soziale Schichtung und gesellschaftliche Verteilung. Esping-Andersen stellte fest, dass weder

eine auf private Initiative beruhende Sozialpolitik (USA, Großbritannien, Australien, Schweiz) noch das Bismarck'sche Sozialversicherungsmodell (Deutschland, Frankreich, Österreich) ausreichend soziale Versorgung, Mobilität und Bürgerrechte für alle gewährt. Stattdessen reproduzieren und vertiefen sich soziale, geschlechtsspezifische und andere Ungleichheiten. Faire Chancengleichheit verbunden mit hoher Arbeitsproduktivität gewähren hingegen die Sozialstaaten, die ihre Leistungen primär aus Steuern finanzieren (Schweden, Norwegen, Dänemark, Finnland). Dieser Befund wurde seither durch zahllose Forschungen und Studien bestätigt.

Alle Erfahrungen zeigen also: Eine Politik, die ein breites Gemeinwohl gewährleisten will, erfordert heute die Umstellung unserer Sozialsysteme auf Steuerfinanzierung. Dieses Modell wollte die alliierte Besatzungsherrschaft (1945–1949) bereits nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland einführen. Die Initiative scheiterte allerdings an der konservativen Mehrheit des ersten deutschen Bundestags.

Corona schenkt uns nun die Chance auf einen sozialpolitischen Neustart! Steuergerechtigkeit und Sozialstaat bilden allerdings ein unaufhebbares Spannungsfeld, welches den demokratischen Staat schon immer beschäftigte. Es geht um nicht weniger als die prinzipielle Frage, ob mehr Freiheit weniger Gleichheit bedeutet oder mehr Gleichheit weniger Freiheit. Diese Frage ist nicht nur philosophischer Natur, sondern für unseren Rechts- und Wohlfahrtsstaat essenziell. Sie entscheidet über die Ausgestaltung unseres Sozialsystems, über unser Gemeinwohl.

Das Credo der Liberalen ist es, Gleichheit durch Freiheit zu schaffen. Also es der Leistung und Initiative der/s Einzelnen durch Chancengleichheit zu ermöglichen, gleichen Wohlstand für alle herzustellen. Dieses Postulat hat in den letzten Jahrzehnten die Politik der meisten westlichen Staaten geprägt und zu einer signifikanten Ökonomisierung und Privatisierung der Daseinsvorsorge geführt. Das Ergebnis kennen wir: Je mehr private Initiative in die soziale Infrastruktur einzieht, desto schlechter die soziale Versorgung für die Mehrheit und desto unattraktiver Care-Arbeit. Nicht die für die Gesellschaft überlebenswichtigen Tätigkeiten und Leistungen, sondern leistungsfreies Erben und Vermögen entscheiden heute weitgehend über Freiheitsgrade. Das alltägliche Abmühen vieler ist seit

Corona vielleicht »systemrelevant«, macht aber nicht frei. Im Gegenteil: Bekanntermaßen wütet das Virus in den Pflegeberufen wesentlich heftiger als in der Oberschicht.

Da sich die Freiheit selbst nicht hinreichend befreien kann, müssen wir ihr zu ihrem Recht verhelfen. Wir brauchen eine Politik, die Freiheit durch Gleichheit herstellt. Der frühere Bundesverfassungsrichter Ernst-Wolfgang Böckenförde wollte zwar soziale Grundrechte nicht im Grundgesetz verankert sehen. Er hat gleichwohl hervorgehoben, dass Freiheitsrechte ohne ihre sozialstaatliche Unterfütterung nichts wert sind. Für ihn ist ein Rechtsstaat, der es seinen Bürger*innen nicht ermöglicht, ihre verfassungsmäßig verbrieften Rechte aktiv wahrzunehmen, nicht nur kein Sozialstaat, sondern auch kein Rechtsstaat mehr. Nur ein solides Gemeinwohl für alle sichert darum über die Herstellung von Gleichheit langfristig Freiheit, Recht und Demokratie. Eine solche Daseinsvorsorge sollte über Steuern finanziert werden.

Dabei gibt es viel zu gewinnen und nur wenig zu verlieren: Der Umbau unseres Sozialstaats in ein steuerfinanziertes Sozialsystem bedeutet nicht, dass die persönliche Einkommenshöhe bei Arbeitslosigkeit oder bei Renten missachtet wird. Mit einer progressiven Besteuerung auf breiter Grundlage würden alle gerecht die Last schultern, aber auch alle eine breite Daseinsvorsorge genießen. Eine solche Basis würde leistungsgerechte Verteilung und sozialen Ausgleich gewähren.

Mit dem gleichzeitigen Ende des Ehegattensplittings würde in Deutschland Erwerbsarbeit für Frauen attraktiver. Die feminisierte Altersarmut könnte abgebaut und zukünftig vermieden werden. Skandinavien zeigt, dass dabei niemand enteignet wird oder schmachten muss: Für die Begüterten wäre die Abgabenlast (oder die Verringerung ihrer Freiheitsgrade) immer moderat, denn jede Steuer muss schließlich demokratisch legitimiert werden. Und wer sich dennoch etwas mehr Versorgung gönnen möchte, kann sich privat zusätzliche Leistungen dazukaufen oder sich ein Vermögenspolster anlegen.

Deutschland hat die Sozialpolitik erfunden und in die Welt gebracht. Das könnten wir als Verpflichtung interpretieren, jetzt den Wohlfahrtsstaat 2.0 auf den Weg zu bringen. Nicht nur bei uns, sondern auf euro-

päischer Ebene. Die Coronakrise wird oft mit den Erschütterungen des Zweiten Weltkriegs verglichen. Eine gute Zeit für einen Neuanfang. Machen wir die EU zu einer Sozial- und Steuerunion!

Die Leitplanken für den dritten Schritt sind offensichtlich:

- Zügige Reform des Gesundheitssystems: Abschaffung der Fallpauschalen, Aufstockung der Personalausstattung der Kliniken sowie der Gehälter; Rekommunalisierung der Krankenhäuser, Einführung einer einheitlichen Bürgerversicherung mit Wahloptionen
- Höhere Mindestlöhne, bessere Aufstiegsmöglichkeiten und gesellschaftliche Anerkennung für Betreuungs- und Pflegearbeit
- Politische und kulturelle Aufwertung von reproduktiven, also systemrelevanten Tätigkeiten
- Komplette und zeitnahe Umstellung unserer Sozialsysteme auf Steuerfinanzierung
- Aus- und Aufbau einer breiten, öffentlichen, bedarfsorientierten, kommunalen und qualitativ hochwertigen Infrastruktur für Bildung, Gesundheitsversorgung, Pflege, Mobilität, Energieversorgung, Wohnen, Kultur, Sport und Internet

Mythos #4

Die Schulen sind uns wichtig

Bildung ist ein zentraler Hebel, um Ungleichheiten zu verringern. Zugleich gehören (Vor-)Schulen zu den gesellschaftlichen Bereichen, die für die Entstehung, Vertiefung oder gar Zementierung von Ungleichheiten entscheidend sind.

Die Pandemie hat das globale Bildungssystem schwer erschüttert. Mehr als 250 Millionen Kinder hatten nach Angaben der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur UNESCO schon vor der Pandemie keinen Zugang zu Bildung. Im ersten Coronajahr 2020 schlossen mehr als 180 Länder vorübergehend ihre Schulen. So gingen knapp 1,7 Milliarden Kinder und Jugendliche nicht zur Schule. In den ärmsten Ländern waren die Schulen im Schnitt vier Monate geschlossen, in einigen wurde das komplette Schuljahr gestrichen. Es wird befürchtet, dass knapp 33 Millionen von Schulschließungen betroffene Kinder und Jugendliche nie wieder eine Schule oder Universität besuchen können.

Gleichzeitig hat sich die Stellensituation im globalen Bildungssystem weiter verschärft: Schon vor der Pandemie fehlten weltweit 69 Millionen Lehrer*innen – seit Corona wird angenommen, dass die Zahl der fehlenden Lehrkräfte um 25 Millionen wächst. Vor allem diejenigen, die Bildung am meisten brauchen, laufen Gefahr, am ehesten zurückgelassen zu werden. Global ist der Zugang zu mobilen Internetdiensten, der digitales Lernen ermöglicht, für Mädchen und Frauen im Vergleich zu Jungen und Männern um 26 Prozent geringer. Dies betrifft aber nicht nur arme Länder. Mindestens ein Drittel aller Kinder weltweit hat keinerlei Zugang zu digitalem Fernunterricht. Dazu gehört auch Deutschland. Laut verschiedener internationaler Organisationen wie UNICEF oder der Weltbank stehen wir heute weltweit vor der größten Bildungskrise der letzten 100 Jahre.

In Deutschland steckte das Bildungssystem schon vor der Krise in der Krise. Die Bildung war in vielen Bereichen miserabel aufgestellt. Das ist erschreckend für eines der reichsten Länder der Welt, welches auch noch stolz darauf ist, eine Bildungsdemokratie zu sein. Also ein Land, in dem Bildung für sozialen Aufstieg und Erfolg besonders wichtig zu sein scheint und wo in Schulen Demokratie für alle eingeübt werden soll. In unserem Land fand das Virus in den Schulen gute Bedingungen für seine Verbreitung: In den kaputtgesparten Einrichtungen konnten zu Beginn der Pandemie häufig Hygienepläne nicht eingehalten werden, weil es an elementaren Dingen wie fließendem Wasser, Seife und Handtüchern fehlte. Lüftungsvorgaben wurden aufgrund maroder Fenster nicht umgesetzt. Das Unterrichten in kleineren Gruppen scheiterte an zu wenig Personal und fehlenden Räumen. Der erste Pandemiesommer 2020 wurde trotz Warnungen von allen Verantwortlichen vollständig verschlafen. Politik und Schulen schienen fast erstaunt, dass alle epidemiologischen Prognosen stimmten und Corona nach der Sommerpause immer noch da war. Die folgende ungeordnete Phase mit Öffnungen und Schließungen, aber vor allem der schwerfällige und oft katastrophale Beginn des digitalen Unterrichts ab Herbst 2020 hat niemanden überrascht, der/die vom Fach ist.

Expert*innen weisen seit Langem darauf hin, dass Deutschland bei der Digitalisierung im Mittelalter stecken geblieben ist: Die für den internationalen Schulleistungsvergleich von 37 Industriestaaten verantwortliche Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD hat in einer neuen Studie dargelegt, dass bei uns gerade einmal 0,61 Computer für jede/n Lernende*n verfügbar sind – das ist nicht nur deutlich unter den Werten aus USA oder Großbritannien (jeweils 1,5), sondern sogar unter dem Schnitt aller 37 OECD-Staaten (0,85). Auch hinsichtlich der Verfügbarkeit von internetfähigen Geräten und Lernsoftware, der Geschwindigkeit des Internets sowie bei der technischen Assistenz liegt Deutschland unterhalb des OECD-Schnitts – Bulgarien hat bessere Werte. Zugang zu einer Onlinelernplattform hatten in Deutschland im ersten Pandemiejahr 2020 nur 33 Prozent der Schüler; auch hier platzierte sich Deutschland in der Schlussgruppe – zum Beispiel noch hinter Moldawien mit etwa 40 Prozent. Ebenso dramatisch ist das Thema

digitale Weiterbildung von Lehrer*innen: Hier landete Deutschland auf Platz 76 von 78.

Dank dieses drastischen bildungspolitischen Versagens mussten wieder einmal die Familien die Hauptlast der Krise schultern. Familie erlebt seit Corona eine Renaissance. (Zu) vieles konzentriert sich seither auf die Wohnung: »Homekita«, »Homeschooling«, »Homecare«, »Homeoffice«. Zahlreiche Untersuchungen zeigen, dass hier als Erstes die Frauen und Mütter in der Pflicht stehen – oft zulasten von Beruf, Aufstiegschancen und der eigenen Lebenszufriedenheit. Nicht nur die Familie feiert ihr Comeback, auch die tradierten Rollenverhältnisse. Haben sich diese in den letzten Jahren zugunsten von Mädchen und Frauen leicht verbessert, greifen heute umso schneller wieder die alten Muster. Schon in jungen Jahren geht es los: Seit Covid-19 verbringen Mädchen deutlich mehr Zeit mit Hausarbeit und der Betreuung von Geschwistern als ihre Brüder.

Frauen haben seit Pandemiebeginn bei uns und weltweit unglaublich viel geleistet und aufgefangen. Ob zukünftige Generationen nicht mehr nur von Trümmerfrauen, sondern auch von »Corona-Ladys« sprechen werden? Die gestellte Mammutaufgabe wurde oft bestmöglich gemanagt, sodass ein großer Teil der Jugendlichen die Pandemiefolgen ziemlich gut wegsteckt. Vor allem Kinder, die vorher schon in ihren Familien gut aufgefangen waren, kamen bisher relativ gut durch die Krise. Diese Kinder konnten auf Ressourcen zurückgreifen und entwickelten zum Teil sogar einen kreativen Umgang damit, indem sie beispielsweise digitale Geräte für sich nutzten, um soziale Kontakte zu halten. Für Kinder aus beengten Wohnverhältnissen, mit mangelnden Sprachkenntnissen, bildungsfernen und armen Familien hat die Pandemiebekämpfung existierende Benachteiligungen aber oft verschärft und nicht selten unerträglich gemacht.

Insgesamt aber gilt: Covid-19 hat für alle sichtbare Narben hinterlassen. Verschiedene Studien zeigen, dass Kinder und Jugendliche in der Pandemie enormen Belastungen ausgesetzt waren und sind. Monatelang fast keine sozialen Kontakte außerhalb der Familien, Mangel an Sport und Bewegung, zu viel Zeit an Handys und Spielekonsolen machten ihnen – und den Eltern – stark zu schaffen. Für über die Hälfte der Väter oder Mütter haben die Kontaktbeschränkungen sowie die Schließung

von Schulen und Kindertagesstätten den Stress in ihren Familien deutlich erhöht, was zur signifikanten Steigerung von aggressivem Verhalten und häuslicher Gewalt führte. Mehr als drei Viertel der befragten Kinder beklagten in Deutschland 2021 eine verminderte Lebensqualität und ein geringeres psychisches Wohlbefinden – vor Corona ist dies nur bei einem Drittel der Kinder und Jugendlichen der Fall gewesen.

Hier wird deutlich: Die private Lebensführung kann öffentliche Bereiche nicht ersetzen, Kinder und Jugendliche brauchen unbedingt Räume wie Schulen, Kindergärten und Sportvereine, um sich gut entwickeln zu können. Der direkte Austausch mit Gleichaltrigen ist entscheidend, um die sozialen Kompetenzen zu erwerben, die sie in unserer Gesellschaft brauchen. Es darf nicht ausschließlich der Familie oder dem Zufall überlassen sein, ob ein Kind Kontaktangebote bekommt oder die Hausaufgaben kontrolliert werden. Solche Unterstützungen müssen für alle öffentlich verankert und rechtlich garantiert sein. Solange dies nicht der Fall ist und Schüler*innen bei der digitalen Lehre zusätzlich auf die technische Ausstattung der eigenen Familie angewiesen sind, werden soziale Benachteiligungen gefestigt und vertieft. Die Schere im Bildungssystem geht weiter auf.

Die Auswirkungen dieser Versäumnisse sind bereits absehbar: Der zeitliche Umfang des Homeschoolings verdeutlichte, dass diese Lernform den normalen Unterricht nicht ersetzen konnte. So hat sich die tägliche Zeit, in der sich Kinder mit der Schule beschäftigt haben, während der Phase der Schulschließungen im Schnitt halbiert. Ein großer Teil lernte maximal zwei Stunden pro Tag. Je länger die Phase des Distanzunterrichts dauert, desto größer werden die Lerndefizite gerade bei jüngeren Schülern. Besonders betroffen sind vor allem Grundschüler ohne elterliche Unterstützung, Schüler mit Förderbedarf oder Migrationshintergrund sowie sozial benachteiligte Mädchen und Jungen. Vor allem bei ihnen wird das entstehende Bildungsdefizit dazu führen, dass sie im späteren Leben ihre Möglichkeiten nicht ausschöpfen und dauerhaft ein signifikant niedrigeres Einkommensniveau erreichen werden, als es ohne Pandemie möglich gewesen wäre. Zum Vergleich: Von allen Langzeitbezieher*innen der Grundsicherung für Arbeitsuchende hatten 2020 in Deutschland knapp

30 Prozent keinen Schulabschluss. Expert*innen rechnen damit, dass sich in den beiden Coronajahren 2020 und 2021 die Zahl der Schulabbrecher*innen verdoppeln wird. Gleichzeitig klagt die Wirtschaft über einen Fachkräftemangel und fordert, dass jährlich bis zu 400.000 Arbeitsmigrant*innen aufgenommen werden, um den Laden am Laufen zu halten.

Vierter Schritt: Zukunft für die Coronageneration schaffen

Die Folgen von Lernausfällen oder verringerten Bildungschancen werfen lange Schatten auf unsere Gesellschaft. Sie verstärken nicht nur Bildungs- und andere Ungleichheiten, sie verändern auch die Zugänge zu Arbeit oder Gesundheit – bis in die nächste Generation hinein. Sie haben weitreichende Folgen für das gesellschaftliche Zusammenleben: Wie die Vertiefung sozialer Gräben von braunen Rattenfänger*innen politisiert werden kann, mussten wir schon vor Covid-19 zur Kenntnis nehmen. Selbst für die Wirtschaft wird diese Entwicklung zur echten Herausforderung. Warum jetzt also nicht das vorhandene Arbeitskräftereservoir im eigenen Land stärken? Die Unternehmens- und Industrieverbände sollten mit einer großzügig ausgestatteten (Aus-)Bildungsoffensive vorangehen und die Coronageneration fit für die Zukunft machen, anstatt über Facharbeitermangel zu jammern. Zur Erinnerung: Das nennt man unternehmerischen Geist und Innovationskraft.

Weltweit sorgen sich Eltern um Bildung und Zukunft ihrer Kinder. Aus gutem Grund! Die Weltbank prognostizierte 2020 für die nächsten Jahre für die jüngere Generation einen Verdienstverlust in Höhe von etwa zehn Billionen US-Dollar als Folge pandemiebedingter Bildungsdefizite. Auch in Deutschland macht sich jeder zweite Elternteil große Sorgen um den Nachwuchs und dessen wirtschaftliche Zukunft. Was wir jetzt brauchen, sind langfristige Investitionen in gute öffentliche Bildung! Weltweit – und gerade auch in Deutschland.

In vielen Ländern sind seit Pandemiebeginn die staatlichen Unterstützungsleistungen enorm angeschwollen. Auch der deutsche Staat hat für Unterstützungen, Förderungen und Kredite seine Geldspeicher weit

geöffnet. Was dabei in die Bildung geflossen ist, ernüchtert allerdings: In dem 130 Milliarden Euro schweren Konjunkturpaket der Bundesregierung von Mitte 2020 waren zum Beispiel knapp sechs Prozent für Bildung und Familie vorgesehen. Das viel gelobte Corona-Aufholpaket der deutschen Regierung von 2021 für Kinder und Jugendliche betrug rund zwei Milliarden Euro. Zum Vergleich: Der Tourismuskonzern TUI bekam zeitgleich 4,3 Milliarden Euro Hilfen vom deutschen Staat. TUI soll damit die Beschäftigung von knapp 9.000 Mitarbeiter*innen in Deutschland sichern, mit 500.000 Euro pro Arbeitsplatz. Der Konzern verspricht uns dafür nach der Krise nicht nur den schönen Corona-Erholungsurlaub, den wir alle so dringlich brauchen. TUI ist auch in der boomenden Kreuzfahrtbranche der zweitstärkste Anbieter auf dem deutschen Markt, also Verfechter und Nutznießer einer touristischen Dinosaurierkultur, die so ziemlich alle sozialökologischen Standards vernachlässigt: Unwürdige Arbeitsbedingungen und die riesigen Dreckschleudern und Umweltverpester schaffen neben wenigen Vorteilen zudem starke Belastungen für die besuchten Zielgebiete. Das lässt sich eher schwer als Investition in die Zukunft unserer Kinder etikettieren.

Solche Vergleiche und Zahlen sind für Kenner*innen der deutschen Schulpolitik wenig überraschend. Sie setzen vielmehr den langen Trend der bildungspolitischen Misere in Deutschland fort: Bereits vor Corona betrug der errechnete Investitionsrückstand allein für Schulsanierungen knapp 50 Milliarden Euro. Das ist etwas mehr als die deutschen Rüstungsausgaben aus dem Jahr 2020 (also inmitten der Pandemie!). Offensichtlich hat noch nicht jede*r begriffen, dass man weder Corona noch den Klimawandel mit Waffen bekämpfen kann.

Jede*r spürt hingegen gerade, wie wichtig Bildung ist. Corona lehrt uns, dass wir jetzt einen straffen Wechsel in der Schul- und Bildungspolitik brauchen. Es bedarf einer guten öffentlichen Bildung, die ausreichend finanziert ist und Chancen für *alle* Kinder garantiert. Wir müssen mehr in Personal, (digitale) Infrastruktur, Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften, neue virtuelle Lernräume und Förderprogramme investieren!

Insgesamt gibt es in Deutschland rund 40.000 Schulen und Berufsschulen, elf Millionen Schüler*innen und mehr als 800.000 Lehrkräfte.

Deutlich mehr als die Hälfte der deutschen Lehrer*innen ist älter als 50 Jahre. Auf das deutsche Schulsystem rollt eine Pensionierungswelle zu, ohne dass hinreichend Nachwuchskräfte als Wellenbrecher in Sicht sind. Rund 15.000 Lehrer*innenstellen sind zurzeit unbesetzt. Die Bertelsmann-Stiftung rechnete in einer Studie 2019 nach, dass bereits 2025 rund 26.000 Grundschullehrer*innen fehlen könnten. Das heißt, es muss jetzt mit einer massiven Einstellungskampagne begonnen werden.

Dieser Generationswechsel bietet Chancen auf Veränderung: Lehrkräfte werden in Deutschland im OECD-Vergleich überdurchschnittlich gut, aber zu stark gestaffelt bezahlt. Hier steht eine einheitliche Besoldung an. Zusätzlich sollte zusammen mit Lehrer*innen überlegt werden, wieweit Arbeitsentlastungen und höhere Arbeitsqualität (weniger Lehrstunden, kleinere Betreuungseinheiten, entschlackte Lehrpläne) als Einkommenskompensationen attraktiv sind. Zusammen mit der Schaffung eines guten Arbeitsumfelds, anregenden Entwicklungsmöglichkeiten mit regelmäßigen, aber auch verpflichtenden Weiterbildungsangeboten sowie mehr Gestaltungsmöglichkeiten und Verantwortung kann der Job als Lehrkraft ebenso wie die Qualität des Unterrichts deutlich verbessert werden. Die Pandemie zeigt: Geld dafür ist da. Und wer sich über Facharbeiter*innenmangel beklagt, sollte sich zuerst dafür engagieren, dass der Staat auch langfristig hinreichend Steuern einnimmt, um seinem Bildungsauftrag gerecht zu werden.

Doch es geht nicht nur um den schnöden Mammon. Deutschland investiert vergleichsweise viel in seine Bildungssysteme, schafft aber kaum Chancengleichheit: Die Bildungserfolge für sozial benachteiligte Schüler*innen sind signifikant niedrig, wie seit Jahrzehnten in zahllosen Studien immer wieder angemahnt wird. Dadurch liegt ein großes Arbeitskräftereservoir im eigenen Land brach. Und es gibt kaum neue Initiativen, diese jungen Menschen besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Hier spielt unser (Selbst-)Verständnis von »Bildungsdemokratie« eine entscheidende Rolle: Wir hängen als Eltern und Lehrkräfte oft noch der *Illusion der Chancengleichheit* an, wie Jean-Claude Passeron und Pierre Bourdieu einmal ein Buch zu diesem Thema betitelten. Also der Überzeugung, dass jede/r über Bildung die Möglichkeiten und sozialen Positionen erhält, die

er oder sie sich über Leistung, Motivation und Talent erarbeitet hat. Wissenschaftliche Untersuchungen bestätigen hingegen nahezu ausnahmslos die Abhängigkeit der individuellen Bildungsbiografie von der sozialen Herkunft. Das heißt, der Erfolg in der Bildung hängt kaum von der/m Einzelnen ab, sondern vom sozialen Umfeld, in dem er oder sie aufgewachsen ist. Bildlich gesprochen: Dass in Deutschland nur knapp 30 Prozent der Kinder von Nichtakademiker*innen ein Studium aufnehmen, liegt natürlich nicht daran, dass sie dümmer oder fauler sind, sondern vor allem daran, dass ihnen ihre Familien und das heutige Schulsystem nicht die gleichen Chancen auf eine höhere Bildung gewähren. Von der sozialen Selektion der deutschen Schulen profitieren fast ausschließlich die Kinder von Akademiker*innen, deren Anteil an der Gesamtbevölkerung nicht einmal 30 Prozent ausmacht. Es ist diese gesellschaftlich und politisch einflussreiche Minderheit, die über das Schulsystem ihre soziale Position absichert, vererbt und darum oft Schulreformen zur Öffnung des Bildungszugangs blockiert. Ihr – und nicht der deutschen Sozialdemokratie – ist es gelungen, sich das geflügelte Wort »Wissen ist Macht« des englischen Philosophen Francis Bacon gesellschaftlich anzueignen.

Das dreigliedrige, auf strikter Trennung unterschiedlicher Schultypen basierende deutsche Bildungssystem ist anachronistisch und kontraproduktiv. Demgegenüber sind die in vielen Ländern erprobten Gesamtschulsysteme ein gelungenes Beispiel dafür, dass heterogen zusammengesetzte Lerngruppen nicht nur leistungsschwache Schüler*innen stärken, sondern gleichzeitig die Lern- und sozialen Kompetenzen leistungsstarker Schüler*innen fördern. Empfehlenswert ist somit ein eingliedriges Schulsystem bis zur zehnten Klasse, welches sowohl verschiedene Leistungsniveaus individuell fördert als auch kollektiv einbindet. Frühzeitig zu fördern heißt auch, dass die Wiederholung von Schuljahren (»Sitzenbleiben«), die nach schulpädagogischen Studien kaum etwas bringt, außer Frustration für viele und zusätzliche Kosten für alle, vermieden wird. Stattdessen muss ein formaler Anspruch auf Förderung bei relevanten Lernrückständen etabliert werden.

Zusätzlich muss sich das Prinzip der Chancengleichheit konsequent in der Schulstruktur abbilden. Heute wird für Gymnasien, das deutsche

Bollwerk der schulischen Ausleseanstalt, rund 30 Prozent mehr ausgegeben als für Grundschulen. Aber nicht dort, wo Bildungserfolg relativ gesichert ist, sollten die meisten staatlichen Ressourcen eingesetzt werden, sondern dort, wo die meisten Benachteiligungen existieren. Die Betreuungsintensität muss bedarfsgerechter verteilt werden, muss sich also nach dem Grad sozialer Benachteiligung richten. Sozialer-Brennpunkt-Schulen (zum Beispiel mit hohem Migrationsanteil) müssten dann mit neuen Verteilungsschlüsseln besonders qualifizierte und doppelt so viele Lehrkräfte erhalten wie gut situierte Schulen.

Unsere Nachbar*innen im hohen Norden können für solche Vorschläge als Vorbild dienen. In Skandinavien wurden ab den 1960er-Jahren Gemeinschaftsschulen eingeführt, und zur Förderung der Frauenerwerbstätigkeit ist zusätzlich das Kitaangebot massiv ausgebaut worden. Dies hat angesichts der entscheidenden Bedeutung der Vorschuljahre für die kindliche Entwicklung erheblich zum Abbau von sozialen Unterschieden beigetragen. Bessere Jobchancen für Mütter waren gleichzeitig ein effektives Mittel gegen Kinderarmut. Studien zeigen, dass dank dieser Politik Schwed*innen aus bildungsfernen Familien eine dreimal so große, Dän*innen eine viermal so große Chance auf höhere Bildung haben wie Deutsche oder Amerikaner*innen.

Bei uns hingegen nehmen Bildungschancen für Schwächere seit Jahren ab: Die soziale Aufwärtsmobilität wird durch das dreigliedrige Schulsystem ausgebremst, Armut beginnt sich wieder zu vererben. Wer jetzt sozialistische Gleichmacherei riecht, sei beruhigt: An den Privilegien der Oberschicht hat sich in Skandinavien trotz Gesamtschulen wenig geändert. Die Wahrscheinlichkeit, dass Söhne und Töchter aus dem reichsten Fünftel der Bevölkerung auch als Erwachsene zu den Spitzenverdienern gehören, ist in Skandinavien ähnlich hoch wie in den USA. Doch die Bevölkerung ist besser ausgebildet, insgesamt produktiver, es gibt mehr sozialen Zusammenhalt – und persönliches Wohlbefinden. Nicht ohne Grund führen die skandinavischen Länder seit Jahren den *World Happiness Report* an.

Doch nicht nur die Institutionen der Schule, auch die Lehr- und Lernkultur muss sich wandeln. Die letzten zwei Jahrzehnte über konnte

man in der Bildung unter Schlagworten wie »Standortsicherung« oder »Humankapitalbildung« einen deutlichen Prozess der Ökonomisierung beobachten, der Bildung auf ökonomisch verwertbares Wissen zusammenschrumpfen lassen wollte. Doch im 21. Jahrhundert geht es nicht mehr um nützliches lexikalisches Wissen, um pure Wissensaneignung. Die Welt belohnt uns nicht mehr allein dafür, was wir wissen – dank Internet ist fast alles Wissen fast überall zugänglich. Fürs Leben lernen heißt vielmehr, Wissen richtig einzusetzen. Wir müssen unsere Kenntnisse kreativ auf neue Zusammenhänge übertragen, komplexe Zusammenhänge verstehen, Bekanntes in Frage stellen und aus Fehlern lernen. Dies geht am besten in heterogenen Klassen, bei denen Lernschwächere und -stärkere zusammenarbeiten. Bildungspolitik sollte eine weitergehende Integration von Praxis und Fächern fördern, die neben dem inhaltlichen Lernstoff auch soziales Lernen, Handeln und Kommunizieren sowie einen anderen Umgang mit Arbeit, Zeit und Umwelt ermöglicht.

Die Pandemie zeigt, dass bereits in den Schulen disziplinäre Fachgrenzen zwischen Natur-, Technik- und Gesellschaftswissenschaften überwunden werden müssen. Je früher wir Interdisziplinarität einüben, umso besser können wir später miteinander reden. Auch für nachhaltiges oder globales Lernen existieren längst gut ausgearbeitete Konzepte, welche es der Jugend erlauben, unseren Planeten mit anderen Augen zu sehen, und sie auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereiten. Jetzt steht eine feste Übernahme solcher Ansätze in die Lehrpläne an. Hierzu sollten zusätzlich Theorie-Praxis-Verbünde zwischen Schule und Wissenschaft weiter auf- und ausgebaut werden.

Zusätzlicher Fokus einer inhaltlichen Lehrplanreform muss sein, die Unterrichtsinhalte stärker an die Lebenswirklichkeit von Kindern und Jugendlichen und besonders von sozial benachteiligten Gruppen anzupassen. Wenn die Einbeziehung benachteiligter Milieus gelingt, eröffnen sich Möglichkeiten einer »reflexiven Pädagogik«: Sie kann die Mechanismen von Benachteiligung sichtbar machen und Potenziale zur Selbstaufklärung und Selbstermächtigung stärken.

Doch Schule allein imprägniert nicht gegen Benachteiligung und Ausgrenzung. Es bedarf auch eines fördernden Umfelds. Eine postpandemi-

sche Politik muss durch zusätzliche Bildungs- und andere Fördermaßnahmen besonders Familien unterstützen, deren soziale Teilhabechancen während Corona wie Eis in der Sonne zerschmolzen sind. In den Schulen selbst kann der verstärkte Einsatz sozialpädagogischer Fachkräfte oder Psycholog*innen, die schrittweise in feste multiprofessionelle Teams münden, entlastend wirken.

Für rund vier Millionen Kinder und Jugendliche in Deutschland zwischen sechs und 13 Jahren gilt, dass sie die durch Covid-19 eingeschränkte persönliche Entwicklung von zwei Jahren Kindheit nicht nachholen können. Aufgrund der Pandemie gibt es zunehmend Kinder und Jugendliche mit internalisierenden Störungen, also mit Depressionen, Ängsten, auch Selbstverletzungen. Sie leiden unter Selbstentwertungen, unter Zukunftsängsten und Perspektivlosigkeit. Hinzu kommen körperliche Leiden wie diffuse Müdigkeit, Schmerzen und Antriebslosigkeit; auch Übergewicht kann zum Problem werden. All das ist vermutlich langfristig überwindbar. Es muss keine Coronageneration mit Defekt geben, dafür muss aber jetzt eine stärkere Kinder- und Jugendhilfe her!

Unter Expert*innen herrscht außerdem Einigkeit darüber, dass ein breites Angebot der (ganztägigen) Kindertagesbetreuung für die gesamte Familie besonders förderlich ist. Die Garantie eines Kindergartenplatzes, insbesondere bei der Betreuung der unter Dreijährigen, reicht nicht aus, um den Bedürfnissen der Kinder und ihrer Eltern gerecht zu werden. Ganztagsangebote müssen stärker zur Bildung und Förderung und nicht nur als Betreuungsangebot genutzt werden. Rechtlich abgesicherte Qualitätsstandards sind die Antwort der Stunde. Nach Erhebungen steht in Deutschland für mehr als zwei Drittel der Kitakinder nicht genügend Fachpersonal zur Verfügung. Eine aktuelle Studie konstatiert, dass für eine kindgerechte Personalausstattung bei gleichzeitigem Kitaplatzausbau bis 2030 mehr als 230.000 Erzieher*innen fehlen. Kein Wunder: Es fehlt den Erzieher*innen hierzulande die Aussicht auf beruflichen Aufstieg und Gehaltsverbesserungen. Politik und Sozialpartner*innen müssen darum zügig und entschieden über ideelle und materielle Aufwertungen in mehr und gut ausgebildetes Personal, in eine zeitgemäße Ausstattung der Unterrichtsräume und in die Digitalisierung investieren.

Stichwort Digitalisierung: Junge Menschen wachsen heute in einer digitalen Welt auf, digitale Medien spielen eine entscheidende Rolle in ihrer Sozialisation, wie alle Eltern spätestens seit den Lockdowns täglich erfahren durften. Dieser Trend kann über einen eingeübten und verantwortungsbewussten Umgang mit digitalen Medien mitgestaltet werden. Wir brauchen digital geschulte Sozialpädagog*innen! Die Bildungspolitik muss besonders darauf reagieren, dass in der Nutzung digitaler Medien nicht nur Chancen liegen, sondern auch die Gefahr einer weiteren sozialen Zerklüftung. Lösungen sind ein flächendeckender Breitbandinternetzugang, bessere digitale Angebote, digitale Ausleihendgeräte für Schüler*innen sowie Fortbildungen in allen Schulen, um die digitalen und pädagogischen Kompetenzen zu erhöhen. Auch die Medien müssen deutlicher reagieren: Jugendliche nutzen heute vor allem das Internet, um sich zu informieren; vielen fehlt zum Beispiel in den Nachrichten der Bezug zu ihrem Alltag. Die öffentlich-rechtlichen Informationsangebote müssen stärker in den sozialen Medien präsent sein, denn dort kommen junge Menschen mit Nachrichten in Kontakt.

Aber seien wir ehrlich: Wir alle – Schüler*innen, Lehrer*innen und Eltern – wissen heute, dass Homeschooling den Präsenzunterricht nicht ersetzen kann. Eine Studie der Frankfurter Goethe-Universität kam 2021 zu dem ernüchternden Ergebnis, dass Homeschooling im ersten Coronajahr mit Blick auf Kompetenzentwicklung so effektiv war wie Sommerferien. Der von Corona ausgelöste Digitalisierungsschub hat sicherlich einiges beschleunigt, verändert, verbessert. Aber insgesamt sind vor allem die Grenzen der Digitalisierung sichtbar geworden. Digitalisierung kann einiges, aber viel weniger, als viele von uns glaubten! Bildung gelingt nach wie vor am ehesten durch persönliche Bindung und Austausch. Das während der Pandemie Verlorene kann man nicht digital ersetzen oder nacharbeiten. Leistungsmessung und Notenvergabe sind während der Pandemie kaum möglich und wenig belastbar. Sie sind auch nicht fair, da sie sowohl auf mangelhafter Anstrengung als auch auf fehlender häuslicher Unterstützung beruhen können.

Viele Jugendliche haben auf tausend Dinge verzichtet, die sich nicht wieder herzaubern lassen. Sie alle eint der Verlust von Zeit. Wir müssen

erfahren, dass auch das Schuljahr 2021/22 aufgrund fortgesetzter politischer Versäumnisse keinen durchgehend regulären Unterricht für alle anbieten kann.

Geben wir der Coronageneration eine echte Perspektive. Warum nicht auf Reset drücken und das nächste Coronaschuljahr wiederholen?

Zu radikal? Im Gegenteil: Die Schulen müssten keine zusätzlichen Klassen einrichten. Es gäbe nicht mehr Kinder und nicht mehr Unterrichtsstunden, und auch die Ferienzeiten blieben gleich. Keine organisatorischen Probleme, keine weiteren Kosten. Die Kinder würden nur länger bleiben. Ein Coronawiederholungsjahr für alle, von langer Hand gut organisiert und vorbereitet! Aber nicht freiwillig, denn dadurch würde die nächste wichtige Entscheidung erneut auf die Eltern abgewälzt und würden Ungleichheiten weiter vertieft werden. Sondern als politische Vorgabe für alle mit besonderen Hilfen für diejenigen, für die eine Wiederholung starke wirtschaftliche Härten bedeuten würde.

Corona hat allen gezeigt, wie wichtig Schulen und Bildung sind. Das Virus hat uns klargemacht, woran es in unseren Bildungssystemen mangelt und wo jetzt dringend Reformen anstehen. Erinnern wir uns daran, wenn die Misere von Kindertagesstätten und Schulen wieder vergessen wird und uns die nächste Krise droht: Machen wir unsere Schulen und unsere Gesellschaft jetzt zukunftsfest!

Folgende Leitplanken führen in diese Zukunft:

- Einberufung von Bildungsgipfeln mit Expert*innen verschiedener Disziplinen zur Ausarbeitung umfassender Bildungs- und Schulreformen
- Aufstockung des Lehrpersonals, einheitliche Besoldung, Verbesserung der Arbeitsqualität durch weniger Lehrstunden, kleinere Betreuungseinheiten, entschlackte Lehrpläne sowie gute und verpflichtende Aus- und Weiterbildungsangebote
- Schaffung eines eingliedrigen Schulsystems bis zur zehnten Klasse mit individuellen Förderungsoptionen. Statt »Sitzenbleiben« Förderungsanspruch bei relevanten Lernrückständen

- Bedarfsgerechte Betreuungsintensität in den (Vor-)Schulen durch Verteilungsschlüssel, bei denen soziale Brennpunkte besonders qualifizierte und doppelt so viele Lehrkräfte erhalten wie gut situierte Schulen
- Reformierung der Lehrpläne, Abbau disziplinärer Fachgrenzen zwischen Natur, Technik und Gesellschaft, stärkere Einbeziehung nachhaltigen und globalen Lernens, Ausbau von Theorie-Praxis-Verbünden
- Das Coronaschuljahr 2021/22 als verpflichtendes Wiederholungsjahr für alle einführen
- Ausbildungspakt mit der Wirtschaft zur Senkung von Schulabbrecherquoten und für betriebsnahe Weiterbildung von Geringqualifizierten
- Verbesserung der Einkommen, Arbeitsbedingungen und Aufstiegschancen für Beschäftigte in der Kinder- und Jugendbetreuung; Erhöhung der Qualifikationsanforderungen für Betreuungsberufe
- Verstärkter Einsatz sozialpädagogischer und psychologischer Fachkräfte in Schulen
- Deutliche Aufstockung und Intensivierung der Kinder- und Jugendhilfe
- Aufstockung des Personals in Kitas; Ausbau der ganztägigen, qualitativ hochwertigen Kindertagesbetreuung als hochwertiges Bildungs- und Förderungsprogramm

Mythos #5

Kein Staat zu machen

Seit Jahrzehnten erzählt uns die Politik, dass sie die Globalisierung nicht einhegen könne. Das stetige Wachstum von Handel und in transnationale Wertschöpfungsketten aufgeteilte Industriegüterproduktion, mehr Autos, mehr Straßen, mehr Konsum und Ressourcenverbrauch, mehr globaler Tourismus, mehr Flugzeuge und Kreuzfahrtschiffe schienen unvermeidlich, fast schon naturgegeben – und konnten gesellschaftlich auf entsprechenden Rückhalt bauen. Internationale Konferenzen, wissenschaftliche Prognosen, Parteien, Bewegungen und auch ein jugendlich verzweifeltes »How dare you« von Greta Thunberg vor den Vereinten Nationen verpufften weitgehend effektlos. Auf die zahlreichen Warnungen vor der Klimakrise als der größten Menschheitskatastrophe reagierte die Politik bestenfalls mit distinguierter Betroffenheit und schüchternen Maßnahmen. Mit weit mehr Entschiedenheit wurde argumentiert, dass die liberalisierten Finanzmärkte nicht kontrollierbar und große Vermögen nicht besteuerbar seien, dass aus Effizienzgründen öffentliche Dienste und Daseinsvorsorge abgebaut und Löhne oder Umweltstandards gesenkt werden müssten.

Dann kam Corona, und es war wie in einem Film: Alles wurde schlagartig ganz anders.

Mit Seuchenbeginn setzte der Staat in vielen Ländern die Märkte, den Handel und die Produktion, aber auch den Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftsbetrieb sowie die Kinderbetreuung, also fast alle Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens, außer Kraft. Nicht alle, aber doch die meisten Räder standen plötzlich still. Und der Staat agierte in vielen Ländern nicht nur autoritär oder repressiv: Er aktivierte Gesundheitssysteme und Betreuungsverhältnisse, initiierte Forschungsprozesse und ordnete ganz planwirtschaftlich die Herstellung spezifischer Güter an wie Medi-

kamente oder Werkzeuge zur Eindämmung der Pandemie. Machtvoll pochte er auf das gesellschaftliche Primat der Politik und fühlte sich – vor allem in der frühen Pandemiephase – dem Schutz der physischen Unversehrtheit der/s Einzelnen, unabhängig von Alter, Geschlecht und Status, mehr verpflichtet als der Wirtschaft.

Die gleiche Politik, die sich über mehrere Jahrzehnte unfähig, unwillig oder mutlos zeigte, ihre Kernaufgabe wahrzunehmen und die beiden immer dringlicher werdenden Menschheitsfragen – wachsende Ungleichheit und Klimawandel – zu lösen, ist wieder erwacht. Erstmals seit Beginn der Moderne wurde im Rahmen bewussten politischen Handelns der Lauf der Welt fast überall verlangsamt oder sogar stillgelegt.

Die Lehren, die wir daraus ziehen können, sind beachtlich. Mit Beginn der Globalisierung wurde den Bürger*innen oft eine wachsende Komplexität politischer Steuerung gepredigt: Globale Problemlagen, transnationale Unternehmen oder europäische Entscheidungen würden nationale Staaten überfordern. Sie machten die Einbeziehung verschiedener Politikebenen (lokal/national/international), neuer Akteur*innen und politischer Arenen ratsam: lose gekoppelte Gremien, Netzwerke, Schiedsgerichte etc. Diese Aufweichung parlamentarischer Entscheidungsfindung und demokratischer sowie rechtlicher Prozedere wurde immer mit fehlender Zeit oder Sachkompetenz begründet und als Zugewinn politischer Effizienz begrüßt.

Der neue Pluralismus, der Konzerne, Expert*innenberatung und Nichtregierungsorganisationen unterschiedlichster Herkunft, Zielorientierung und Größe einschloss, sollte Politik stärker professionalisieren, schneller und handlungsfähiger machen und insgesamt breiter legitimieren. Diese schöne bunte Welt des effektiven Regierens wurde auch von den Politikwissenschaften lange propagiert und mit dem sanftmütig klingenden Begriff »Governance« weichgespült: Regieren nicht mehr nur durch den Staat, sondern auch mit und jenseits des Staates.

Heute zeigen uns zahllose Studien: Governance hat nicht zu mehr Demokratie und zur Teilhabe vieler geführt, sondern meist das Gegenteil erreicht. Politik und soziale Versorgung wurden entmachtet, privatisiert oder schleichend entdemokratisiert. Im Einklang damit wurden beachtli-

che Teile der Daseinsvorsorge dem Markt überlassen und privatisiert. Die Bürger*innen wurden bei der Inanspruchnahme von öffentlichen Leistungen oder auf dem Amt zu Kund*innen.

Corona hat den Staat wieder zum Erwachen gebracht – auch wenn der dafür nötige Kuss vergiftet war. Seither hat sich der Nationalstaat in vielen Ländern auf seine Kernkompetenzen besonnen und gezeigt, dass er enorm handlungs- und durchsetzungsfähig ist. Alle wichtigen Akteur*innen wie Unternehmen, Medien, Verbände, Kultur sowie die Bürger*innen, die sonst gerne über Staatsversagen sinnieren und mehr Markt oder Eigenverantwortung fordern, sind seit Covid-19 froh, dass sie während der Pandemie unter den Schutzschirm des Staates kriechen konnten und können – ist dieser für viele auch löchrig. Denn sie sehen, dass dort, wo dieser Schutz kaum oder nicht existiert, wie in den USA, Brasilien oder Indien, Covid-19 ein Gemetzel anrichtete. In diesen Ländern war es nicht mehr nur das Virus, das tötete. Es war und ist vor allem auch die Politik.

Eine von vielen Sozialwissenschaftler*innen vertretene Theorie schlug in die gleiche Kerbe des geschwächten Nationalstaates: dass das Kernprinzip und die Essenz moderner westlicher Gesellschaften in der funktionalen Ausdifferenzierung verschiedener komplexer Subsysteme wie Wirtschaft, Politik, Recht, Wissenschaft, Kultur, Religion etc. bestehe, die nicht mehr übergreifend handeln können. Die Erzählung war folgende: Die Entstehung eines breiten Problembewusstseins, einer geteilten Perspektive über verschiedene gesellschaftliche Teilbereiche hinweg, ein übergreifendes, konzertiertes politisches Handeln ist in so komplexen Gesellschaften wie der unseren nicht mehr möglich. Dieser Befund schien evidenzgesättigt und überzeugend: Klimawandel mag im Subsystem Politik und bei den Medien wichtig sein, in der Wirtschaft wird das Thema erst relevant, wenn es sich »rechnet«. Bisher also zu wenig. Die weltweite Kluft zwischen Arm und Reich wird trotz vieler Klagen und Proteste nicht geringer werden, sofern die Subsysteme der Reichen nicht tangiert sind. Also sehr lange noch nicht. Oder niemals.

Doch ohne eine zentrale und effiziente Steuerung der Politik, in der alle Teilsysteme auf ein gemeinsames Ziel verpflichtet wurden, wäre die Durchschlagskraft des Staates in der Pandemiebekämpfung nicht erreich-

bar gewesen. Der Ansatz, Gesellschaft primär als Anzahl selbstreferenzieller Systeme zu verstehen, die eigen- bis starrsinnig nur noch ihren eigenen operativen Codes folgen, ist nun nicht mehr gegen Kritik immun. Die ein solches Staats- und Gesellschaftsverständnis vertretende Theorie – die gerne als Begründung für fatalistische Abgeklärtheit und politische Apathie bemüht wurde – wurde von Corona empirisch widerlegt. Das Erwachen des Coronaausnahmestaates wurde von der gesellschaftlichen Komplexität nicht behindert.

Dies ist nicht die einzige Widerlegung eines Theoriegebäudes, die Corona in unserem Staatsverständnis hinterlässt. Wir durften gleichzeitig lernen, dass der Staat kein Handlanger der Wirtschaft und der Banken ist, wie viele glauben – und nach der globalen Finanzkrise ab 2007 teilweise bestätigt gefunden haben. Doch in der Pandemiebekämpfung galt, dass staatliches Handeln nicht nur der Sicherung der Banken, der Märkte und der Profite nützte. Vielmehr wurden wirtschaftliche Interessen vernachlässigt, um die zu schützen, die durch das Virus am meisten gefährdet waren: Hochbetagte, Kranke und Schwache. Deren Sterben hätte, menschenverachtend argumentiert, für Finanzmärkte und Unternehmensgewinne kein Systemproblem dargestellt. Covid-19 verspricht innerhalb einer solchen Sichtweise geradezu, »demografische Schieflagen« zu bereinigen, die Krankenkassen und Rentensysteme nachhaltig zu entlasten und somit das System als Ganzes ökonomisch zu stärken.

Doch die Politik hat sich auch gegen die Interessen von Wirtschaftsbranchen und Finanzmarktlogiken durchgesetzt, wie die zahllosen Klagen verschiedener Verbandsvertreter*innen, die auf jede neue Coronamaßnahme folg(t)en, immer wieder bestätig(t)en. Der Staat agierte seit Beginn der Seuche nicht gegen die Interessen der Beherrschten, sondern durchaus in ihrem Interesse. Der Staat ist nicht der Büttel des Kapitals.

Das Virus hat also nicht nur Menschen, sondern auch Glaubenssätze zerstört. Doch wie sollen wir nach diesem Verlust manch lieb gewonnener Gewissheit den Staat nach Corona verstehen und wie der Politik in Zukunft begegnen?

Am überzeugendsten scheinen weiterhin Theorieversuche, die den Staat als das »Monopol der legitimen symbolischen Gewalt« verstehen (so der

französische Soziologe Pierre Bourdieu), in der kollektive (bestenfalls demokratische) Prinzipien und private Wirtschaftsinteressen kontinuierlich am Ringen sind und nach Claus Offe »koexistenzfähig« gemacht werden müssen. Staaten operieren also stets in einer genuinen Doppelrolle der Vermittlung zwischen ökonomischen und sozialen Interessen. Ergänzt wird diese Funktion durch ein starkes Interesse des Staates und seiner Akteur*innen an sich selbst und daran, mit ihrer Politik nicht nur den Staat als Ganzes zu legitimieren, sondern auch die eigene Existenz abzusichern. So sind die Sozialleistungen und Schulsysteme in den westlichen Ländern nicht nur der kapitalistischen Verwertungslogik geschuldet, ein gut ausgebildetes und hochproduktives Heer an Erwerbstätigen zu stellen. Sie sind aber auch nicht nur Ausdruck eines tieferen Verständnisses sozialer Gerechtigkeit oder als humanistische milde Gabe zu verstehen – wie es auf so manchem deutschen Amt immer noch vermittelt wird. Und über das Eigeninteresse der Politik(er*innen) muss mit Blick auf Deutschland und parteiinterne – sonst völlig inhaltsleere – Machtkämpfe, die vor Wahlen wichtiger sind als die Bekämpfung einer tödlichen Pandemie, kein weiteres Wort verloren werden.

In solchen Auseinandersetzungen innerhalb des Staates selbst kam und kommt es zu unterschiedlichen Ausschlägen. Nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgten weltweit starke staatliche Umstrukturierungen zugunsten von mehr politischer Mitbestimmung und sozialer Teilhabe, durch die sich zumindest in den Industrienationen das Versprechen vom »Wohlstand für alle« vielfach erfüllte. Seit den 1980er-Jahren haben wieder Wirtschaftsinteressen in der Politik verstärkt an Einfluss gewonnen. Nach dem Mauerfall wurden sie immer wirkungsmächtiger. Was sich unter Francis Fukuyamas Bonmot vom »Ende der Geschichte« noch als ein Versprechen auf marktwirtschaftlichen Segen für alle und einen weltweiten Sieg der westlichen Demokratie las, begann bald zu bröckeln.

Viele sehen diese Geschichte heute anders: Entschieden, überzeugend und grenzenlos optimierte die Politik des Westens seit Zusammenbruch des sowjetischen Staatssozialismus global die Bedingungen für die Finanzmärkte, für große Vermögen und Unternehmen. Der ökonomischen Globalisierung öffnete sie Tür und Tor und behinderte ihre soziale und ökolo-

gische Einhegung. Mit den wehenden Fahnen des Neoliberalismus wurde weltweit die öffentliche Daseinsvorsorge vernachlässigt und die Umwelt zerstört. Viele wurden unter dem Banner des Wohlstands und der Freiheit ins Elend gestoßen. Erstmals ins Straucheln kam dieses Geschäftsmodell mit der globalen Finanzkrise ab 2007. Doch erst heute deckt Corona als sozialer Marker die Schwachstellen dieser Politik gnadenlos auf: Kaputtgesparte oder nicht existente Gesundheitssysteme, überlastete Pflegeeinrichtungen und unwürdige Arbeitsbedingungen zeigen den aktuellen, maroden Zustand unseres Gemeinwohls an und schreien nach Veränderung!

Solche Pendelbewegungen zwischen mehr Markt für wenige und der Teilhabe vieler ist kein neues Phänomen, wie Karl Polanyi in seinem Buch *The Great Transformation* historisch nachgewiesen hat. Am Beispiel der englischen Industrialisierung verdeutlicht er, dass freie Märkte nicht wie nach dem Irrglauben vieler Ökonom*innen spontan entstanden sind und sich dank überlegener ökonomischer Effizienz als Virus der Freiheit so dynamisch ausbreiteten wie heute Covid-19. Vielmehr mussten sie politisch gewollt sein und sogar gegen nennbaren sozialen Widerstand, mitunter gewalttätig, durchgesetzt werden. Ab einem bestimmten Punkt verselbstständigte sich dann die Ökonomie, wir wurden zur »Marktgesellschaft«, die alles, auch den Menschen, dem Diktat des Marktes unterordnete. Diese »Entbettung«, also die völlige Loslösung der Wirtschaft von gesellschaftlichen Belangen und Erfordernissen, führte zu mehr Elend und Ungleichheit und provozierte eine kulturelle und soziale Verwahrlosung, die die Gesellschaft existenziell bedrohte und schließlich neue politische Gegenbestrebungen auslöste, die Wirtschaft wieder stärker zu regulieren.

Offensichtlich zeigt uns Corona, dass wir uns an einem Punkt befinden, wo eine derartige Wiedereinbettung des Ökonomischen nötig ist. Die an Gehör gewinnende Forderung eines »eingebetteten Liberalismus« geht genau in diese Richtung, ist aber zu handzahm und wird kaum reichen, um die zentralen Probleme des 21. Jahrhunderts zu bearbeiten. Polanyi selbst ging weiter und plädierte für eine stärkere demokratische Kontrolle von Arbeit, Boden, Geld und Markt. Hier ist als Erstes der demokratisch legitimierte Staat gefragt.

Dass der Staat trotz wachsender Komplexität handlungsfähig ist und nicht von Wirtschaftsinteressen oder den Vermögenden dominiert wird, sondern als ein soziales Verhältnis verstanden werden muss, in welchem verschiedenes Handeln möglich ist, ist per se noch keine gute Nachricht. Die Forderungen nach mehr sozialer und politischer Teilhabe müssen sich trotzdem Gehör verschaffen, wahr- und ernst genommen werden, bevor sie sich in der Politik manifestieren können. Das erfordert nicht nur eine Vision, Überzeugung und Leidenschaft, sondern auch Ressourcen und Einsatz, Zeit und Erfahrung im politischen Geschäft. Da nicht alle im gleichen Umfang darüber verfügen, wird so manch berechtigte Forderung früh ausgeschlossen, ausgefiltert oder versandet schließlich im politischen Prozess.

Genau dies ist seit Pandemiebeginn durchgehend zu beobachten und erklärt viel der Wankelmütigkeit, Verzögerungen und Fehlentscheidungen der politisch Verantwortlichen. Diese sahen und sehen sich selbst fast täglich mit unbekannten Situationen konfrontiert und wurden zu Getriebenen. Vieles wurde trotzdem richtig gemacht: Die Vollbremsung von Wirtschaft und Gesellschaft, kombiniert mit massiven sozialen und wirtschaftlichen staatlichen Subventionen, haben das Schlimmste verhindert und die Ausgangsbedingungen für einen Neustart verbessert. Die abrupte Abkehr von der angebeteten schwarzen Null garantiert Zukunft. Die gemeinsame Schuldenaufnahme der Europäischen Union kann die regionale Integration festigen und für die nächsten Herausforderungen stärken. All das förderte ein neues positives Staatsbewusstsein. Viele waren stolz, dass sie in einem funktionierenden Staatswesen mit vernünftig und maßvoll handelnden Politiker*innen leben, die die Pandemie verantwortungsvoll angehen.

Dieser Eindruck hat sich stark gewandelt. Da blieben Kitas und Universitäten, Schauspielhäuser, Museen, Kinos und Schwimmbäder geschlossen, Flugreisen aber weiter möglich. In welchem Theater haben Sie schon so eng neben dem Nachbarn gesessen und gegessen wie in einem Flugzeug? Schulen sind uns wichtig, bleiben fast ein Jahr geschlossen und sind dann immer noch nicht hinreichend mit Lüftungsanlagen ausgerüstet, Schlachthöfe dürfen trotz dramatischer Coronaausbrüche weiterarbeiten. Fabrik-

hallen blieben fast durchgehend geöffnet, Grillpartys und Ansammlungen Jugendlicher in der Natur wurden verfolgt. Großraumbüros wurden nicht geschlossen, aber es gab nächtliche Ausgangssperren, obwohl hinreichende Untersuchungen vorliegen, dass sich das Infektionsgeschehen intensiv in Räumen, aber weniger im Freien verbreitet. Aus purem Geiz wurde nicht genug Impfstoff geordert, sodass sich die Impfungen sträflich verzögerten und verlangsamten. Trotz Kritik wurde die soziale Dimension der Pandemie lange nicht berücksichtigt, werden unzureichende Präventions- und Impfpräferenzen gesetzt, Impfkampagnen falsch ausgerichtet und somit die Dauer des Infektionsgeschehen unnötig verlängert. Nicht zuletzt wurde darüber nachgedacht, minderwertige Masken an Arme und Schwache zu verteilen. Zu wenig debattiert wurde über die Frage, ob solch menschenverachtender Zynismus in der Politik Grund genug für einen Rücktritt sein sollte.

Seit zahllosen Monate regiert ein ständiges Stop-and-go, ein Überbietungswettbewerb zwischen Lockdown und Lockerung, der weniger wissenschaftlichem Ratschlag oder Vernunft geschuldet zu sein scheint als der Rechthaberei verschiedener politischer Ebenen und Politiker*innen, der Legitimationshascherei von Parteien, der Profilsucht einzelner Egoman*innen oder einfach der Inkompetenz (die beiden letzten Phänomene scheinen oft gekoppelt). Gravierende Fälle von Korruption und Machtmissbrauch kamen ans Licht. All das erschöpfte die Bevölkerung und lässt die Unterstützung für die Pandemiebekämpfung ebenso sinken, wie es die Impfmüdigkeit erhöht.

Fünfter Schritt: Fairdenken statt Querdenken

Die politischen Proteste gegen die Infektionsbekämpfung nehmen an Wucht und Bedeutung zu. In Deutschland versammeln sich diese Bewegungen unter der Selbsttitulierung »Querdenker«. Sie zeichnen sich durch ein breites und teilweise diffuses Sammelsurium an Menschen, Gruppen, Interessen und Forderungen aus. Die Politik und Teile der Bevölkerung stehen diesen Protesten oft rat- bis fassungslos gegenüber.

Viele Positionen der »Querdenker« konzentrieren sich auf die Kritik an staatlich verordneten Freiheitsbeschränkungen wie dem Tragen von Masken, der Einhaltung von Sicherheitsabständen, der Schließung von Gastronomie und Läden. Bemerkenswert ist die große Diskrepanz zwischen den Positionen der Protestierenden und denen der Wissenschaft bei der Bewertung der Pandemie: Für die »Querdenker« gilt die Gefährlichkeit des Virus als drastisch überbewertet, daher werden die staatlichen Maßnahmen als nicht verhältnismäßig und in ihrer Durchsetzung als überzogen autoritär angesehen.

Eine Studie der Universität Basel von Ende 2020 über Zusammensetzung und Ziele der »Querdenker« erleichtert eine Annäherung an diese Bewegung: Darin wird bestätigt, dass es sich um disparate soziale Gruppen handelt, die sich über gemeinsame Inhalte und geteilte Mentalitäten neu verbinden. Einigend ist vor allem eine starke Entfremdung von Institutionen des politischen Systems und der liberalen Demokratie, seien es Volksparteien oder Parlamente, aber auch von internationalen Organisationen wie der Europäischen Union, der Weltgesundheitsorganisation WHO oder den Vereinten Nationen sowie den etablierten Medien. Dieses Ablehnen des Establishments schafft eine ostentative Distinktion, befördert also das Streben nach Anderssein. Aber nicht als Ausdruck der eigenen Individualität, sondern zum Beschwören eines neu gefundenen eigenen Kollektivs. Wie in anderen Protestbewegungen spielen Emotionalität und affektive Momente eine wichtige Rolle, um Gruppenidentität und Gemeinschaft herzustellen. In Coronazeiten, da Zusammenhalt vor allem bedeutet, nicht physisch zusammenzukommen, scheinen die Treffen der Bewegung, die gegen physische Distanz und scheinbar gegen jegliche Vernunft verstoßen, für viele wie eine spontane Befreiung zu wirken.

Auffällig ist, dass es sich bei den »Querdenkern« mehrheitlich um gebildete Angehörige der Mittelschicht mit einem Durchschnittsalter von knapp 50 Jahren handelt; vergleichsweise hoch ist der Anteil Selbstständiger mit 25 Prozent. Viele »Querdenker« haben sich erst politisiert, fast die Hälfte von ihnen hat in der Vergangenheit noch an keinem anderen Protest teilgenommen. Die politisch Erfahrenen kommen aus unterschiedlichen Strömungen, die sich mehrheitlich als eher progressiv verorten lassen.

In der neuen Bewegung tendieren sie stärker zu konservativen und immer mehr zu rechtsradikalen Positionen. »Querdenker« selbst würden eine solche Charakterisierung ablehnen, da sie sich überwiegend gegen eine Einteilung in eine Links-rechts-Schematik positionieren. Insgesamt vertreten sie kein einheitliches Weltbild, sondern artikulieren eine breite normative und oft auch widersprüchliche Vielfalt, die sich beinahe ausschließlich jenseits der tradierten Formen politischer Repräsentation bewegt.

Der Verzicht auf eindeutige inhaltliche Positionen bestätigt sich auch in der Art und Weise, wie Coronapolitik angegriffen wird: Die Kritik zielt weniger auf konkrete Maßnahmen, sondern auf die postulierte Tatsache, dass Kritik gegen die Pandemiebekämpfung prinzipiell nicht möglich sei. Nicht fachspezifische Expertise zählt im eigenen Lager, sondern die Tatsache, dass man überhaupt kritisiert. Dissens per se wird honoriert. Die Glaubwürdigkeit von Kritik wird zur Glaubwürdigkeit durch Kritik. Kritik bekommt einen ethischen Eigenwert, sie wird selbst zum Hauptzweck. Die Baseler Studie bezeichnet Coronadissident*innen mit Bezug auf Max Weber darum als typische Gesinnungsethiker*innen, verantwortlich nicht für die konkreten Konsequenzen ihrer Handlungen, sondern nur dafür, »… dass die Flamme der reinen Gesinnung, die Flamme z. B. des Protests gegen die Ungerechtigkeit der sozialen Ordnung, nicht erlischt«. So erklärt sich, dass »Querdenker« auch solche Maßnahmen geißeln, die Menschen vor Krankheit und Tod bewahren, und gleichzeitig ausblenden, dass die Umsetzung ihrer eigenen Forderungen eine Schneise der Zerstörung nach sich ziehen würde.

Es gibt in der Bewegung eine starke Neigung hin zu Esoterik, Spirituellem, zu Geheimwissen und Verschwörungsmythen sowie (vor allem mit Letzterem) eine offene Flanke zum Antisemitismus. Das rechte Narrativ der Leugnung des Klimawandels sowie fremden- oder islamfeindliche Positionen waren noch wenig ausgeprägt. Mehr als 70 Prozent der Befragten waren gegen eine Privatisierung der wichtigsten öffentlichen Dienstleistungen, nur knapp 30 Prozent gegen die Umverteilung der Einkommen. Zusammengefasst: Die »Querdenker« vertrauen zwar nicht beziehungsweise nicht mehr der parlamentarischen Demokratie, der Politik als Ganzer, den Medien und der Wissenschaft. In ihren Dispositionen entspra-

chen sie zu Beginn aber (noch) nicht vollständig dem Bild einer rechten beziehungsweise einer genuin autoritären Bewegung. Dies hat sich gewandelt: Die Proteste waren von Anfang an für konservative und nationale Werte und Positionen offen und haben sich seither gefährlich radikalisiert.

Der soziale Background und die Altersstruktur der »Querdenker« weisen darauf hin, dass sich viele von ihnen ihre gesellschaftlichen Positionen und materielle Existenz durch Eigeninitiative auf- und ausgebaut haben und vor Corona erfolgreich verteidigen konnten. In ihrer Lebenserfahrung hat sich das gesellschaftliche Narrativ der Mittelstandsgesellschaft mit ihren zentralen Versprechen bestätigt: Aufstieg durch Leistung, Freiheit durch Demokratie, formale Gleichheit durch Rechtssicherheit, Wahrheit durch Wissenschaft, Forschung zur kontinuierlichen Minimierung des Unvorhergesehenen, steigende Lebensqualität und -erwartungen durch ausgebaute Sozialsysteme und breite medizinische Versorgung. Zukunft war berechenbar und planbar.

Die Pandemie stellt nicht eine dieser Erfahrungen infrage, sondern fast alle gleichzeitig: Die Erbringung von (Arbeits-)Leistung wird erschwert oder verboten. Dies provoziert vor allem für Selbstständige, also diejenigen, die Eigeninitiative als Schlüssel zum Erfolg ansehen, empfindliche materielle Verluste oder vernichtet ganze Existenzen. Kreativität und Talent zählen nicht mehr. Die Gastronomie wurde eingefroren, der Kulturbereich dichtgemacht. Persönliche Freiheiten werden bis in den kleinsten Bereich der Familie drastisch reguliert und eingeschränkt. Atmen wird zum kollektiven Problem. Wurde uns lange vermittelt, dass die immer stärkere globale Vernetzung der Welt unsere individuelle Selbstbestimmung stärkt, steht beides jetzt im tiefen Widerspruch zueinander. Nähe provoziert Distanz. Oder Krankheit.

Die Politik arbeitet pausenlos im Stressmodus, viele Maßnahmen sind entsprechend kurzatmig, inkonsistent, widersprüchlich, Flickwerk – oder einfach unsinnig. Sie werden zu wenig vermittelt, autoritativ durchgesetzt und erwecken den Eindruck von fehlender Mitbestimmung. Wer dann noch erfahren darf, dass der Staat zwar vielen alles abverlangt, einige Politiker sich aber an diesen Einschränkungen massiv bereichern – Stichwort Maskenskandal –, und zwar nicht nur aufgrund der Verfehlungen

Einzelner, sondern wegen der anhaltenden Verweigerung staatstragender Parteien, mehr Transparenz zu garantieren, bekommt Gründe geliefert, dem Staat und der Pandemiebekämpfung nicht mehr zu vertrauen.

Für viele waren die Wissenschaften vor der Krise bereits zu wenig auf die (Alltags-)Probleme der Menschen ausgerichtet. Durch enormen Erwartungsdruck und allgemeine Überforderung entstand so manche zu schnelle, zu vage oder falsche wissenschaftliche Einschätzung. Vertrauensvorsprünge wurden verspielt: Maske nein, Maske ja, Schulen auf, Schulen zu usw. Die Regierung votierte für eine einseitig auf die medizinisch-epidemiologische Seite ausgerichtete Krisenbekämpfung. Die Virologie avancierte zu einer veritablen Staatswissenschaft. Öffentlich trug sie weiter ihr naturwissenschaftliches Selbstverständnis zur Schau, nichts anderes als neutrales, analytisch-empirisches Wissen für eine evidenzbasierte Politik zu produzieren. Und vernachlässigte lange die sozioökonomischen Dimensionen der Pandemie. Die Politik knüpfte nahtlos daran an und versäumte es, Gremien wie einen nationalen Pandemierat zu initiieren, in dem auch Ökonom*innen, Schulexpert*innen, Jugendforscher*innen, Psycholog*innen etc. zu Wort kommen und beraten. Gleichzeitig ist vielen erst durch die Pandemie der reale Umfang unseres heutigen Nichtwissens bewusst geworden.

Die Wissenschaft, die seit der Moderne das einstige Gottvertrauen ersetzt, verlor an Glaubwürdigkeit. Verschwörungsmythen und Esoterik wuchern seither wie wild. Erstere sind Erzählungen, die das Unvorhersehbare wieder durch eine Absicht, nämlich die Verschwörung, berechenbar machen und somit Ungewissheiten und Unsicherheiten durch neue Gewissheit ersetzen. Letztere ist mit ihrer Irrationalität, ihrem magischen Denken und der Hinwendung zu autoritären Strukturen ein diffuser Versuch, die Grenzen von vernunftbasiertem Wissen über alternatives Erklären und Handeln neu zu ziehen. Theodor W. Adorno hat in seinen *Thesen gegen den Okkultismus* bereits 1951 auf die Nähe zwischen Esoterik und Faschismus hingewiesen.

Aber nicht nur bei den Wissenschaften knarrt es heftig im Gebälk. Die öffentlichen Einrichtungen wurden heruntergeschraubt, viele Leistungen wie Kinderbetreuung und Schulbildung rabiat ausgesetzt – und

auf die Rücken der Familien abgewälzt. Das Gesundheitssystem kann trotz Hightech schwere Krankheit und Tod nicht verhindern und scheint immer wieder an der Grenze der Überlastung zu stehen. Die fürchterliche Bedrohung der »Triage« stand im Raum. Das Bild einer zivilisatorischen Moderne büßte massiv an Strahlkraft ein oder zerbrach für manche ganz. Was mangels Alternativen bleibt, ist pure Dissidenz – nicht mehr weiterdenken, querdenken!

Eine derartige Verunsicherung, gefühlte Ohnmacht und Frustration und daraus resultierender Protest ist für Deutschland keine neue Situation. Norbert Elias hat in seinen *Studien über die Deutschen* unsere politische Kultur im 20. Jahrhunderts analysiert und den Übergang der erfolgreich aufstrebenden, humanistischen, vernunftorientierten und weltoffenen Mittelschicht nach Goethe und Schiller, die sich noch über ihre Werte und Vorstellungen vom Adel emanzipieren wollten, hin zu einer nationalistischen, militaristischen und wieder romantisierenden Mittelklasse, die letztendlich Hitler stützte, genau unter die Lupe genommen. Bei der Bearbeitung der Frage, wie die Kulturstadt Weimar und das KZ Buchenwald zusammengehen, pocht Elias darauf, dass Menschen ohne Mitmenschen keine Menschen (geworden) wären: »Es ist eine der elementarsten Eigentümlichkeiten des Menschen, dass er nicht nur ein Bild von sich als einer individuellen Person hat, die ›Ich‹ sagen kann, sondern auch ein Bild von sich als Mitglied von Menschengruppen, zu denen er ›Wir‹ sagen kann … In entwickelteren zeitgenössischen Nationalstaaten sind Ich- und Wir-Erfahrung unter normalen Bedingungen scharf gesondert, und die erste, die Erfahrung seiner selbst, als eines von allen anderen abgehobenen und isolierten Individuums, steht hell und scharf im Zentrum der Selbstwahrnehmung, während die Wahrnehmung der als ›Wir‹ erlebten Bezüge eher im Hintergrund bleibt … In nationalen Notsituationen jedoch verschiebt sich der Schwerpunkt für kürzere oder längere Zeit: Die emotionale Besetzung der Wir-Ebene des Selbstbildes wird gewöhnlich stärker und die der Ich-Ebene schwächer. Was die Wir-Ebene an emotionaler Aufladung gewinnt, wird der Ich-Ebene entzogen.«

Für Elias schaffen Liberalismus und Nationalismus also gleichbedeutend Sinn und Orientierung. Beides sind selbstsüchtige Ideale, über die

der/die Einzelne um die Anerkennung seiner/ihrer Gruppe buhlt. Dabei besteht zwischen dem liberalen Leitbild, das das Wohl der Mehrheit aus dem Eigeninteresse der Individuen hervorgehen lässt, und dem Kollektivideal, das dem Bemühen und den Interessen der eigenen Gemeinschaft (Heimat, Volk, Nation) den zentralen Platz im Verhaltenskanon einräumt, eine ewige Spannung und eine Balance, die immer kippen kann.

Die Pandemiebekämpfung hat zweifellos eine Schieflage zum Nachteil der liberalen Kerninstitutionen provoziert. Rechtsradikale schnuppern seither Morgenluft, propagieren seit geraumer Zeit wieder »völkische« Ideale einer »Blut und Boden«-Ideologie und versuchen, sie als Waffe gegen einen angeblich heimatlosen, verräterischen Liberalismus einzusetzen, der nur kosmopolitisches und grenzenloses Chaos verspreche. Mit diesen braunen Ideolog*innen ist nicht zu verhandeln! Sie sind immer feige und zu mutlos, Zukunft nach vorne zu denken. Stattdessen muss Demokratie systemrelevant gemacht werden.

Der wach geküsste Staat und sein Dornröschenschloss

Der von Corona wach geküsste Staat ist keine Gewähr für die Absicherung unserer Demokratie. Er wird weiter als starker Staat agieren, auch nach der Pandemie. Sei es beim anstehenden wirtschaftlichen und sozialen Wandel, bei der Klimapolitik, der Schaffung von Infrastruktur für Elektromobilität, sei es bei der Digitalisierung oder der Neugestaltung der Daseinsvorsorge.

Dennoch ist ein starker Staat kein Garant für Ausgleich, für Zusammenhalt, für den Fortschritt von sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit. Und keine Garantie für mehr Demokratie. Vielmehr ist nicht von der Hand zu weisen, dass mit dem Auftreten von Covid-19 in großen Teilen der Bevölkerung, auch bei den Eliten, das Verlangen nach Sicherheit und Führung zu einer Fixierung auf die politische Exekutive geführt hat, die das Prinzip parlamentarischer Regierungskontrolle selbst in gefestigten Demokratien wie Deutschland vorübergehend aushebelte. Es gab nicht nur unglaubliche Einschnitte in Grund- und Freiheitsrechte, son-

dern es kam auch zum Auslassen offizieller Kontrollinstanzen. Die parlamentarische Kontrollfunktion der Opposition war zu Beginn der Krise kaum vorhanden. Selbst die berühmte vierte Gewalt, die Medien, gab sich gegenüber der Regierungspolitik wenig kritisch und schien sich vielmehr einem »Erziehungsauftrag« verpflichtet zu sehen, der Gefolgschaft predigte. Diese Kritikferne und mangelnden Dialoge tun der Demokratie nicht gut.

Bestehende autoritäre Tendenzen können sich dadurch verschärfen. Zurzeit sieht es zwar so aus, als ob Corona viele Rechtspopulist*innen entzaubere. Von Populist*innen und Nationalist*innen geführte Regierungen – ob in den USA, Großbritannien oder Brasilien – haben in der aktuellen Krise oft inkompetent und dilettantisch gehandelt. Auch die wissensbasierte Politikberatung ist weniger ihr Metier. Ihre Diskursmuster, ihre sogenannten alternativen Wahrheiten zerschellten an der hässlichen Wirklichkeit des Covid-19. Das scheint Nationalismus und Populismus zu schwächen.

Sollte es den Staaten und der Politik nach der Pandemie allerdings nicht gelingen, mit einer klaren Vision eine gerechte Verteilung der Krisenkosten zu organisieren, werden neue Verteilungskämpfe und egoistische Besitzstandswahrung die politische Tagesordnung bestimmen. Sozioökonomische Sicherheit, Absicherung gegenüber Lebensrisiken wie Krankheit, Arbeitslosigkeit und Altersarmut, also stabil planbare Zukunftsperspektiven, sind nicht nur wesentlich für die Demokratiezufriedenheit der Bevölkerung, sondern auch Voraussetzungen für demokratische Bürger*innenbeteiligung. Wer das verspielt, spielt autoritären und nationalistischen Ideolog*innen in die Hände. Dies wäre ein optimaler Nährboden für ein Wiedererstarken von Populismus und Rechtsradikalismus.

Damit nach der Pandemie mehr demokratisches Miteinander möglich wird, sollten schon jetzt Weichen gestellt werden. Um den Staat aus seinem Dornröschenschloss zu holen, geht es nicht nur darum, alle Grund- und Freiheitsrechte und politische Repräsentation sowie die zentrale Entscheidungsmacht des Parlamentarismus wiederherzustellen. Ebenso wichtig ist eine breite öffentliche Debatte über die Maßnahmen der Pandemiebekämpfung. Hier sollten auch Kritiker*innen Gehör finden. Denn nicht

nur die Bürger*innen zweifeln. Man hat manchmal das Gefühl, dass die politische Elite und die Medien ebenfalls vergessen haben, was die Essenz und das Lebenselixier von Demokratie ist: die Anerkennung von Konflikten zwischen Menschen und Gruppen. Und die Austragung dieser Konflikte in einer regelgeleiteten und gewaltfreien Form im Rahmen spezieller Institutionen, vor allem im Parlament. Sowie die Anerkennung der dem Streit folgenden Entscheidungen, an die *alle* Beteiligten gebunden sind.

Der Literaturpreisträger Elias Canetti hat das in seinem Hauptwerk *Masse und Macht* fulminant zum Ausdruck gebracht. »Bei einer parlamentarischen Abstimmung hat man nichts anderes zu tun, als die Stärke der beiden Gruppen an Ort und Stelle zu ermitteln. Es genügt nicht, dass man sie von vornherein kennt. Die eine Partei mag 360, die andere nur 240 Abgeordnete haben: Die Abstimmung bleibt entscheidend als der Augenblick, in dem man sich wirklich misst. Sie ist der Rest des blutigen Zusammenstoßes, den man auf vielfache Weise spielt, durch Drohung, Beschimpfung, physische Erregtheit, die bis zu Schlägen oder Würfen führen kann. Aber die Zählung der Stimmen ist das Ende der Schlacht … Das Feierliche in all diesen Verrichtungen entstammt dem Verzicht auf den Tod als Instrument der Entscheidung. Mit jedem einzelnen Zettel wird der Tod gleichsam weggelegt. Aber was er bewirkt hätte, die Stärke des Gegners, wird in einer Zahl gewissenhaft verzeichnet. Wer mit diesen Zahlen spielt, wer sie verwischt, wer sie fälscht, lässt den Tod wieder ein und ahnt es nicht.«

In der Demokratie werden Feinde zu Gegnern: Es darf gestritten, der/die Gegner*in darf bekämpft, aber nicht vernichtet werden. Genau diese Grenze haben Teile der »Querdenker« bereits überschritten. Wer den Reichstag oder das Kapitol stürmt, zündelt und zerstört die Demokratie. Doch die Harmoniesucht zwischen Regierenden und Opposition, die Haltung der Medien, die jeden politischen Streit gleich mit demokratischer Meuterei verwechselt, sowie die scharfe Diskreditierung aller Proteste auf der Straße sind brandgefährlich. Konflikte verschwinden nicht, wenn man sie verschweigt. Zu oft setzt sich dann eine einflussreiche Fraktion ohne Debatte und Mitbestimmung durch, was den demokratischen Prozess unglaubwürdig macht und weiter schwächt.

Die wissens- und evidenzbasierte Pandemiebekämpfung beschleunigte solche Tendenzen. Expert*innenwissen ist exklusiv, und wenn es politisch entscheidet, wird die Demokratie ebenfalls exklusiv. Ausschluss durch Vernunft! Oder *Postdemokratie*, wie der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch in seinem gleichnamigen Buch treffend titelte. Wissensbasierte Vernunft befördert vielleicht rationales Handeln und kluges Regieren. Doch Vernunft kennt keine Konflikte! Wenn alle Menschen vernünftig handelten, würde es Konflikte nicht geben. Ist die vernünftige Welt darum die beste aller Welten? Wohl eher eine wenig erstrebenswerte Zukunft. Norbert Elias verrät uns im oben genannten Buch auch, warum: »Eine konfliktlose Gesellschaft mag als Gipfel der Rationalität erscheinen, aber sie ist zugleich auch eine Gesellschaft der Grabesstille, der äußersten Gefühlskälte und der höchsten Langeweile – eine Gesellschaft überdies ohne jede Dynamik.« Keine gute Voraussetzung für Demokratie. Wir sollten stattdessen anerkennen, dass es nie eine widerspruchsfreie Gesellschaft geben wird. Und dies begrüßen. Unsere Gegner erkennen, sich ihnen stellen und mit ihnen in den Ring steigen. Um sie als Gegner zu besiegen oder von ihnen besiegt zu werden. Wenn wir dies nicht tun, werden uns manche als Feinde deklarieren. Feinde kann man ausgrenzen, Feinde kann man eliminieren. Und damit jedes Mal ein kleines Stückchen mehr Demokratie zerstören.

Mit Blick auf die Legitimationsverluste, die die liberaldemokratischen Institutionen während der Krise bei vielen Bürger*innen erlitten haben, sodass viele auf die Straße gingen, sollten die Streitlust und Debattenkultur nach der Krise wieder gefördert werden. Zusätzlich empfiehlt es sich, neue Politikformen zu erproben. Dem Gefühl vieler Menschen, dass »die da oben« entscheiden und man selbst nicht mitreden kann, muss entschlossen entgegengewirkt werden. Sonst entstehen Frust und Politikverdrossenheit. Viele sind dann nur noch in ihrer »Blase« unterwegs, das Internet wird konsultiert, um die eigenen, alternativen Wahrheiten bestätigt zu finden, man pflegt die sozialen Medien mit Gleichgesinnten. Es entstehen milieubedingte und nur noch selbstreferenzielle Parallelwelten. Das erschwert die Begegnung und Auseinandersetzung mit Andersdenkenden. Es wächst die Gefahr, dass wir uns bald sprachlos gegenüberste-

hen. Als Feinde. Politik muss wieder näher an den Menschen ran. Und zwar mit Herz und Verstand. Holen wir den Staat aus seinem Dornröschenschloss – das geht auch ohne Populismus.

Gute Erfahrungen hat man zum Beispiel in Irland mit ständigen Bürger*innenräten mit repräsentativem Charakter gemacht, die nicht nur kosmetische Funktionen ausüben. Solche Räte können dazu dienen, dass Menschen mit verschiedener Herkunft und mit unterschiedlichen Anschauungen wieder ins Gespräch miteinander kommen. Ausgebildete Moderator*innen garantieren, dass alle zu Wort kommen und nicht die lauteste Stimme im Raum zählt. Auch öffentliche Konsultierungen von Familien-, Bildungs-, Umwelt-, Verkehrsplanungen, die den Alltag von uns allen betreffen, schaffen neues Vertrauen in Demokratie. Es gilt Zeitpolitiken einzuführen, die verschiedene Sphären wie Arbeit, Familie, Freizeit besser harmonisieren lassen.

Besonders wichtig: Wir brauchen endlich eine echte Erneuerung und Verjüngung der Politik, der Parteien, der Gewerkschaften, der Berufsverbände sowie der Vereine. Mehr politischen Streit und Aussprache. Mitgliedschaften müssen niedrigschwelliger werden, die Möglichkeiten, Verantwortung und Repräsentation zu übernehmen, transparenter und durchlässiger sein. Welche/r Jugendliche findet heute schon eine Partei oder Gewerkschaft sexy? Über 70 Prozent der Jugendlichen fühlen sich nicht von unseren Politiker*innen vertreten. Die Coronapolitik hat ihnen bisher leider recht gegeben.

Das muss sich ändern. Wichtig ist bei Jugendlichen eine stärkere »Selbstwirksamkeit«, also das Gefühl, in der Politik Dinge mit dem eigenen Handeln spürbar zu verändern. Auch Ämter sollten mehr rotieren, ohne dass man auf Professionalität und Erfahrung verzichtet.

Politik muss lebensweltlich erfahrbar werden. Besonders im lokalen Raum. Hier kann bürger*innennah auf pandemiebedingte Verunsicherungen, auf die Furcht und das Schutzbedürfnis der Menschen geantwortet werden. Kommunale Politik ist der Ort, wo wir gemeinsame Lösungen suchen müssen, damit Distanz, Ablehnung und Ausschluss nicht erstarken. Ein Ort der Teilhabe und Lebensmöglichkeit und nicht im Sinne eines Herkunftsnachweises. Ein Ort, der riecht und schmeckt, fühlbare

Geborgenheit, Sicherheit und Wohlbefinden schenkt, uns Raum für uns und die Unseren lässt, aber ausreichend groß ist, um an Auseinandersetzungen zu wachsen und für andere und für Unbekanntes offenzustehen. Der Philosoph Ernst Bloch hat diesen Ort im *Prinzip Hoffnung* einmal als Heimat beschrieben. Für Bloch ist Heimat das ewig Vorhandene und ewig Neue. Etwas, »das allen in die Kindheit scheint und worin noch niemand war«. Heimat also zugleich als Erinnerung und große Hoffnung. Der Ort, an dem wir waren, und der Ort, zu dem wir hinwollen.

Demokratie eben!

Also mehr Demokratie wagen. Sei es auf der Arbeit, im Verein, in der Schule, in der Familie. Und auch auf der Straße. Letztendlich wird es ohne Zivilgesellschaft und soziale Bewegungen nicht gehen. Sie waren schon immer ein wichtiger Treiber für mehr Demokratie und müssen diese Aufgabe auch in Zukunft wahrnehmen.

Wer wie im pandemischen Manifest eine Zukunft des sozialen Ausgleichs, der breiten Teilhabe und einer ökologischen Nachhaltigkeit vorschlägt, eine Zukunft, die ein gutes Leben verspricht und keinen zurücklässt, sollte sich von Aristoteles inspirieren lassen. Dessen Masterkategorie für ein gutes Leben ist die politische Teilhabe am öffentlichen Leben. Politik nicht nur als Bürde, als Pflicht, sondern auch als Quelle für Gemeinsames und Anerkennung. Wem es jedoch schwerfällt, Politik mit Wohlbefinden und Genuss zu verbinden, dem/der bleiben immer noch die Wahlen. Das Schöne an Demokratie: Unfähige, verbrauchte oder korrupte Politiker*innen, ideen- und inhaltslose Parteien oder handzahme Oppositionen können abgewählt werden. Der theorieferne Pragmatismus der letzten Jahre, dem die Fantasie, der politische Gestaltungswille und der geistige Tiefgang fehlen, kann beendet werden.

Im eigenen Dorf, in der Stadt, in der Region und im ganzen Land!

Wichtigste Leitplanken für eine solche Politik der Erneuerung:

- Öffentliche, konstruktiv-kritische Debatten über die Politik der Pandemiebekämpfung; Förderung der Streitkultur, Entmoralisierung und Versachlichung von Argumenten

- Anerkennung von Krisengewinnler*innen und -verlier*innen, von gesellschaftlichen Widersprüchen, Einleitung einer Politik des sozialen Ausgleichs
- Erprobung neuer Politikformen: Bürger*innenräte, öffentliche Konsultierungen zu Alltagsfragen, Einführung von Zeitpolitik
- Echte Erneuerung und Verjüngung von Parteien, Gewerkschaften, Berufsverbände sowie Vereinen durch niedrigschwellige Mitgliedschaften und mehr Selbstwirksamkeit, stärkere Ämterrotation
- Kommunalpolitik stärken
- Demokratie systemrelevant machen

Mythos #6

Die Pandemie ruiniert unsere Wirtschaft

Corona hat die Weltwirtschaft in die tiefste Krise der letzten Jahre gestürzt. Der internationale Handel, aber auch die Binnenmärkte sind in allen Ländern der Welt drastisch geschrumpft, die Produktion und die Einkommen sind auf breiter Front eingebrochen. Besonders für die Staaten des globalen Südens ist die Pandemie ein schwerer Schlag. Ihre Zukunft sieht meist düster aus. Zum einen läuft die Versorgung mit Impfstoffen nur schleppend oder gar nicht an, zum anderen fehlen den Staaten die finanziellen Mittel, die Krisenfolgen durch Rettungspakte und Finanzhilfen für Bürger*innen und Wirtschaft abzufedern. Die coronabedingten Verluste sind laut Berechnungen des Internationalen Währungsfonds IWF in diesen Ländern mehr als doppelt so hoch wie in wohlhabenden Staaten. Für den Zeitraum 2020 bis 2024 geht der IWF für Entwicklungsländer von einem Einbruch des Wirtschaftswachstums in Höhe von minus sechs Prozent aus. Diese Länder werden mit einem wirtschaftlichen *Long Covid* zu rechnen haben. Die Konjunkturaussichten vieler Staaten hängen laut IWF inzwischen direkt von ihrem Zugang zu Corona-Impfstoffen ab. Zusätzlich prognostizieren manche Expert*innen, dass die Folgen der jetzt gepuschten Digitalisierung für das Wirtschaftsmodell vieler armer Länder zum zusätzlichen Problem werden könnten: Mit fortschreitender Automatisierung, dem Vormarsch von Robotern und immer ausgefeilteren 3-D-Druckern könnte für zahlreiche Unternehmen aus den Industrienationen die Bedeutung der Lohnfertigung in Billiglohnländern schwinden.

Weltweit werden diese Entwicklungen wahrscheinlich zu größerer Ungleichheit zwischen Ländern und Regionen führen, als dies vor der Pandemie der Fall war. Alle Prognosen zur weiteren wirtschaftlichen Ent-

wicklung bleiben angesichts der anhaltenden Covid-19-Virulenz aber höchst unsicher. Trotzdem ist klar, dass die Industrienationen im internationalen Vergleich am besten aufgestellt sind.

Aber auch in Deutschland wird noch lange Zeit ein Eiertanz zwischen dem ständigen Abwägen um Gesundheitsschutz und Seuchenbekämpfung, Stabilisierung der Wirtschaft und Absicherung der Beschäftigung sowie der Verfolgung weiterer Ziele wie die Sicherung von sozialem Zusammenhalt, von Demokratie, Klima und Frieden stattfinden. Die Finanz-, Handels- und Wirtschaftspolitiken stehen überall vor großen Herausforderungen. Zu Pandemiebeginn wurde erst einmal vieles richtig gemacht. Anstatt wie bei früheren Krisen zu knapsen und zu knausern, Austerität und »den Gürtel enger schnallen« zu predigen, haben zahlreiche Länder, die großen Zentralbanken, aber auch internationale Organisationen wie der IWF ihre Geldspeicher weit geöffnet. Für eine solche expansive Geldpolitik wurde reichlich Geld gedruckt, enorme staatliche Subventionen, Zuschüsse und Kredite verteilt, die Wirtschaft und der Bankensektor stabilisiert, die Kosten des öffentlichen Schuldendienstes verhältnismäßig niedrig gehalten und soziale Schärfen abgemildert. Die Europäische Zentralbank EZB hat ihr Anleiheprogramm um 750 Milliarden Euro erweitert und erstmals Schulden vergemeinschaftet.

Die Rede ist von viel Geld. Auch in Europa und Deutschland. Das macht manche nervös. Es gibt aber keinen Grund dafür! Für Europa eröffnet das kollektive Schultern der Schulden eine besondere Option. Was manche Ökonom*innen nicht begreifen wollen, der Volksmund aber sehr genau weiß, ist die Tatsache, dass bei 1.000 Euro Schulden du der Bank gehörst, bei einer Milliarde Schulden die Bank aber dir! Die Europäische Union und ihre Regierungen haben es heute also selbst in der Hand, wie sie ihre Beziehungen zu privaten und internationalen Gläubiger*innen gestalten. Hier wächst durch die gemeinsame Schuldenaufnahme die Chance, stärker auf Abstimmung und Kooperation zu setzen. Ein Griechenland-GAU, der großes Leid verursachte und die EU an den Rand der Zerstörung brachte, muss sich nicht wiederholen. Sollte es aber zu neuem Wettbewerb um niedrige Zinsen oder günstige Rückzahlbedingungen kommen, werden kapitalschwächere oder überschuldete Länder (auch in

der EU) auf der Strecke bleiben und vermutlich radikale Sparprogramme umsetzen müssen, die erst ganze Gesellschaften, dann die Volkswirtschaften und schließlich das internationale System destabilisieren.

Auch in Deutschland ist die Verschuldung angestiegen. Die Inflationsangst geht um. Doch entgegen manchen Unkenrufen gibt es wenig Anlass, sich vor einer Pleite zu fürchten. Zum einen muss der immer noch gängige Irrtum aufgeklärt werden, dass der Staat als Schuldner die gleichen Verpflichtungen hat wie wir als Privatschuldner*innen oder dass die Staatstätigkeit eine unternehmerische Tätigkeit sei. Ein Staat unterscheidet sich von Unternehmen und Privatschuldner*innen in drei wesentlichen Merkmalen: Für seine Tätigkeit trägt er kein unternehmerisches Risiko, da er nicht mit seinem Eigenkapital haftet, sondern sich im Zweifelsfall immer wieder durch Steuern refinanzieren kann. Außerdem ist er immobil und quasi unsterblich: Er kann sich nicht ins Ausland absetzen, um seinen Gläubiger*innen zu entgehen, und er entzieht sich ihnen auch nicht durch Tod. Darum ist ein solider Staat wie unserer ein sehr sicherer Schuldner, und seine Staatsanleihen sind eine ebenso sichere Geldanlage. Viele Finanzanleger*innen geben ihr Geld darum gerne zu sehr niedrigen oder auch für gar keine Zinsen an den Staat, weil sie vor allem den Wert ihres Vermögens sichern wollen und kleine Renditen in Form von Zinszahlungen nebenbei mitnehmen. Benötigen sie einmal Geld, verkaufen sie die Anleihen weiter. Damit kann der Staat aufgenommene Schulden gleichsam immer weiter vor sich herschieben und zahlt wie in den letzten Jahren, in welchen das Zinsniveau bei null lag, gar nichts. Bei ähnlichen Zinsentwicklungen kosten die Coronaschulden den Staat in den kommenden Jahren also (fast) überhaupt nichts. Und die weitere Zinsentwicklung kann die EU mitgestalten.

Betrachten wir zum anderen die weltweiten Schuldenquoten, also die bestehenden Schulden im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt eines Landes, so stellen wir fest, dass Deutschland gar nicht zu soliden Finanzen zurückkehren muss, sondern heute immer noch über solide Finanzen verfügt. Deutschland hatte vor der Krise eine Verschuldungsquote von weniger als 60 Prozent. Zum Vergleich: 2019 war Japan Schuldenweltmeister mit einer Verschuldung von 234 Prozent – seit einem Jahrzehnt liegt die

Verschuldung des Landes über 200 Prozent. Spitzenreiter in Europa war Griechenland mit 180 Prozent, die USA lagen bei knapp 110 Prozent. Die Pandemie ließ die Schuldenquoten 2021 global anwachsen: in den USA und Italien sowie anderen Ländern um knapp 20 Prozent. Die aktuelle deutsche Verschuldung liegt bei unter 75 Prozent – also weniger als nach der Finanzmarktkrise ab 2007. Auch die Unternehmensschuldenquote ist mit 64 Prozent in Deutschland kaum gestiegen und vergleichsweise moderat. In Frankreich liegt sie bei fast 170 Prozent. Wer jetzt immer noch besorgt ist: Japan, das mit dem weltweit drittgrößten Bruttoinlandsprodukt vor Deutschland liegt, hat unser heutiges coronabedingtes Verschuldungsniveau bereits 1987 erreicht. So schlecht hat es sich in den letzten 30 Jahren dort nicht gelebt. Die Frage ist also nicht, ob wir Schulden machen, sondern wie und wofür wir Schulden machen.

Wie ist die bisherige Bestandsaufnahme? In vielen westlichen Ländern wurden die größten Konjunkturpakete nach dem Zweiten Weltkrieg geschnürt. Diese Unterstützungsleistungen waren zur Abfederung der Krisenfolgen unabdinglich. Coronazeit könnte die Zeit eines globalen *New Deal* werden, der nicht nur alle umfasst, sondern alle verpflichtet (also auch Unternehmen und Vermögende) und in dem der demokratische Staat nicht nur den Weg freimacht, sondern Takt und Ziel vorgibt. Bei Letzterem scheint sich die Politik noch vor ihrem eigenen Mut zu fürchten. Es ist überraschend – und natürlich krisengeschuldet –, wie fantasielos viele Regierungen vorgehen. Sie setzen primär auf Stabilisierung und Systemerhalt. So werden die außergewöhnlichen Chancen, die gesamte Wirtschaft stärker auf ökologisch verträgliche Produktionsformen zu verpflichten, die regionale und lokale Wirtschaft und Landwirtschaft zu stärken, den Individualverkehr zugunsten einer öffentlichen Mobilität zurückzufahren, Technikrecycling auszubauen etc., noch zu wenig genutzt.

Die Nachrichten, dass bestimmte Länder dank der Krise 2020 unerwartet ihre Klimaziele erreichten, klingen nur auf dem ersten Blick zynisch. Sie zeigen Wege auf. Bei der Planung der jüngsten Konjunkturprogramme ist die Notwendigkeit einer ökologischen Wende aber noch nicht hinreichend angekommen. Beispiel Europa: Herzstück des neuen Coronafonds ist ein EU-Programm mit dem schaurigen Namen »Aufbau- und Resilienz-

fazilität«. Darüber wird die EU-Kommission 338 Milliarden Euro nicht rückzahlbarer Zuschüsse an die Mitgliedstaaten verteilen sowie bis zu 386 Milliarden Euro zinsgünstiger Darlehen. Die Reform- und Investitionspläne, welche die Staaten dafür einreichen, müssen diverse Kriterien erfüllen. So sollen mindestens 37 Prozent der Hilfen dem Klimaschutz dienen und 20 Prozent der Digitalisierung. Kein Projekt darf der Umwelt massiv schaden; zudem sollen auch Frauen angemessen von den Vorhaben profitieren. Hört sich gut an! Anders sieht aber das aus, was daraus gemacht wird. Wie solche Vorgaben umgesetzt werden sollen, ist manchmal bizarr. Frankreich zum Beispiel schlug als größten Einzelposten die Senkung von Unternehmenssteuern um jährlich zehn Milliarden Euro vor. Als Gegenleistung für das EU-Geld sagt Paris eine Reform der Arbeitslosenversicherung zu, die prekär Beschäftigte und somit besonders Frauen weiter benachteiligt.

Auch für Deutschland ist die bisherige Bilanz durchmischt. Nach verschiedenen Berechnungen hat das Land für die Krisenbekämpfung mehr als eine Billion Euro aufgebracht. Dabei hat die Politik zunehmend große wirtschaftliche (auch fossile) Branchen gestützt, die oft stark exportorientiert sind, und kleinere Betriebe sowie Dienstleistungen, die für den Binnenmarkt relevant sind, vernachlässigt. Auf der einen Seite geht die Verhätschelung der deutschen Autoindustrie ungebrochen weiter. Mit Kurzarbeit wurde die Branche massiv subventioniert und stabilisiert. Sehr richtig und wichtig, aber nicht nur gut für die Kernbelegschaften: Daimler nutzte die Nachfrageeinbrüche im ersten Coronajahr 2020 für Rationalisierungsmaßnahmen, erzielte einen Gewinnsprung von 50 Prozent und setzte das Instrument der aus Sozialversicherungsbeiträgen refinanzierten Kurzarbeit von 700 Millionen Euro ganz legal ein zur Zahlung sowohl einer Gewinnbeteiligung für alle wie auch für eine ebenfalls um fast die Hälfte gestiegene Dividende an die Aktionär*innen: insgesamt 1,4 Milliarden Euro. Andere Automobilhersteller wie BMW folgten diesem Beispiel. Zum Vergleich: In Dänemark oder in Frankreich ist eine derartige Privatisierung von öffentlichen Geldern nicht möglich. Dort sagt man, wenn ein Unternehmen so kapitalkräftig ist und Gewinne macht, dass es Dividende ausschüttet, darf der Staat es nicht unterstützen.

Auf der anderen Seite kam von den knapp 750.000 Erwerbstätigen, die 2020 ihren Arbeitsplatz verloren haben, der ganz große Teil aus der Kultur, aus der Gastronomie, von den Selbstständigen, aus dem Handel. Die deutsche Kultur- und Kreativwirtschaft hat mit 1,2 Millionen Beschäftigten – also deutlich mehr als der IT-Bereich – einen durchschnittlichen Jahresumsatz von über 170 Milliarden Euro Umsatz. Dabei gab es allein 2020 in der Filmwirtschaft einen Umsatzausfall von fast 50 Prozent, in den darstellenden Künsten von 85 Prozent. Dennoch erhielt die Kulturbranche mit dem Hilfsprogramm »Neustart Kultur« und Kulturfonds von 2021 gerade einmal viereinhalb Milliarden Euro. Zum Vergleich: Der Tourismuskonzern TUI hat mit knapp 9.000 Beschäftigten und einem Umsatz von knapp 19 Milliarden Euro genauso viel Unterstützungshilfen erhalten. Sein auf Flug- und Kreuzfahrtreisen basierendes Geschäftsmodell gehört, wie weiter oben bereits erwähnt, zu den größten Emissionstreibern der Wirtschaft.

Ein solches Auseinanderdriften ganzer Volkswirtschaften ist auch weltweit zu beobachten. Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation ILO ist der Rückgang von Vollzeitstellen 2020 mit 255 Millionen Arbeitslosen fast viermal so hoch wie während der globalen Finanzkrise ab 2007. Niedrig bezahlte und gering qualifizierte Arbeitsplätze wurden überproportional abgebaut. Tourismus und Kleinst-, Klein- und Mittelbetriebe, in denen viele gefährdete Gruppen arbeiten, waren besonders betroffen. Hier besteht langfristig das Risiko einer ungleichmäßigen wirtschaftlichen Erholung, weil sich die Lage auf den höher qualifizierten Arbeitsplätzen in Industrie oder Verwaltung entspannt, dies aber nicht für andere Segmente gilt.

Die Aufzählung solcher Verzerrungen sowie von ökonomischen Fehlallokationen lässt sich lange weiterführen. Gerade auch für Deutschland: Unsere Regierung hat zum Beispiel nur knapp drei Milliarden Euro Vorschuss an die aussichtsreichsten Kandidat*innen für eine Impfstoffherstellung gezahlt, anfangs nur das Nötigste geordert, bei den Preisen hart verhandelt und das mit Stolz in der Öffentlichkeit gefeiert. Geiz ist geil! Das Ergebnis ist bekannt: Die Impfungen liefen 2020 träge an und schleppten sich mit vielen Unterbrechungen weiter. Es begann ein Streit, wer sich als

Nächstes impfen lassen darf. Der viel beschworene Zusammenhalt bröckelte. Immerhin haben wir ökonomisch verantwortlich gehandelt, war die Antwort. Die nackten Zahlen sprechen allerdings eine andere Sprache: Jede Woche zusätzlicher Lockdown kostete Deutschland geschätzt etwa 2,5 Milliarden Euro. Zum Vergleich: Die USA haben viel Geld in die Hand genommen, rund 20 Milliarden US-Dollar in die sogenannte Operation »Warp Speed« investiert, hohe Budgets für den Bau von Impfstofffabriken mobilisiert, sechs Monate früher mit einer massiven Impfkampagne begonnen und rund zwei Billionen Dollar volkswirtschaftliche Kosten vermieden.

Derartige wirtschaftspolitische Schieflagen sind sicherlich auch dem Krisenstress und der Überforderung geschuldet. Aus der Vogelperspektive wird dennoch ein Muster sichtbar, welches an die deutsche Politik vor der Krise anschließt und Widersprüche und Spannungen verschärft: Überzogene staatliche Haushaltsdisziplin, die Zukunftsinvestitionen verhindert; Priorisierung von exportorientierten Schlüsselbranchen ohne ökologische Akzentsetzungen; weitere Schwächung des Binnenmarktes, der regionalen und lokalen Wirtschaft und der kleinen Betriebe; Verlagerung der Krisenlasten ins Private und in die Familien und Umverteilung von unten nach oben.

Ein Beispiel für den letzten Trend: Die Mehrwertsteuersenkung 2020 hat den Staat rund 20 Milliarden Euro an Einnahmen gekostet. Studien zeigten, sie war ihr Geld nicht wert. Tatsächlich war es eine Minderheit von 16 Prozent der Bevölkerung, die 6,3 Milliarden Euro mehr für Konsum, also ein Drittel des Steuersenkungsvolumens, ausgegeben haben. Es handelte sich vor allem um Besserverdienende, die größere und ohnehin geplante Anschaffungen umsetzten. Profitiert haben am meisten die robusten Wirtschaftsbranchen – als Erstes die Automobilindustrie, der mit dieser Maßnahme der Verzicht auf eine Abwrackprämie schmackhaft gemacht wurde –, für die die Steuersenkung eine indirekte Subvention darstellte. Zum Vergleich: Der Kinderbonus von beschämenden 300 Euro pro Kind im Jahr 2020, für den 4,3 Milliarden Euro ausgegeben wurden, ging zu 65 Prozent sofort oder in den nächsten zwölf Monaten direkt in den Konsum.

Zu den wichtigsten Erfahrungen der Pandemie zählte sicherlich die Verletzlichkeit durch die Abhängigkeiten vom Handel beziehungsweise von der etablierten internationalen Arbeitsteilung. Aufgrund nationaler Lockdowns wurde in vielen Ländern die Produktion heruntergefahren und führt – bis heute – zu Lieferengpässen. Durch Grenzschließungen zerrissen globale Wertschöpfungsketten und Transportrouten über Nacht. Die Havarie eines einzigen chinesischen Containerschiffs, das das Nadelöhr Sueskanal 2021 fast eine Woche lang verstopfte, wirkte danach fast wie ein Abgesang auf den globalen Güterverkehr. Essenzielle Güter wurden und sind weiter knapp. Zuerst wurde dies bei der Versorgungskrise für medizinische und pharmazeutische Produkte spürbar, deren Herstellung sowohl für die USA als auch für Europa heute größtenteils in China und Indien liegt. Europa weist nach Studien bei Pharma-, Chemie- und Elektronikprodukten in über 100 Produktkategorien eine kritische Abhängigkeit von China auf.

Unter dem Motto der Stärkung der ökonomischen Resilienz wird die Politik diese Dependenzen in den nächsten Jahren erklärtermaßen verringern. Die europäische und deutsche Industrie wird ihre Herstellungs- und Lieferketten neu sortieren und einen Teil der Produktion wieder nach Hause bringen. Covid-19 hat alle Schwächen eines Verzichts auf Vorratshaltung offengelegt, eine Produktionsform, die von den Betriebswirtschaften lange Zeit als der Weisheit letzter Schluss für ökonomische Effizienz gefeiert wurde.

Teilweise wird in kritischen Sektoren nun wieder Lagerhaltung an die Stelle des *Just-in-time*-Prinzips treten. Die digitale Robotisierung in Schlüsselindustrien stärkt solche Trends, indem sie erlaubt, dass arbeitsintensive Fertigung an einem zentralen Produktionsstandort stattfindet, statt sie wie bisher wegen geringer Lohnkosten auszulagern. Somit hat der seit Längerem weltweit zu beobachtende Rückbau von Handel und Produktionsketten in Richtung Regionalisierung und Renationalisierung seit Corona an Dynamik gewonnen. Begleitet wird er von einem schleichenden Protektionismus und einem Schwinden des Vertrauens in multilaterale Regelungswerke. Es ist noch zu früh, von einer umfassenden Deglobalisierung zu sprechen. *Relocation* oder *Reshoring*, also die Rückfüh-

rung von Produktionsbereichen aus Ländern mit günstigen Lohnkosten, werden allerdings immer häufiger postuliert.

Zusätzlich enttäuschte der viel beschworene Zukunftsretter Digitalisierung im ersten Praxistest. Es waren und sind meist simple Dinge wie Masken, aber vor allem entschlossene und couragierte Menschen, die während der Pandemie Leben retteten. Datenmaschinen, künstliche Intelligenz und Big Data haben kaum geholfen, dass die Menschen gegenüber Covid-19 ausreichend Orientierung bekamen oder sich klüger verhielten. Dort, wo Digitalisierung in der Kommunikation oder der Bildung zum Einsatz kam, konnte sie menschliche Kapazitäten nur begrenzt ersetzen. Digitalisierung baut hier und dort vielleicht neue Brücken. Gleichzeitig aber vertieft sie die darunterliegenden Gräben. Die Industrie hat hingegen durch die Digitalisierung einen Innovationsschub erfahren. Die wachsende Automatisierung schafft vermutlich neue Potenziale für eine Renaissance der heimischen Industrieproduktion. Aber auch hier gilt: Wird mehr Arbeit durch Roboter und Algorithmen ersetzt, werden Geringqualifizierte noch stärker abgehängt.

Corona hat auch unsere Arbeitswelt drastisch verändert: Unsere Arbeitszeiten, -standards und -erfahrungen wurden schwer durchgemischt. Besonders bemerkenswert ist die Zunahme von Homeoffice. Fast ein Drittel aller deutschen Beschäftigten übte Homeoffice krisenbedingt aus. Es ist für manche/n Arbeitnehmer*in attraktiv und wird vermutlich ausgeweitet. Homeoffice kann die Arbeitsproduktivität steigern, ist für Unternehmen günstig und ressourcenschonender. Telefon und Videokonferenz statt täglicher Autofahrten ins Büro könnten zusätzlich Millionen Tonnen CO_2 einsparen. Aber es führt für viele auch zu starken Belastungen und sowohl zu beruflichen wie persönlichen Nachteilen, wie unten ausgeführt wird.

Insgesamt gibt es keinen Zweifel daran, dass der wirtschaftliche Neustart, der nach der Pandemie folgt, die Weichen für die nächsten Jahrzehnte stellen wird. Mit Blick auf die bisherige Wirtschaftspolitik der Coronakrise werden für Deutschland die Muster einer gefährlichen Konstellation sichtbar: Es besteht die große Gefahr, auf eine industriepolitische Restauration mit hohem Exportanteil hinauszulaufen, die die letzten Chancen für ein Gegensteuern gegen den Klimawandel verspielen würde. Schon jetzt

erklingen die Sirenengesänge der Unternehmen und ihrer »Mietmäuler«, die wider besseres Wissen klagen, dass die Coronakrise der Wirtschaft sowie den öffentlichen und privaten Haushalten so geringe finanzielle Spielräume lasse, dass Wachstum und Jobs absolute Priorität genießen sollten. Aber normal! Altes Wachstum und traditionelle Arbeitsplätze.

Wirtschaftliche Prosperität und soziale sowie ökologische Nachhaltigkeit werden erneut gegeneinander in Stellung gebracht. Lobbyverbände fordern, dass unliebsame staatliche Regulierungen oder Gesetzesvorhaben zu Lieferketten, Nachhaltigkeit oder Klimaschutz zurückgefahren werden. Es sei eine »Unzeit«, um über Klimaschutz zu diskutieren, die CO_2-Grenzwerte von Autos zu verschärfen, Kerosinsteuern für den Flugverkehr einzuführen oder die Landwirte mit längst überfälligen schärferen Umweltauflagen zu belästigen. Klimaschutz, wenn überhaupt, dann marktkonform. Für eine breite Daseinsvorsorge, für den öffentlichen Verkehr, für Schulen und Gesundheit sei nach der Krise kein Geld da.

Sollten sich diese Positionen durchsetzen, leugnen wir die wichtigste Lehre von Corona: Wir ignorieren wissensbasierte Evidenz oder ordnen sie politischen Befindlichkeiten und privaten wirtschaftlichen Interessen unter. Das kostet Menschenleben. Viele Menschenleben. Schließlich wissen wir dank einer sehr guten Studien- und Datenlage seit Jahrzehnten, dass die ökologische Krise über Klimawandel und Artensterben für die Menschheit zur existenziellen Krise wird. Es ist nicht einmal gesichert, ob diese Gefahr überhaupt noch abwendbar ist oder wir nur noch über einen kontrollierten Untergang verhandeln: In vier von neun lebenswichtigen Dimensionen, zu denen auch das Klimasystem, die Biodiversität und die Süßwasserreserven gehören, werden planetarische Grenzen bereits überschritten. In 20 Jahren wird eine globale Erwärmung um 1,5 Grad Celsius erreicht sein. Dieser Anstieg ist nach Berechnungen des Weltklimarats IPCC kaum noch zu verhindern, denn das Klimasystem hat eine Anpassungsfrist von rund vier Jahrzehnten. 25 Jahre später wird die Erde voraussichtlich zwei Grad Celsius wärmer sein. Bereits vorher werden die Korallenriffe absterben, landwirtschaftliche Systeme zusammenbrechen, Inselstaaten überflutet, Wetterextreme zunehmen – mit enormen sozialen und wirtschaftlichen Folgen. Die Starkregen in Deutschland und in

Europa, die Hitzewellen und Dürren in Nordamerika, die zahllosen Waldbrände überall, sie alle sind nur ein Vorgeschmack auf das, was uns blüht.

Trotzdem hat die Politik nicht ansatzweise das getan, was erforderlich und möglich wäre. Obwohl die Weltgemeinschaft auf dem UN-Erdgipfel 1992 in Rio einstimmig beschloss, die Treibhausgase zu reduzieren, haben sich die CO_2-Emissionen seither verdoppelt. Im Entwurf des sechsten Weltklimareports der IPCC von 2021 wird prognostiziert, dass alle heutigen und geplanten fossilen Kraftwerke noch fast 850 Milliarden Tonnen Kohlendioxid in die Luft emittieren. Das ist doppelt so viel CO_2 wie für das Erreichen des Ziels des Pariser Klimaschutzabkommens, die globale Erwärmung vor Überschreiten der 1,5-Grad-Schwelle zu stoppen, noch erlaubt wäre. Viel schneller als erwartet steuert das Klimasystem auf Kipppunkte zu, an denen die Entwicklung abrupt abbricht, die Richtung wechselt oder sich gewaltig beschleunigt. Was das für jede/n von uns bedeutet, erleben wir gerade in der Pandemie. Ausgelöst werden solche Kipppunkte von Methanfreisetzungen im sibirischen Permafrost, von der Abschwächung der thermohalinen Meereszirkulation, also dem Förderband von Meeresströmungen, das vier der fünf Ozeane miteinander verbindet und zu einem globalen Kreislauf vereint, oder vom Austrocknen des Regenwaldes. Inzwischen sollte auch dem/r Letzten klar sein, dass solche Negativszenarien wissenschaftlicher Studien nicht einem überzogenen Pessimismus geschuldet sind.

Nach dem Entwurf des oben genannten IPCC-Weltklimareports verursachen die reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung 40 Prozent aller Treibhausgasemissionen. Zwei Drittel von ihnen leben in Industrie-, ein Drittel in Schwellenländern. Die ärmsten zehn Prozent seien dagegen nur für vier Prozent des Gesamtausstoßes verantwortlich. Der stärkste Emissionstreiber ist nicht etwa die Zunahme der Weltbevölkerung, sondern das stetige Wachstum der Wirtschaft und von »treibhausgasintensiven Aktivitäten«: So ist im zurückliegenden Jahrzehnt der Luftverkehr um 29 Prozent, die Nutzung von SUVs im Straßenverkehr um 17 Prozent und der Energiebedarf für Klimaanlagen um 40 Prozent gestiegen. Beträchtliche Emissionen im globalen Süden erzeugt auch die Produktion von Exportgütern für reiche Länder.

Trotz all dieses Wissens gelang es den G-20-Staaten auf ihrem Treffen in Neapel 2021 nicht, ein klares Signal für den internationalen Klimaschutz zu setzen. Deutschland ist hier keine Ausnahme. Bei uns nannten manche die zerstörerischen Flutwellen im gleichen Sommer einen Weckruf der Natur. Große Taten folgten den großen Worten bisher nicht. Nicht einmal ein leicht umzusetzendes und schnell wirkendes Tempolimit von 130 Stundenkilometern auf Autobahnen wurde auf den Weg gebracht. Stattdessen steht Deutschlands Klimaneutralität bis zum Jahr 2045 auf der Kippe.

Beginnen wir jetzt nicht beherzt, entschlossen und zügig mit dem erforderlichen Umbau unserer Wirtschaft, werden wir bald keine Wirtschaft mehr brauchen. Es sind genug intelligente Ansätze da, die alle mitnehmen. Jetzt braucht es nur noch den politischen Willen!

Eine der stärksten gemeinsamen Erfahrungen von Corona dürfte sein, dass es tatsächlich nur sehr wenige Dinge gibt, die politisch nicht möglich sind. Was zur Eindämmung der Pandemie durchführbar war und ist, darf zur Verhinderung der ungleich schwereren Klimakrise, die auf uns zurollt, nicht wieder unmöglich werden. Corona zeigt, dass die Argumente der marktwirtschaftlichen Notwendigkeit und der ökonomischen Effizienz, welche bereits wieder gegen mehr Nachhaltigkeit und Verteilungsgerechtigkeit ins Feld geführt werden, definitiv nur eines sind: eine faule Ausrede. Gut, dass man Faulheit in Demokratien abwählen kann!

Sechster Schritt: Gutes Klima für Arbeit und Mensch

Corona hat uns vorgeführt, dass Geiz nicht geil ist, sondern vielfach Elend schaffen und töten kann. Die Sparobsession der deutschen Politik, mit der Schuldenbremse 2009 sogar ins Grundgesetz zementiert, aber auch unser aller Knausern trotz Höchststände an angehäuftem Erspartem, womit wir den nächsten Generationen die Zukunft stehlen, muss aufhören. Die schwarze Null muss weg! Sie ist nicht Ausdruck einer soliden Finanzpolitik und Haushaltsführung, sondern raubt uns die Chance auf positive und nötige Veränderungen. Die letzten zwei Jahrzehnte beweisen: Durch

die schwarze Null ist im öffentlichen Bereich ein gigantischer Substanzverlust entstanden, der einen immensen Sanierungs- und Investitionsstau und tiefe soziale Verwerfungen nach sich zieht, die uns alle betreffen und zusätzlich enorme Kosten verursachen werden.

Zwei Beispiele: Über die wachsende Unzuverlässigkeit der Deutschen Bahn zetern wir alle gerne. Kein Zweifel, die Bahn ist durch die Sparpolitiken in den letzten zwei Jahrzehnten immer maroder geworden. Zahlen belegen das: Für die Sanierung ihrer Verkehrsinfrastruktur werden heute fast 60 Milliarden Euro benötigt. Gut investiertes Geld, denn öffentlicher Verkehr ist »systemrelevant«.

Ebenfalls häufig klagen wir über die extreme Teuerung von Mieten. Zu Recht, denn die Mietpreise sind in den letzten Jahren explodiert und provozieren immer stärker soziale Verdrängung und Segregation. Also die räumliche Absonderung von Bevölkerungsgruppen nach Merkmalen wie sozialer Schicht, ethnisch-kulturellem Hintergrund oder Lebensstil. Das ist sehr gut für die Ausbreitung von Covid-19 und sehr schlecht für den sozialen Zusammenhalt. Ein wichtiger Grund für diese Preissteigerungen ist sicherlich die wachsende Attraktivität der Städte. Genauso preistreibend, wenn nicht sogar schlimmer ist aber das Versagen der staatlichen Wohnungspolitik, die unter dem Diktat des Sparens landeseigene Gesellschaften zu Spottpreisen verkauft und staatliche Wohnungsbauinvestitionen drastisch zurückgefahren hat. 2019 sind 5,5 Prozent weniger neue Sozialwohnungen gefördert worden als noch im Jahr zuvor – am stärksten sank die Förderung in Berlin. In der Hochmietmetropole Hamburg liegt der Anteil von Sozialwohnungen an allen Wohnungen bei knapp acht Prozent. Nach verschiedenen Kalkulationen fehlen heute in Deutschland etwa 6,5 Millionen Sozialwohnungen.

Das geht auch anders: In Wien liegt der Anteil von Gemeinde- oder Genossenschaftswohnungen bei über 80 Prozent. Vermutlich einer der Gründe, warum die österreichische Hauptstadt bei verschiedenen internationalen Rankings immer wieder den Titel »lebenswerteste Stadt der Welt« gewinnt. Und selbst in der mondänen Bankenstadt Zürich liegt der Anteil gemeinnütziger Wohnungen bei über 25 Prozent. Erkennen wir endlich an, dass es schick ist, in großen, bunten und aufregenden Städ-

ten zu wohnen, wenn ausreichender sozialer Wohnungsbau Gettoisierung verhindert und die Lebensqualität aller Stadtbewohner steigert. Dann wird es uns rasch gelingen, unsere Städte auch wieder für alle lebenswert und nachhaltig mobil zu machen.

Dank Corona wissen wir bereits: Geld genug ist da, es geht nun darum zu klären, wie es eingesetzt werden soll. Machen wir eine kluge Steuerpolitik – und richtig gute Schulden!

Investieren wir in die von Corona offengelegten Schwächen der sozialen Infrastruktur und des Gemeinwohls. Und in die wichtigsten Zukunftsthemen. Die Krise bietet die große Chance, die Weichen zu stellen: in Richtung Nachhaltigkeit, Klimaschutz und mehr Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards sowohl in einzelnen Ländern als auch im Handel und in den transnationalen Lieferketten. Europa und Deutschland haben die historische Gelegenheit, mit dem Aufbau einer breiten öffentlichen sozialen Infrastruktur, dem Umbau zu einer klimaneutralen Wirtschaft, dem Schutz der Artenvielfalt und durch die Umgestaltung der Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie wirtschaftlichen Strukturwandel und sozialökologische Nachhaltigkeit zu verzahnen, neue Jobs zu schaffen und dazu beizutragen, unsere Gesellschaften für die nächsten Krisen widerstandsfähiger zu machen.

Wichtige Ziele sind hier neben dem Ausstieg aus der fossilen Energienutzung sowie einem ökologischen Umbau unserer Schlüsselindustrien die neue Ausbalancierung zwischen Weltmarktintegration und lokaler/regionaler Ökonomie, der energische Ausbau einer nachhaltigen Mobilitätsinfrastruktur und die starke Ausweitung sozial und ökologisch nachhaltiger Arbeitsplätze.

Auf den ersten Blick große Ziele und gewaltige Herausforderungen. Luft holen! Beim zweiten Blick werden dann leicht umsetzbare Lösungen sichtbar: Wir haben gesehen, Corona hat die Stärkung der heimischen und regionalen Wirtschaft, die sogenannte Relokalisierung, als eine wichtige Strategie zukünftiger Wirtschaftspolitik bereits auf die Agenda gebracht. Daran können wir anknüpfen. Ohne dem Welthandel abzuschwören, der durch clevere Regulierung durchaus Wohlfahrtseffekte sichern kann, sollte die Politik überlegen, inwieweit eine Reregionalisierung bestimmter Wirt-

schaftsbereiche dem Menschen und dem Klima guttut. Eine zentrale Basis sollte hier eine starke kommunale Wirtschaft mit vielfältigen kleinen und mittelständischen Betrieben und einer Landwirtschaft sein, die gerade mit Blick auf Nachhaltigkeitskriterien Liefer- und Produktionsketten verkürzt sowie Produktion und Konsum umweltfreundlicher gestalten kann.

Als eine Perspektive für nachhaltiges und regionales Wirtschaften sollte die »systemrelevante«, aber bei uns zu wenig wahrgenommene Branche der Lebensmittelproduktion in den Fokus genommen werden. Deutschland ist der drittgrößte Importeur von Agrarprodukten der Welt. Statt Obst und Gemüse anzubauen, sind bei uns zwei Drittel der landwirtschaftlichen Fläche für die Produktion von Futtermitteln für Nutztiere reserviert – deren Fleisch wir dann in immer größeren Mengen exportieren. Deshalb finden wir in vielen Supermärkten Äpfel aus Neuseeland und Südafrika, aber nicht aus deutschen Landen. Um unsere 200 Millionen Nutztiere zu versorgen, müssen in Deutschland außerdem jedes Jahr rund vier Millionen Tonnen Futtersoja aus Lateinamerika und den USA importiert werden – die ökologischen Belastungen in den jeweiligen Produktionsländern sind immens.

Regierungsangaben zufolge kann sich Deutschland zu über 90 Prozent mit eigenen Lebensmitteln versorgen. Wir müssten dafür nicht wieder zum Agrarland werden oder auf Bananen verzichten. Sondern vielmehr Landwirtschaft, Industrie, Handel und Dienstleistung für alle intelligent verkoppeln.

Rechnen wir das einmal durch: In der deutschen Lebensmittelproduktion befinden sich knapp 2,4 Millionen Arbeitsplätze. Dazu zählen neben der bäuerlichen Landwirtschaft (400.000) die fest Beschäftigten in der Landwirtschaft (200.000), die Saisonarbeiter*innen (300.000), die Erwerbstätigen, jene, die in der Nahrungsmittelverarbeitung, im Getränkesektor und im Ernährungshandwerk arbeiten (zusammen 700.000), sowie diejenigen aus dem Lebensmitteleinzelhandel (800.000). Zum Vergleich: In der Automobilindustrie arbeiten 800.000 direkt und geschätzt zwei Millionen indirekt Beschäftigte.

Zwar ist die Lebensmittelproduktion seit Corona ein »systemrelevanter« Bereich, doch haben sich die Bedingungen, wie die Politik mit

dieser Branche umgeht, wenig geändert. Die Automobilindustrie erhält weiterhin Milliardensubventionen, die Kassierer*innen in Supermärkten vielleicht eine einmalige Prämie – bei ausgedehnteren Arbeitszeiten. Leiharbeiter*innen in der Landwirtschaft dürfen bestenfalls länger bleiben und schuften – auch unter Covid-19-Bedingungen, oft ohne Garantie hygienischer Mindeststandards und ohne Krankenversicherung. Wenn man »systemrelevant« ernst nimmt, was uns mit Blick auf die nächste Krise sehr zu empfehlen wäre, muss für die Lebensmittelproduktion also dringend nachgerüstet werden. Ein enormes Betätigungsfeld nicht nur für den Staat, sondern auch für die Gewerkschaften, die sich ebenfalls zu stark auf ihre industriellen Kernbelegschaften konzentrieren.

Eine Politik der wirtschaftlichen Relokalisierung könnte darum gezielt die Lebensmittelproduktion als einen ersten Schwerpunkt ihrer Bemühungen wählen: mehr lokale Produktion, mehr regionale Produkte, kürzere Transportwege, mehr Qualität. All dies, ohne den Industriestandort Deutschland infrage zu stellen! Und was bei uns gilt, stimmt auch global: Schon vor über zehn Jahren bestätigten Hunderte von internationalen Expert*innen im Weltagrarbericht der UN und der Weltbank, dass der Schlüssel zur globalen Hungerbekämpfung in einer kleinteiligen, regionalen, agrarökologischen Landwirtschaft liegt. Seither wurde in zahllosen Studien immer wieder wissenschaftlich belegt, dass agrarökologischer Anbau mit lokalem Saatgut und ohne Chemie im Vergleich zur industrialisierten Landwirtschaft viel höhere Erträge bringt, weniger Wasser verbraucht, Biodiversität und Klima schützt, weniger Lebensmittelabfälle verursacht und für mehr gute Arbeit und Geschlechtergerechtigkeit sorgt. Doch auch weltweit wird heute auf einem Drittel der Äcker Tierfutter angepflanzt, oder auf den Feldern wachsen Energiepflanzen statt Essen, zum Beispiel für Biodiesel oder -gas. Wir brauchen heute nicht mehr genmanipulierte Pflanzen und eine neue grüne Revolution, sondern Agrarreformen und eine engagierte Förderung des ländlichen Raums. Da die europäische Landwirtschaft hochgradig subventioniert ist, ist eine solche Agrarwende vor allem eine politische und somit demokratisch gestaltbare Aufgabe.

Gleiches gilt für die nachhaltige Mobilität, die die EU-Corona-Aufbauhilfen explizit fördern wollen. Doch die Konzepte bleiben auf halbem

Wege stecken. So setzt die Europäische Union bei ihrem Aufbaufonds weiter massiv auf Flug- und Individualverkehr (jetzt durch Elektro- oder Wasserstoffmobilität), nicht aber auf den umfassenden Ausbau eines europaweiten öffentlichen Verkehrssystems. Dabei hat man gute Argumente, um diesen Schritt zu gehen: Jährlich sterben rund 450.000 Menschen in Europa an den Folgen von Luftverschmutzung. Mit einem offensiven Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs zu erschwinglichen Preisen (mit intelligenten Lösungen für das Land), von Fahrradwegen, von mehr Grün- und Erholungsräumen in den Städten, ergänzt um eine Stadtplanung der kurzen Wege, können gleichzeitig eine Verringerung von Straßenverkehr, von städtischen Parkplätzen und in Deutschland sogar die schrittweise Streichung der Pendlerpauschale die Unterstützung von Mehrheiten erlangen.

Mit Blick auf nachhaltige Arbeit muss als Erstes das Postulat, Umwelt und Wirtschaft zu versöhnen, relativiert werden. Wer eine nachhaltige Entwicklung fördern will, die den/die Einzelne*n genauso wie die Gemeinschaft mitnimmt, darf sich nicht auf Wirtschaft und Unternehmer*innen begrenzen, sondern muss auch die Sphäre im Blick haben, wo Wohlstand und Gewinne produziert werden: die Arbeit. Solange dies nicht passiert, werden Arbeitsplatzsicherung (und somit soziale Absicherung der Mehrheit) gegen Umweltstandards ausgespielt, und jegliche Chance auf eine breite ökologische Transformation wird blockiert. Zwei Beispiele: Die in Deutschland 2020 diskutierte Kaufprämie für Pkw mit Verbrennungsmotor wurde aus Gründen des Klimaschutzes völlig zu Recht mithilfe von Umweltverbänden abgewehrt. Für die Industriegewerkschaften war diese Abwrackprämie mit Blick auf den pandemiebedingten Einbruch von Autoneuzulassungen in Westeuropa eine zentrale Maßnahme der Beschäftigungssicherheit und ihre Verhinderung eine schwere Enttäuschung. Die Vertreter*innen beider Lager kamen kaum ins Gespräch, Nachhaltigkeitsallianzen zwischen Umwelt und Arbeit existieren bis heute nicht – obwohl beide Seiten die Klimaziele anerkennen. Diese fehlende Gesprächsbereitschaft bestärkt bei den betroffenen Belegschaften die Neigung zu einer konservierenden Interessenpolitik und verschafft sogar populistischen Klimaleugner*innen Zulauf. Als die Politik mit der Mehrwertsteuersen-

kung von 2020 eine vermeintliche Lösung gefunden hatte, die Automobilindustrie zu unterstützen, gab es vonseiten der Umweltverbände vor allem Schweigen. Die bei dieser Maßnahme verpulverten 20 Milliarden Euro entsprachen dem halben jährlichen Investitionsvolumen der Automobilindustrie auf Vorkrisenniveau. Es wird einem schwindlig, wenn man überlegt, welcher technologische Wandel in Richtung emissionsneutraler Mobilität mit dieser Summe hätte angestoßen werden können – bei gleichen Beschäftigungsgarantien.

Ende 2020 feierte Greenpeace, dass einer Studie zufolge knapp 20 Prozent aller durch Pendeln entstehenden Emissionen eingespart werden könnten, wenn 40 Prozent der Arbeitnehmer*innen dauerhaft an zwei Tagen pro Woche von zu Hause aus arbeiteten. Zugleich fielen im Jahr gut 35 Milliarden Personenkilometer weg, was die Straßen entlasten würde. Der Umweltverband forderte eine konsequente Förderung von Arbeit im Homeoffice. Wenig Worte folgten allerdings über die Ambivalenz von Homeoffice: Während Singles ihre Arbeit von zu Hause halbwegs bewältigen konnten, ächzten Eltern und vor allem Frauen unter Mehrfachbelastungen. Für den/die IT-Berater*in, der/die durchgehend weltweit Präsenz zeigen kann, oder den/die Wissenschaftler*in, der/die endlich in Ruhe zu Hause seine/ihre Artikel zu Ende bringt, eröffnet das Homeoffice neue Karrierechancen. Für Sachbearbeiter*innen, die Homeoffice mit Kinderbetreuung kombinieren, wird frau bei Entscheidungen und Beförderungen oft übergangen, weil man sich im Betrieb nicht beweisen kann. Während einige im Einfamilienhaus oder schicken Penthouses ihrer Arbeit stilsicher nachgingen, empfanden viele in beengten Wohnverhältnissen dies als Qual.

So kann aus dem Recht auf Homeoffice schnell eine Bürde werden. Arbeiten zu Hause verringert nicht nur Mietkosten für Unternehmen, es führt nachweislich oft zu Arbeits- und Leistungsverdichtung, da eine Abgrenzung von der Arbeit zusätzlich erschwert wird. Wenn Arbeitszeit und Arbeitsort entgrenzt werden, ist man überall und jederzeit erreichbar. Unternehmen kontrollieren Arbeit dann über Arbeitsziele, die zu einem bestimmten Zeitpunkt mit bestimmten Ressourcen zu erledigen sind. Das führt häufig zu längerer und intensiverer Arbeit, stärkerem Druck

und mehr Wettbewerb unter Kolleg*innen. Sowie nachweislich zu mehr Krankheiten. Nicht nur deshalb pochten die Arbeiterbewegungen früher auf eine strikte Trennung von Arbeit und Heim, von Arbeits- und Lebenswelt. Und auch weil der fehlende Kontakt und Austausch mit Kolleg*innen eine kollektive Interessenvertretung deutlich erschwert.

Solange Umweltverbände und -parteien die sozialen Dimensionen ihrer Vorschläge und Forderungen nicht berücksichtigen, haben sie keine Aussicht auf breite Unterstützung. Wir brauchen keine Versöhnung von Wirtschaft und Umwelt, wir brauchen eine Debatte und kreative Ideen, wie wir Arbeitsplätze neu gestalten und schaffen können. Arbeitsplätze, die nicht nur sozialen, sondern auch ökologischen Standards entsprechen und wo neben der eigentlichen Produktion auch die berufliche Mobilität an Nachhaltigkeitskriterien angepasst wird. Es geht um einen neuen sozialökologischen Gesellschaftsvertrag, wie ihn zum Beispiel die Ansätze einer *Just Transition* vorschlagen.

Die pandemiebedingte Ausweitung des Homeoffice zeigt nicht nur, dass die Arbeitswelt seit Langem vielfältiger und ungleicher geworden ist. Corona fördert bei der Arbeit und in der Gesellschaft einen beschleunigten Wandel. Wir müssen uns klarmachen, dass die räumliche und soziale Auseinanderentwicklung von Erwerbsarbeit einerseits und Familie/Haushalt andererseits eine zentrale Veränderung des Industriezeitalters war. Arbeitsplätze außerhalb der Haushalte und in Distanz zur Familie machten Arbeit zu einer erfahrbaren und separaten Sphäre, in der nicht nur Leistung erbracht und Einkommen verdient wurden. Arbeit war zusätzlich der Ort von Kommunikation und gegenseitiger Anerkennung, er schmiedete verschiedene soziale Klassen und Schichten zusammen, wurde zur Basis von Solidarität und zum zentralen Austragungsort von gesellschaftlichen Konflikten. Gleichzeitig wurden die soziale Bedeutung der privaten Lebenswelt und mit ihr die im Häuslichen angesiedelten reproduktiven Tätigkeiten schleichend, aber signifikant geschwächt.

Mit Homeoffice kehrt ein Teil der Arbeit wieder stärker in den privaten Bereich zurück. Die neue Verzahnung von Erwerbsarbeit und Familie wird dem Haushalt sowohl ihre eigenen ökonomischen Rationalitäten (wie Zeitmanagement, Sollerfüllung) aufdrängen als auch die staatliche

Regulierung durch Gesetze und Verordnungen im Privaten erhöhen. Die Herauslösung der Arbeit aus den Fabriken und Verwaltungen, Schulen und Universitäten dynamisiert gleichzeitig Individualisierungs- und Deinstitutionalisierungsprozesse. Arbeit ist immer weniger gesellschaftliches Gravitationsfeld, sie könnte immer mehr ihre vergesellschaftende und gesellschaftsprägende Kraft verlieren. Dieser Wandel von Arbeit hat seit Langem begonnen, nimmt dank Corona jetzt aber schwer an Fahrt auf. Darum ist klar: Wir brauchen neue Debatten und Festlegungen, was für uns gute Arbeit ausmacht und wie wir sie organisieren wollen. Hier mitzumischen ist eine der zentralen Herausforderungen von Nachhaltigkeitspolitiken.

Arbeit als Bereich von Produktion, persönlicher Anerkennung, kollektivem Handeln und Kommunikation beizubehalten, sie nicht nur im Reich der Notwendigkeit, sondern auch im Reich der Freiheit zu suchen ist sicherlich eine Maxime, mit der sich die Mehrheit schnell anfreunden kann. Dazu sollten immer gehören: abgesicherte Arbeitszeiten, Sozialversicherungsschutz, arbeitsrechtliche Standards und Absicherung, existenzsichernder Verdienst, berufliche Aufstiegschancen sowie die Möglichkeit kollektiver Interessenvertretung. Das muss nicht auf Kosten von Produktivität und Flexibilität gehen. Im Gegenteil: Untersuchungen und praktische Erfahrungen beweisen schon lange, dass mehr Arbeitszufriedenheit zu Produktivitätssteigerungen führt. Gute Arbeit muss Sicherheit und Planbarkeit mit Flexibilität oder auch Homeoffice intelligent verbinden. Das Leben soll bunter werden, muss aber weiter planbar sein – sowohl im Alltag wie bei der Erwerbsbiografie.

Ein Königsweg wäre die kurze Vollzeit mit 28 bis 35 Stunden in der Woche für alle. Zahlreiche Studien haben bereits belegt, dass viele Erwerbstätige eine solche Wochenarbeitszeit für ideal halten. Und zwar sowohl diejenigen, die gut bezahlt werden, aber überlange Arbeitszeiten haben, wie auch viele prekär Beschäftigte. »Kurze Vollzeit für alle« würde es erlauben, statt Dauerstress und Zwang zur Flexibilität einen Gleichklang zwischen Lohnarbeit und Zeit für Familie und Freundschaft herzustellen.

Eine solche Perspektive mobilisiert sehr unterschiedliche Beschäftigte. Wichtige Maßnahmen wären das Recht auf eine Mindeststundenzahl an

Arbeit von 20 Stunden die Woche und eine Begrenzung der wöchentlichen Höchstarbeitszeit von derzeit 48 auf 40 Stunden. Von den Beschäftigten flexibel gestaltbare, aber verpflichtende Regelungen für Arbeitszeiten zwischen 20 und 35 Stunden mit vollem Personalausgleich und mit kollegialer Mitbestimmung. Dazu kommen geregelte Familien-, Pflege- und Weiterbildungszeiten, die Familien- und Sorgearbeit als »systemrelevante«, also als gesellschaftlich notwendige Arbeit anerkennen. Alle Beschäftigten, die ihre Arbeitszeit für Erziehung, Pflege oder zur Weiterbildung reduzieren, erhalten einen anteiligen staatlichen Lohnausgleich. Die Tendenz, Arbeit über das Homeoffice den häuslichen, reproduktiven Tätigkeiten anzupassen und somit zu entwerten, muss ins Gegenteil umschlagen: Care-Arbeit erlangt die gleiche Anerkennung wie Erwerbstätigkeit.

Eine solche Politik würde Arbeit nicht nur zum Fundament materieller Absicherung sowie des sozialen Aufstiegs des/r Einzelnen machen, sondern zur Quelle von individueller Anerkennung und gemeinsamem Wohlbefinden. Sie würde nachhaltige Lebensentwürfe stärken und mehrheitsfähig machen.

Wir sollten arbeiten, um gut zu leben, nicht leben, um zu arbeiten. Immer mehr Menschen wünschen sich eine solche Veränderung. Die Gewerkschaften haben diesen Trend in den letzten Jahren zu stark vernachlässigt. Die Umweltverbände haben sich zu Arbeitspolitiken inhaltlich bisher kaum positioniert. Ob Corona auch sie wach küsst?

Wir sehen, es gibt viele gangbare Alternativen zur aktuellen Wirtschaftspolitik. Wir müssen nicht mehr um Sachzwänge und Ressourcen ringen, Letztere wurden längst mobilisiert und sind hinreichend vorhanden. Wir streiten um die Frage, wie unsere Zukunft nachhaltig werden kann. Sollen frische Ideen und neue Debatten um die Zukunft unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft fruchten und Mehrheiten finden, müssen wir drei Dogmen zerstören:

Erstens: die Sorge, dass internationaler Handel immer Gewinner*innen und Verlierer*innen hervorbringt, schlimmstenfalls Unterentwicklung und Elend verschärft. Dies ist bis heute zwar noch viel zu häufig üblich. Der Grund ist aber nicht der international ungleiche Austausch von Arbeit, Gütern und Dienstleistungen. Es kommt beim Handel vor

allem auf seine politische Regulierung und Ausgestaltung an. Wer heute als Textilunternehmen in den Herstellungsländern existenzsichernde Löhne für gute Arbeit zahlen will, wer Kaffee oder Bananen zu fairen Preisen einkaufen will, muss die eigenen Produkte teurer anbieten. Er/Sie hat so lange Wettbewerbsnachteile, wie Mitkonkurrent*innen die Verantwortung für Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards an die Zulieferbetriebe in den Herkunftsländern delegieren, um mit billigeren Produkten bei den Verbraucher*innen zu punkten. Auf dem heutigen Weltmarkt sind Umweltzerstörung und unwürdige Arbeitsbedingungen internationale Wettbewerbsvorteile. Dies muss durch rechtlich verbindliche und einheitliche Regelungen für Handelsverträge und transnationale Wertschöpfungsketten zügig abgestellt werden. Wenn solche Abkommen zusätzlich Finanz- und Steuerkooperationen beinhalten und Sorge tragen, dass Kapital nicht flieht und Steuern nicht unterschlagen werden, fördert dies die Arbeits- und Lebensbedingungen vor Ort und das Interesse, in heimische Märkte und Arbeit zu investieren – mehr als jede Form der Entwicklungszusammenarbeit. Zusätzlich gestützt werden sollten solche Maßnahmen durch die (Wieder-)Einrichtung internationaler Wechselkursregulierungen, wie sie sich bereits nach dem Zweiten Weltkrieg bewährt haben.

Zweitens müssen der nicht aufzulösende Dissens und die ermüdende Debatte zwischen Vertreter*innen von freiem Markt und staatlicher Regulierung für beendet erklärt werden. Beide Seiten haben recht! Es gibt zahllose Studien, Belege und Hinweise sowohl für eklatantes Markt- als auch für exzessives Staatsversagen. Das momentane Erstarken des Staates ist kein Beweis für die ewige Überlegenheit staatlicher Wirtschaftssteuerung. Ebenso wenig wie deren Mängel einen hinreichenden Grund bieten, wieder den Markt zu stärken. Es geht nicht um Schwarz und Weiß, es geht nicht um Staat oder Markt. Die Geschichte und Corona unterstreichen, dass es den Staat auf seinen verschiedenen Ebenen (lokal/regional/national) braucht, um Effizienz in der Wirtschaft zu garantieren. Als Schutz vor Infektionen, als Garantie für wirtschaftlich nötige Infrastruktur, zum Zähmen von blindem Gewinnstreben, zum Aufbau von Gemeinwohl, zum Bündeln von Visionen und Kraftanstrengungen für die Zukunft. Das Scheitern des sowjetischen Staatssozialismus hat uns genauso gezeigt, dass

es Märkte braucht. Je komplexer eine Gesellschaft wird, je mehr sich die Bedürfnisse, Ressourcen und Produktionspotenziale von Menschen an verschiedenen Orten unterschiedlich entfalten, desto weniger kann dies eine zentrale Steuerung einfangen. Informationsbeschaffung für totale staatliche Planung ist auch unter Digitalisierungsbedingungen schier unmöglich, schafft aber für die Planungsinstanzen selbst einen politischen Machtzuwachs, der schnell in Missbrauch, Korruption und Autoritarismus umschlagen kann – »Big Brother is watching you!«.

Der Markt ist als Erstes ein Koordinationsmechanismus, der ohne direkte Zwänge, kollektiv und dezentral in der Lage ist, wirtschaftliche Aktivitäten effizient zu verbinden. Märkten ist keine naturgesetzmäßige Dynamik der kontinuierlichen Expansion inhärent, sie schaffen auch keine unabdingbaren Wettbewerbszwänge – wie uns Ökonom*innen glauben machen wollen –, sondern sind immer menschen-, gesellschafts- und politikgemacht. Wir und die Politik entscheiden, was wir dem Wettbewerb aussetzen wollen und was uns so wichtig ist, dass es anders finanziert und hergestellt werden muss. Insofern sind der Markt und seine Ergebnisse immer regulierbar. Und müssen kontinuierlich kontrolliert werden, um schädliche Auswüchse zu verhindern und nachteilige Ergebnisse zu revidieren. Dies wiederum bedingt eine Instanz, die Märkte und Wirtschaft anleiten kann und im allgemeinen Interesse handelt: den demokratischen Staat. Den gleichen Staat, nach dem die Wirtschaft zuletzt in der Finanzkrise ab 2007 und auch gegenwärtig wieder lauthals schreit, wenn sie und der Markt versagt haben und die Kavallerie erforderlich ist. Es geht nicht um Markt und Staat. Es geht darum, dass die Zugänge zu Markt und Staat für alle möglichst breit und transparent sind.

Es geht um Demokratie.

Erstrebenswert wäre vielleicht eine demokratisierte Marktgesellschaft, wie sie der Sozialliberale John Rawls als »Property-Owning Democracy« definiert: ein System der fairen Chancengleichheit, in dem alle Bürger*innen jenes Eigentum erhalten, das sie benötigen, um am Markt gleichberechtigt teilnehmen zu können. Denkbare Maßnahmen für eine solche Marktdemokratisierung wären die Erweiterung betrieblicher Mitbestimmung, die Stärkung von Belegschafts- oder Kollektiveigentum oder die

Auszahlung von Kapital an alle erwachsenen Bürger*innen, um ihnen einen allgemeinen Zugang zu unternehmerischen Tätigkeiten zu gewähren. Der französische Ökonom Thomas Piketty fordert, dass künftig alle 25-Jährigen vom Staat ein Startkapital in Höhe von 60 Prozent des nationalen Durchschnittsvermögens erben sollten. Fantasterei? Nur für jemanden, der/die gegen Eigeninitiative, Selbstständigkeit und Leistungsgesellschaft ist. Piketty rechnet vor, dass man ein solches »Erbe für alle« mit fünf Prozent Steueraufkommen aus Vermögens- und Erbschaftssteuer – also aus nicht durch Leistung erworbenen Reichtum – solide finanzieren kann. Für jede/n junge/n Bürger*in ohne Vermögen – also die Mehrheit unserer Jugendlichen – wäre der Zugewinn an Handlungsoptionen durch so ein »Erbe für alle« enorm. Für unsere Wirtschaft und Gemeinschaft ebenso.

Drittens müssen wir uns davon verabschieden, dass wir die anstehenden Herausforderungen allein mit Wissen und Technologie lösen können. Mit dieser Schimäre lügen wir uns seit drei Jahrzehnten selbst in die Tasche. Wir wollen nicht wahrhaben, dass die ökologische Transformation von jeder/m von uns Anpassungsleistungen erfordern wird. Gefördert wird das von einer mutlosen Politik, die sich immer noch weigert, eine ehrliche Debatte über die Chancen und Kosten einer Anpassung für Wirtschaft und Gesellschaft in Richtung Klimaneutralität und Nachhaltigkeit zu führen. Stattdessen werden Nebelkerzen gezündet, Ausflüchte gesucht und Luftbilder errichtet. Im Zentrum steht das falsche Versprechen, dass der Klimawandel durch Technologie und Wissenschaft über eine *Green Economy* eingehegt oder ganz vermieden werden kann.

Der Versuch der deutschen Energiewende sowie des Europäischen Grünen Deals, die Weichen für eine nachhaltige und grüne Wirtschaft von morgen zu stellen, basiert primär auf der Strategie, die alten und treibhausgasintensiven Rohstoffverbräuche durch neue Technologien zu ersetzen. Elektromobilität ist das Zauberwort und Gebot der Stunde. Wir verbannen Klimaschädlinge wie Benziner und Diesel und werden glücklich mit Teslas und E-Bikes. Und davon brauchen wir viele: Studien zeigen, dass für ein klimaneutrales Verkehrsszenario der Anteil der Elektroautos von derzeit vier Prozent auf über 40 Prozent steigen muss. Was wir nicht berücksichtigen: In einem Tesla sind heute sechsmal so viele Rohstoffe ver-

baut wie in einem konventionellen Auto. Öl wird durch Lithium, Kupfer und Kobalt ersetzt, ohne aber danach zu fragen, wo diese Rohstoffe herkommen und wie sie abgebaut werden. Ersten Prognosen zufolge werden diese drei Rohstoffe die Weltwirtschaft von morgen regieren, dank besagter Ökostrategie. Naturprodukte, die nur an wenigen Orten zu finden sind. Da sind neue (internationale) Konflikte bereits vorprogrammiert.

Corona hat uns eindrücklich und deutlich die Grenzen eines überzogenen Fortschrittsglaubens vor Augen geführt. Technik hin, Technologie her. Auch weiter wird der Faktor Mensch eine zentrale Rolle spielen. Seine Beziehungen zu Mitmenschen und Umwelt, kondensiert in Politik, werden über die Zukunft unserer Zivilisation entscheiden. Technologie, Elektromobilität, Digitalisierung können helfen, sie sind aber nicht der Generalschlüssel für eine nachhaltige Zukunft. Sie wirken vielmehr wie die neuesten Mutationen der alten Fiktion, die Menschheit durch Technologie retten zu können.

Da lohnt eine Erinnerung an Walter Benjamin. In seinem Traktat *Über den Begriff der Geschichte* schrieb er über das Bild von Paul Klee, welches den Buchdeckel dieses Manifestes schmückt: »Es gibt ein Bild von Klee, das Angelus Novus heißt. Ein Engel ist darauf dargestellt, der aussieht, als wäre er im Begriff, sich von etwas zu entfernen, worauf er starrt. Seine Augen sind aufgerissen, sein Mund steht offen, und seine Flügel sind ausgespannt. Der Engel der Geschichte muss so aussehen. Er hat das Antlitz der Vergangenheit zugewendet. Wo eine Kette von Begebenheiten vor uns erscheint, da sieht er eine einzige Katastrophe, die unablässig Trümmer auf Trümmer häuft und sie ihm vor die Füße schleudert. Er möchte wohl verweilen, die Toten wecken und das Zerschlagene zusammenfügen. Aber ein Sturm weht vom Paradiese her, der sich in seinen Flügeln verfangen hat und so stark ist, dass der Engel sie nicht mehr schließen kann. Dieser Sturm treibt ihn unaufhaltsam in die Zukunft, der er den Rücken kehrt, während der Trümmerhaufen vor ihm zum Himmel wächst. Das, was wir den Fortschritt nennen, ist dieser Sturm.«

Walter Benjamin setzt unserem teleologischen, optimistischen Geschichtsverständnis von einer linear und kontinuierlich fortschreitenden Zeit und von immerwährendem Fortschritt, das in der Geschichte einen

stetigen Gang zur Vollendung der Menschheit sieht, etwas Wichtiges entgegen: den Gedanken einer nicht linearen, diskontinuierlichen Zeit. In ihren Sprüngen, Rissen, in den geschichtlichen Brüchen und Abweichungen, wie sie heute Corona manifestiert, ist nicht nur Misere verborgen, sondern auch Utopisches.

Hier und jetzt und nicht erst am Ende aller Zeiten.

Wichtige Leitplanken für nachhaltiges Wirtschaften:

- Ehrliche Debatte über die Chancen und Kosten für Wirtschaft, Gesellschaft und den Einzelnen durch eine Anpassung in Richtung Klimaneutralität
- Einheitliche Sozial- und Umweltklauseln sowie Finanz- und Steuerkooperationen in allen internationalen Handelsverträgen und transnationalen Wertschöpfungsketten
- (Wieder-)Einrichtung internationaler Wechselkursregulierungen
- Durchsetzung verbindlicher Umweltstandards in allen Wirtschaftsbranchen; intensive Förderung von nachhaltig ausgerichteten und sozial angepassten Technologieinnovationen
- Rascher Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger
- Stärkung der kommunalen Wirtschaft mit kleinen und mittelständischen Betrieben
- Regionalisierung der systemrelevanten Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion, Förderung nachhaltigen Konsums, Revitalisierung des ländlichen Raums
- Einsatz der Corona-Aufbauhilfen zum umfassenden Ausbau eines europaweiten öffentlichen Verkehrssystems sowie der Modernisierung der nationalen Verkehrsinfrastruktur, für einen öffentlichen Personennahverkehr, für mehr Fahrradwege
- Massive Förderung kommunalen Bauens, Stadtplanungen der kurzen Wege, mehr Grün- und Erholungsräume in den Städten, urbane und ländliche Mobilitätswende

- Versöhnung von Nachhaltigkeit und Arbeit durch Maßnahmen wie »Kurze Vollzeit für alle«, gute und abgesicherte Jobs, umweltfreundliche öffentliche Mobilitätsangebote, volle Anerkennung von Care-Arbeit
- Stärkung von Leistungsgerechtigkeit und Chancengleichheit über die Erweiterung der betrieblichen Mitbestimmung, der Verbreiterung von Belegschaftseigentum oder ein »Erbe für alle«
- Förderung der Kunst- und Kulturbranche zugunsten einer »Spaßkultur Nachhaltigkeit«

Mythos #7

Covid-19 ist eine Naturkatastrophe

Covid-19 ist wie eine Naturkatastrophe über uns hereingebrochen. Eine Heimsuchung, ein schwerer Schicksalsschlag für die gesamte Menschheit. So gehen wir auch mit der Pandemie um: Wir suchen verzweifelt Erklärungen und Lösungen im Feld der Naturwissenschaften, bemühen Biologie und Medizin. Doch so werden wir weder Covid-19 besiegen noch den Klimawandel verhindern können. Der Soziologe Ulrich Beck hat nach Tschernobyl darauf hingewiesen, dass der Begriff »Naturkatastrophe«, also die Vorstellung eines nicht von Menschen verursachten Desasters, der überholten Sicht eines vergangenen Jahrhunderts entspricht. Nicht nur, weil die Natur selbst keine Katastrophen kennt, allenfalls dramatische Veränderungsprozesse. Sondern vor allem, weil Katastrophen erst im Bezug auf die menschliche Zivilisation als solche wahrgenommen werden – und weiter, weil sie meist auch vom Menschen verursacht sind.

Bei Covid-19 handelt es sich mit großer Wahrscheinlichkeit um ein ursprünglich zoonotisches Virus, also um eine Übertragung vom Tier auf den Menschen. Solche Übertragungen sind nicht neu, sie begleiten die Menschheit, seit sie sesshaft wurde. Landwirtschaft mit Vorratshaltung zog auch immer wilde Tiere an. Domestizierte Tiere lebten eng mit den Menschen zusammen, soziales Elend und fehlende Hygiene förderten die Verbreitung von tierischen Zwischenwirten wie zum Beispiel bei der Pest im Mittelalter. Mit der Moderne gelang im späten 19. Jahrhundert in den Industrienationen der sogenannte epidemiologische Übergang, also eine Abnahme von Seuchen dank verbesserter Lebens- und Wohnverhältnisse, höherer hygienischer Standards sowie später einer breiteren Gesundheitsversorgung.

Covid-19 ist aber nicht das einmalige »wilde« Chinavirus, das sich über ein exotisches Wildbret von seinem Refugium am anderen Ende der Welt innerhalb von acht Wochen in der relativ seuchenfreien Zivilisation ausbreitete. Das ist eine Erzählung, die uns klammheimlich hoffen lässt, dass es sich um einen Zufall handelt, der sich nur alle 100 Jahre wiederholt.

In Wirklichkeit hat der Übertragungsweg Tier–Mensch in den letzten Jahrzehnten weltweit stark zugenommen. Bei mehr als zwei Dritteln der jüngeren Infektionen handelt es sich um Zoonosen. Diese haben bereits so manche Blutspur gelegt: In Erinnerung geblieben oder noch akut sind das Acquired Immune Deficiency Syndrome (AIDS) seit 1981, die Vogelgrippe (Influenza-A-H5N1) im Jahr 1997 oder das Severe Acute Respiratory Syndrome Coronavirus (SARS-CoV-1) aus dem Jahr 2002. Sieben Jahre später folgte die Schweinegrippe (Influenza A H1N1), 2012 das Middle East Respiratory Syndrome Coronavirus (MERS-CoV). Zusätzlich gewinnen hässliche Bekannte wie das Ebola- und Zikavirus oder das Denguefieber wieder an Wucht und Verbreitung.

Bereits seit Ende der 1980er-Jahre gehen Expert*innen darum von einem weltweit steigenden Seuchenrisiko aus. Nach der dafür neu entwickelten Krankheitskonzeption *Emerging Infectious Diseases* werden Infektionen mit ökologischen Veränderungen in Verbindung gebracht, durch die sie von der Tierwelt zu den Menschen überspringen. Der Grund für diese erneut zunehmenden Zoonosen: wir alle! Der Epidemiologe und Evolutionsbiologe Robert Wallace zeigt uns in seiner politischen Virologie, wie die Menschheit das aktuelle Infektionsgeschehen seit Langem provozierte: Zum einen verringern wir ganz bewusst tagtäglich die Abstände zwischen Wildtieren und Menschen. Wir zerstören durch systematische Abholzung die Lebensräume von Wildtieren in Tropen- oder Regenwäldern. Statt hierbei mit dem Finger immer wieder auf andere zu zeigen, sollten wir ernst nehmen, dass die EU nach China auf Platz zwei der »Weltrangliste der Waldzerstörung« liegt: Laut der Umweltorganisation World Wide Fund For Nature (WWF) zerstört der europäische Konsum von Soja, Palmöl und Rindfleisch über Importe aus Brasilien, Indonesien und Paraguay weltweit am meisten Wald und verursacht zusätzlich erhebliche CO_2-Emissionen. Die Politik hat bis heute auf ein starkes EU-Gesetz für

entwaldungsfreie Lieferketten sowie für bessere und verbindliche Umwelt- und Sozialstandards in den internationalen EU-Handelsbeziehungen verzichtet. Und das, obwohl sie lernen durfte, dass freiwillige Selbstverpflichtungen der Unternehmer meist ergebnislos verpuffen.

Solche Zerstörungen führen zwangsweise zu mehr Kontakten zwischen Wildtieren und Menschen. Die Arten, die nach der Vernichtung ihrer Habitate nicht aussterben, sind oft »Kulturfolger« wie Fledermäuse, Amseln oder Ratten, die Nischen in Städten und anderen Kulturlandschaften besiedeln. Sie dienen bei Zoonosen häufig als Reservoir oder Zwischenwirte. Eine stärkere Präsenz der Menschen, die Verkleinerung der Lebensräume von Wildtieren und eine größere Zahl an Nutztieren sind die drei Faktoren, die eine Übertragung von Infektionskrankheiten von Tieren auf Menschen wahrscheinlicher machen. Nach einer im Wissenschaftsmagazin *Nature* veröffentlichten Recherche können Rodungen oder Trockenlegungen von Flächen für die Landwirtschaft sowie die landwirtschaftliche Produktion selbst mit mehr als 25 Prozent aller Infektionskrankheiten und mehr als 50 Prozent aller zoonotischen Infektionskrankheiten beim Menschen in Verbindung gebracht werden.

Wenn die Krankheit dann überspringt, bleibt sie nicht mehr auf ländliche Fleckchen oder kleine Gemeinden begrenzt. Das Dorf ist *global* geworden, die oft gefeierte Vernetzung der Welt leistet ihren Beitrag: Weltmarkt, transnationale Lieferketten, massive Mobilität auf allen lokalen bis (inter-) nationalen Ebenen sowie der globale Tourismus erleichtern es einer Infektionskrankheit heute wie nie zuvor, sich in Rekordzeit zu verbreiten und zur tödlichen Pandemie zu werden. Dabei sind weniger die Ausbruchszonen in Asien, Lateinamerika oder Afrika gefährlich, sondern Metropolen wie New York, London oder Hongkong, die als Mobilitätsdrehscheiben rasch zu schlimmen Pestschleudern werden. So konnte Covid-19 vermutlich in nur wenigen Tage von einer Großstadt auf die gesamte Menschheit überspringen. Vom globalen Dorf zum globalen Patienten.

Zum anderen sind es die Übernutzung des Bodens und die Massentierhaltung, die für neue Infektionskrankheiten einen exzellenten Nährboden bieten. Während sich die Weltbevölkerung in den vergangenen 50 Jahren verdoppelt hat, nahm die globale Fleischproduktion um mehr

als das Dreifache zu. In Tierzahlen heißt das, dass im Jahr 2017 weltweit etwa 1,5 Milliarden Rinder, eine Milliarde Schweine, fast 23 Milliarden Geflügeltiere sowie mehr als zwei Milliarden Schafe und Ziegen gehalten wurden, oft in Gruppen von vielen Zehntausenden Tieren auf engem Raum. Zur besseren Illustration: Eine Studie der Universität Leicester von 2018 hat vorgerechnet, dass die Körpermasse aller existierenden Masthähnchen dreimal größer ist als die Masse aller anderen weltweit lebenden Vögel. Die Futterversorgung dieser Massentierhaltung beruht heute hauptsächlich auf billigem, importiertem und genmanipuliertem Soja, für dessen Produktion vor allem in Lateinamerika riesige Waldflächen und wertvolle Ökosysteme zerstört werden. Die Weltgesundheitsorganisation WHO und die Welternährungsorganisation FAO der Vereinten Nationen warnen schon seit Jahren vor Pandemien im Zusammenhang mit industrieller Tierhaltung – vor allem von Geflügel und Schweinen. Besonders problematisch sind intensive Tierhaltungssysteme, in denen die genetische Vielfalt der Tiere sehr gering ist. Die Zucht genetischer Monokulturen von zur Lebensmittelerzeugung dienenden Tieren (und Pflanzen) mit nahezu identischen Genomen lässt Feuerschneisen der Immunität verschwinden, die eine Übertragung von Infektionserregern verlangsamen.

Wo Nutztiere auf engem Raum zusammengedrängt sind, leiden ihre Immunsysteme und anderen biologischen Widerstandskräfte. Größere Nutztierpopulationen auf Farmen befördern die Wahrscheinlichkeit von Krankheitsübertragungen und wiederkehrenden Ansteckungen. Industrielle Viehzucht ist immer auch Virenzucht.

Kaum Beachtung findet die Möglichkeit, dass eine neue Pandemie auch aus dem Meer kommen kann. Wer weiß, wie in Norwegen oder Chile Lachskulturen gezüchtet werden, dürfte daran wenig zweifeln. Um die Massenproduktion gewährleisten und die Tiere vor Krankheiten schützen zu können, werden sie massiv mit Pestiziden und Antibiotika behandelt. Der Meeresgrund unter den Fischgehegen ist oft so verdreckt, dass sich dort eine bis zu 15 Meter dicke Schicht aus Fäkalien und Schädlingsbekämpfungsmitteln ablagert, was zu enormen Umweltbelastungen führt, um die sich kaum jemand schert. Lachs wird darum auch als das giftigste Lebensmittel der Welt bezeichnet.

In der Massentierhaltung werden im großen Umfang Impfungen und antibiotische Mittel eingesetzt. Heute wird weltweit eine doppelt so große Menge an Antibiotika in der Tierhaltung eingesetzt wie zur Behandlung von Krankheiten bei Menschen. Dieser massive Einsatz provoziert wiederum neue Resistenzen und begünstigt eine virale oder bakterielle Evolution. Die WHO hat bereits vor der Pandemie gewarnt, dass im Jahr 2050 die Haupttodesursache weltweit Antibiotikaversagen sein könnte, wenn die Politik es versäumt, Antibiotikaresistenzen rechtzeitig und wirksam zu bekämpfen. In Deutschland sterben heute jährlich circa 15.000 Menschen, weil Antibiotika bei ihnen nicht mehr wirken.

Auch der ausgedehnte Handel und der Export lebender Tiere erhöhen den Austausch von Krankheitserregern. Es ist zu erwarten, dass sich mit steigender Weltbevölkerung und mit mehr Fleischkonsum der Anteil von Zoonosen an menschlichen Krankheiten weiter erhöhen wird.

Corona zeigt uns, dass wir Naturkräfte entfesselt haben, die wir nicht mehr beherrschen können. Wirksame Maßnahmen gegen die wachsende Gefahr durch Zoonosen sind nicht in Sicht.

Obwohl wir alle dies wissen, bleibt der aktuelle Trend ungebrochen: Immer weniger Betriebe mästen immer mehr Tiere. In der Massentierhaltung werden zudem Überkapazitäten aufgebaut, die dann vermehrt ins Ausland, vor allem nach China, geliefert werden. Deutschland ist in dieser Sparte ein Global Player – nach den USA und Kanada der drittgrößte Schweinefleischexporteur der Welt. Mit dieser Überproduktion werden auch europäische Agrarbetriebe zerstört. Der rumänische Bauer muss seinen Hof aufgeben, weil er nicht mit importiertem deutschen Schweinefleisch konkurrieren kann, und geht dann als Leiharbeiter nach Deutschland – in die Schlachtfabriken.

Es sind also die von uns verursachte weltweit schwindende Biodiversität und Landübernutzung, die als fruchtbarer Nährschlamm für Keime, Bakterien und Viren neue Epidemien begünstigt. Solange dieser ökologische Raubbau anhält, werden Seuchen immer wieder außer Kontrolle geraten. Insofern ist Covid-19 keine Naturkatastrophe, kein Schicksal, sondern ein Ausdruck der umfassenden ökologischen Krise, an der wir alle teilhaben. Das soll nicht besserwisserisch oder belehrend klingen, sondern ist eine

gute Nachricht: Wenn es nicht die Natur ist, die uns tötet, sondern der Mensch, kann es auch der Mensch sein, der uns rettet.

Also jede/r von uns!

Siebter Schritt: Corona als Neustart für die Landwirtschaft

Die Notwendigkeit einer klima- und umweltfreundlichen sowie artgerechten Tierhaltung erfordert eine weitreichende Neuausrichtung der Agrarpolitik. Ein solcher Umbau muss sowohl bei der Produktion als auch beim Konsum ansetzen. Die derzeit niedrigen Preise für Fleisch und Lebensmittel machen es den Bauern und Bäuerinnen schwer, auf die gestiegenen Anforderungen nach mehr Umweltschutz und Tierwohl zu reagieren. Häufig können sie in der Produktion kaum ihre Kosten decken. Hier sind umfangreiche staatliche Unterstützungen erforderlich. Dafür muss nicht mehr Geld in die Hand genommen werden: Der europäische Agrarhaushalt macht mehr als 40 Prozent des Gesamtbudgets der Europäischen Union aus. Der Löwenanteil dieser Gelder subventioniert große Konzerne, die für großflächige Monokulturen oder Massentierhaltung stehen. Diese öffentlichen Gelder müssen nicht aufgestockt, sondern neu verteilt werden: »Klasse statt Masse« hat das Motto einer neuen Agrarpolitik zu sein.

Ein wichtiges Instrument für eine ökologische Fleischproduktion ist die Wiedereinführung der 2006 in Deutschland abgeschafften Bindung der Tierhaltung an die Fläche. Ein landwirtschaftlicher Betrieb müsste genug Flächen nachweisen, auf denen er seine Tiere ernähren und den Dung ausbringen kann. Zusätzlich müssen landwirtschaftliche Betriebe materiell und durch Wissenstransfer dabei unterstützt werden, ihre Tierhaltung zu ändern – mit weniger Tieren und einer Ausrichtung auf besseres Tierwohl. Heute produziert Deutschland 20 Prozent mehr Schweinefleisch, als es für den Eigenverbrauch benötigt. Es gibt also ein klares Schrumpfungspotenzial.

In Deutschland verzehrt jede/r in ihrem/seinem Leben im Schnitt zwischen 635 und 715 Tiere. Das ist ein rundes Drittel mehr als der weltweite Durchschnitt; der liegt bei etwa 42 Kilogramm Fleisch pro Kopf und

Jahr. Die ICPP konstatiert, dass eine stärker pflanzenbasierte Kost bis zu 50 Prozent der Emissionen vermeiden könnte, die heute mit der sogenannten westlichen Ernährung verbunden sind. Beim Verbrauch muss es also ein zentrales Ziel sein, den Konsum tierischer Produkte bis 2050 zu halbieren. Würde der Fleischverbrauch von etwa 1,1 Kilogramm auf 600 Gramm pro Woche reduziert, könnten die Schweine- und Mastgeflügelbestände um mehr als 40 Prozent verringert werden.

Derart bedeutende Verhaltensänderungen in der Bevölkerung müssen politisch gewünscht und gezielt unterstützt werden. Konsumverhalten und der Wandel tradierter Essgewohnheiten lassen sich aber nicht über Moralappelle ändern. Erforderlich ist ein intelligenter Mix aus Aufklärung, Geboten, Preissignalen und insbesondere staatlicher Förderung von Alternativen, die eine neue Essenskultur mit Leitplanken bestückt, sie aber auch im Alltag wandelt. Dass die Politik so etwas kann, wenn sie will, hat sie beim Zigarettenkonsum bewiesen, der in Deutschland seit den 1990er-Jahren bis heute um zwei Drittel gesunken ist – wohlgemerkt bei einem Sucht-, nicht bei einem Lebensmittel. Zur Verringerung des Fleischkonsums gehören also zielgruppenspezifische Aufklärung, die Förderung pflanzlicher Ernährung in Kitas, Schulen, Unimensen oder betrieblichen Kantinen. Sowie der partielle Einsatz von Preissignalen über Steuern, ohne Fleischkonsum zum Privileg oder gar Luxus werden zu lassen.

Eine Erkenntnis des französischen Soziologen Pierre Bourdieu ist in diesem Zusammenhang von zentraler Bedeutung: Die Entscheidung über das, was auf dem Teller einer/s Heranwachsenden oder Erwachsenen landet und was schmeckt, ist in hohem Maße von der umgebenden Kultur, der Stellung im sozialen Raum und dem daraus resultierenden Habitus sowie den Gegebenheiten und Einstellungen in der Familie abhängig. Der Vegetarismus zum Beispiel war historisch schon immer und ist heute auch in seiner radikalisierten Form des Veganismus mehr denn je ein Distinktionsmerkmal, welches vor allem die Mittelschichten praktizieren. In Deutschland haben 70 Prozent der vegan lebenden Menschen einen hohen Bildungsabschluss, 80 Prozent sind weiblich. Solche Zahlen unterstreichen, dass unsere spezifische Ernährungsweise oft weniger mit politischen Positionen, sondern eher mit Rollen- und sogar Geschlechter-

zuschreibungen zu tun hat. Wer den Fleischkonsum halbieren will, muss neben solchen kleinen, gelegentlich als »Gutmenschen« verpönten Gruppen endlich breite Bevölkerungsschichten ansprechen. Es gilt zu vermitteln, dass fleischloses Essen nicht nur gut schmeckt und gesünder ist, sondern auch Lust macht. Die dafür erforderlichen Kampagnen wurden bisher nicht einmal erdacht.

Insgesamt scheint das Panorama düster: Die letzte große Weichenstellung in der europäischen Agrarpolitik fand in der Ende 2020 verabschiedeten neuen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU statt. Corona hinterließ keine Spuren. Der vollmundig versprochene »Systemwechsel« zugunsten eines stärkeren Umwelt- und Klimaschutzes hat nicht stattgefunden. Es wurde weiter auf Menge statt auf Qualität gesetzt: Das bisherige Finanzierungsmodell der Direktzahlungen für bewirtschaftete Fläche blieb unangetastet und fördert damit ungebrochen die großen Agrarunternehmen – 80 Prozent der Direktzahlungen kommen hier lediglich 20 Prozent der europäischen Landwirt*innen zugute. Für die Entwicklung des ländlichen Raums oder für Umweltschutz ist kaum Geld übrig.

Damit bleibt die Landwirtschaft auch in Coronazeiten Hauptverursacherin des Biodiversitätsverlustes in Europa: Laut dem Bericht der Europäischen Umweltagentur EEA sind heute über 80 Prozent aller von der EU geschützten Lebensräume in einem schlechten Zustand. Die Hauptziele der Biodiversitätsstrategie der EU werden durchgehend verfehlt. Auch bei uns: Beim Erhalt und Zustand der Arten schneiden nur vier EU-Länder noch schlechter als Deutschland ab.

Die Maximierung der Produktion und die Minimierung von Kosten in der Landwirtschaft, oft getrieben von Lebensmittelproduktion und Großhandel, vernichten nicht nur die Vielfalt in der Landschaft. Sie lassen auch immer mehr Höfe sterben und den ländlichen Raum ausbluten. In den letzten 20 Jahren hat sich in Deutschland die Zahl der Bauernhöfe halbiert. Von den noch verbliebenen Betrieben wirtschaftet die Hälfte im Nebenerwerb – weil das Einkommen aus der Agrarproduktion nicht mehr ausreicht.

Übermäßige Einträge von Pestiziden und Nährstoffen in unsere Umwelt gefährden Insekten und das Grundwasser. Und die Art und Weise,

wie wir über industrielle Massentierhaltung Fleisch produzieren, ist nicht nur ein guter Brutkasten für neue zoonotische Viren, sondern heizt die Klimakrise weiter an: Der Entwurf des IPCC-Weltklimaberichts von 2021 kommt zum Beispiel zu dem Fazit, dass der heutige Agrarsektor einen enormen Anpassungsbedarf hat und die Land- und Forstwirtschaft ihre Maßnahmen zur Emissionsminderung innerhalb dieses Jahrzehnts weltweit um das Fünffache und bis 2050 um das Zehnfache steigern müsste, wenn man die Erwärmung des Weltklimas auf unter zwei Grad begrenzen möchte. Die bisherige EU-Agrarsubventionierung erreicht das Gegenteil. Mit öffentlichen Mitteln werden so unsere Lebensgrundlagen und die unserer Kinder mitsamt der Umwelt systematisch zerstört.

Um keinen Zweifel zu lassen: Es sind nicht knappe Ressourcen, die eine nachhaltige Landwirtschaft verhindern. Es ist die Politik! Selbstverständlich gibt es einflussreiche Agrarkonzerne mit starken Interessenvertretungen und energischer Lobbyarbeit. Aber es geht immerhin um eine Verteilung von öffentlichen Mitteln, um unsere Steuergelder. In Europa ist die Zuweisung von solchen staatlichen Ausgaben demokratisch legitimiert. Also liegt es an uns, den erforderlichen Umbau der Landwirtschaft zu fordern und zu fördern.

Wichtige – und weithin bekannte – Schritte für eine Agrarwende wären eine Bindung der Tierhaltung an die Fläche sowie ein Ausstieg aus pauschalen Flächenprämien in der Pflanzenproduktion. Mittelfristiges Ziel einer neuen Agrarpolitik sollte nicht nur aus epidemiologischen, sondern auch aus ökologischen Gründen die Erhaltung und Wiederherstellung kleinteiliger regionaler Landschaftsstrukturen sein, was kleinen und mittelständischen Betrieben eine wirtschaftliche Perspektive gibt und den ländlichen Raum als Ganzes aufwertet.

Um Missverständnisse zu vermeiden: Es geht nicht um eine Romantisierung der Landwirtschaft aus alten Zeiten, die sich für viele vor allem durch schweißtreibende Arbeit und knüppelharte Lebensverhältnisse auszeichnete. Um heute Landwirtschaft mit Umweltschutz zu versöhnen, sind kluge Kombinationen aus nachhaltigem Anbau, Aktivierung der Wissenschaften, teilweise Maschinen- und Hightecheinsatz nötig. Alle Komponenten dafür sind da, was noch fehlt, ist der richtige Ressourcenmix.

Mit der Fördersumme des aktuellen Agrarhaushalts könnte die gesamte Europäische Union bei richtigem Einsatz in zehn Jahren nachhaltig produzieren. Keiner müsste hungern, nur Fleisch würde besser und so manches Gemüse nicht mehr nur nach Wasser schmecken.

Leitplanken für eine zügige Agrarwende:

- Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU und des Nationalen Strategieplans Deutschlands
- Ausstieg aus pauschalen Flächenprämien, stärkere Förderung ökologischer Landwirtschaft, Wiederherstellung kleinteiliger regionaler Landschaftsstrukturen
- Stärkere Kunst- und Kulturförderung und mehr Daseinsvorsorge im ländlichen Raum
- Wiedereinführung der Bindung der Tierhaltung an die Fläche
- Politische Kampagnen zur Verringerung des Fleischkonsums durch zielgruppenspezifische Aufklärung, die Förderung pflanzlicher Ernährung in Kitas, Schulen, Unimensen und betrieblichen Kantinen sowie Preissignale über Steuern, ohne Fleischkonsum zum Privileg zu machen

Mythos #8

Corona wird im eigenen Land besiegt

Für die erste Coronawelle war unsere alte Weltordnung nicht mehr als eine Sandburg. Der institutionell tief verankerte und lange eingeübte Multilateralismus der Europäischen Union brach blitzschnell zusammen. Grundlegende Prämissen vertrauensvoller Zusammenarbeit wurden über Bord geworfen. Staaten schlossen ihre Grenzen im Alleingang und igelten sich ein. Grenzen, an die man sich im Alltag kaum noch erinnerte, entschieden plötzlich über die Versorgung der Kranken, über Leben und Tod. Es begann ein europa- und weltweiter Konkurrenzkampf um Masken, Beatmungsgeräte und andere medizinische Güter. »Rette sich, wer kann« schien die Devise.

Zusätzlich schoben sich die USA und China in einem peinlichen *Blame Game* auf offener diplomatischer Bühne gegenseitig die Verantwortung für die Pandemie zu. Das rote Telefon, während des Kalten Krieges Synonym für die Bereitschaft, trotz Rivalitäten die schlimmste Katastrophe zu verhindern – man denke nur an die Kubakrise –, schien in Zeiten von Twitter nicht mehr zu existieren.

Die Zusammenarbeit im internationalen System wurde allerdings nicht durch Covid-19 beschädigt, sondern von uns selbst. Das multilaterale Regelwerk war schon vor der Pandemie sichtbar geschwächt. Ein Grund dafür war die seit dem Mauerfall stark von westlichen Vorstellungen und Interessen dominierte Weltordnung. In Demokratie und Wirtschaft schien für alle Zeiten und für die ganze Welt die liberale Gesinnung gesiegt zu haben. Der rasante wirtschaftliche, technologische und militärische Aufstieg von Ländern wie Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika (die sogenannten BRICS-Staaten), die ihren eigenen, nicht immer libe-

ralen Logiken und Mustern folgten, wurde lange Zeit ignoriert. Trotz wachsender Ansprüche wurden diese Länder im internationalen System statt zu *Rule Makers* zu *Rule Takers* degradiert. Lauter werdende Rufe nach mehr Teilhabe in der internationalen Politik verhallten. Der liberale Multilateralismus verlor für wichtige Teile der Welt an Zauber.

Internationale Institutionen boten immer weniger eine Arena für Dialog und Kooperation und mutierten zur Bühne von Machtrivalitäten. Die Blockade des UN-Sicherheitsrats bei allen wichtigen Weltfragen war symptomatisch und scheint dauerhaft. Internationale Organisationen wie die UNO, die Welthandelsorganisation (WTO), die Finanzarchitektur des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank, die Weltgesundheitsorganisation (WHO), aber auch das Klimaregime sind zunehmend gelähmt und handlungsunfähig.

Das hat seine Gründe: Nach dem 11. September 2001 agierte die Außenpolitik der USA deutlich aggressiver. Die EU verkümmerte immer mehr zu einer Beutegemeinschaft, deren so gerne beschworene Werte wie Menschenrechte und Demokratie jenseits ihrer Außengrenzen nicht mehr zu gelten schienen. Globale Probleme wie Ungleichheit, Klimawandel, Einhegung der Finanzmärkte, Abrüstung oder Migration wurden in den letzten beiden Jahrzehnten kaum bearbeitet. Auch die immer wieder geforderte Demokratisierung internationaler und regionaler Organisationen kam nicht voran. Unterstützung für die ärmsten Länder der Welt wie ein Schuldenerlass oder die Einrichtung eines umfangreichen internationalen Hilfs- und Entwicklungsfonds blieb selbst zu Zeiten der letzten Finanzkrise aus. Das erschütternde moralische Versagen der westlichen Welt und insbesondere auch Deutschlands in Afghanistan hat liberale Werte nicht nur in der Außenpolitik völlig unglaubwürdig gemacht.

Durch diese neue Geopolitik wurden die Grundsteine für die vielfältigen Nationalismen gelegt, die in Ländern wie den USA, China, Russland, Indien, Israel, der Türkei, Großbritannien usw. seit dem letzten Jahrzehnt eine unerwartete Renaissance feiern. Die internationale Ordnung beginnt seither, erste Anzeichen einer neuen Großmächtekonkurrenz auszuprägen. Statt Supranationalismus gewannen in der EU nationale Alleingänge (Brexit) an Fahrt, international verregelte Kooperationen wurden durch

»Allianzen der Willigen« oder bilaterale Vereinbarungen ersetzt, die internationalen Organisationen durch schwindende Ressourcen und Austritte geschwächt. Statt Zusammenarbeit regierten Grenzkonflikte, militärische Interventionen (wie in Syrien oder Jemen), Unilateralismus sowie territoriale Expansion (Russland) oder andere Formen der Einflusserweiterung. Immer flankiert von Aufrüstung und garniert von anschwellendem, manchmal eskalierendem Protektionismus.

Das *Global Village*, entstanden durch Digitalisierung, neue Medien und Kommunikation, wirtschaftliche Globalisierung und steigende Mobilität und Transport, war nicht nur eng vernetzt und global. Es verhielt sich mit all seinen Rivalitäten, Angebereien, nationalen Egoismen, sozialen Ungleichheiten und traditionsgesättigten Vorurteilen auch weiter wie ein Dorf. Mitten in diesen für Multilateralismus und internationale Zusammenarbeit so trüben Zeiten erinnerte Corona die Menschheit daran, wie verletzlich und abhängig wir alle voneinander sind, dass Gesundheitspolitik und Gemeinwohl nicht nur im eigenen Land funktionieren müssen, sondern eine globale Aufgabe darstellen. Wer am lautesten »My country first« schrie, fand als Erstes Gehör beim Virus, wie Hunderttausende von Schwerkranken und Toten mahnen.

Diese Warnung schien anzukommen. Nach dem anfänglichen panischen Schließen von Grenzen und nationalen Alleingängen gab es im Coronajahr 2020 einen kurzen Frühling der internationalen Solidarität. Die Weltgesundheitsorganisation WHO hatte mit dem *Access to Covid-19 Tools (ACT) Accelerator* eine ambitionierte Struktur mit den wichtigsten globalen Gesundheitspartnerschaften vorgestellt, in deren Rahmen die Impfstoff-, Medikamenten- und Diagnostikentwicklung ebenso wie ihre Beschaffung und Verteilung beschleunigt und koordiniert werden sollten. Eine globale Einkaufs- und Verteilungsgemeinschaft für wirksame Covid-19-Impfstoffe sollte die früheren Wettrennen um Impfstoffe verhindern, bei denen sich regelmäßig die zahlungskräftigen Länder durchgesetzt hatten. Kurz danach riefen die WHO und die Europäische Kommission zum gemeinsamen globalen Fundraising für den Kampf gegen das Coronavirus auf und sammelten beachtenswerte Beträge ein. Die Führungen von Frankreich und Deutschland erklärten Covid-19-Impfstoffe zum

»globalen öffentlichen Gut«. Doch mit jedem neuen Erfolg versprechenden Impfstoffkandidaten begann diese anfangs vollmundig angekündigte internationale Zusammenarbeit zu bröckeln. Konkurrenzen und gegenseitige Vorwürfe besetzten das Feld, Patentschutz und Impfnationalismus wurden zum Gebot der Stunde. Die Welt fiel in ihre alten Muster zurück.

Mit zunehmender Impfstoffproduktion begann sich ein Verteilungsmodus zu etablieren, der sich an rein ökonomischen und politischen Präferenzen orientiert. Er wirkt bereits auf das Weltsystem ein. Seine neuen Botschafter*innen betreiben Impfstoffdiplomatie. Die wenigen Industriestaaten bunkerten anfangs über Gebühr ihre Impfstoffe (90 Prozent der Weltproduktion). Zur Illustration: Deutschland kann mit den georderten Impfdosen seine Bevölkerung mehr als zweieinhalbmal, Kanada sechsmal impfen. Zusätzlich pocht der Westen bis heute darauf, dass seine privaten Pharmakonzerne, hochgepäppelt mit massiven staatlichen Subventionen, ihre Patente auf neue Impfstoffe nur gegen Lizenzgebühren weitergeben. Europa würde gerne zur Apotheke der Welt werden: Impfstoff gegen gutes Geld ja, aber Wissen teilen – bitte nicht. Das führt so weit, dass Impfstoff lieber vernichtet wird, anstatt ihn zu teilen.

Indien, China und Russland versorgen die Länder des globalen Südens und teilweise auch Europas mit großen Gesten deutlich günstiger mit ihren Impfstoffen. Aber nicht ohne Eigeninteressen. Die Auswahl der Begünstigten und die Höhe der Lieferungen zeigen, dass es um den gezielten Ausbau eigener Einflusssphären geht. Vor allem der Supermacht China ist es im ersten Coronajahr geglückt, sich weltweit als durchsetzungsstarker Problemlöser darzustellen. »Von China lernen heißt siegen lernen« ist das Motto, das in vielen Ländern Afrikas und auch in Lateinamerika zunehmend auf offene Ohren stößt.

Corona ist in der Weltpolitik angekommen. Auch hier zeichnen sich zwei Wege ab. Zum einen die Verstärkung der Tendenz in Richtung einer nationalistischen, auch darwinistischen Konkurrenz alter und neuer Großmächte: Politik und Wirtschaft deglobalisieren, regionale Entwicklung gewinnt an Einfluss, der Protektionismus wächst. EU und USA beschäftigen sich mit sich selbst, betreiben Nabelschau, und der Rest der Welt fühlt sich von dem Versprechen einer *One World* zunehmend enttäuscht. Nicht

mehr lange! Der zuletzt zu beobachtende außenpolitische Aufbruch autokratischer Machtstaaten, die die liberalen Werte der Freiheit und Gleichheit selbstbewusst und offensiv infrage stellen und auf den Ausbau von größeren Einflusszonen abzielen, gewinnt bereits an Fahrt. Mit der direkten Instrumentalisierung von internationalen Institutionen für die eigene Machterweiterung, dem selektiven Einsatz von Marktmacht und Impfdiplomatie, mit neuen technologisch versierten Methoden der Repression, Propaganda und Bedrohung als Instrumente der Außenpolitik verschieben sie die Achsen im Weltsystem. Weniger Kooperation, mehr Feindseligkeit, mehr (gewalttätige) Konflikte werden das Ergebnis sein.

Das klingt so, als ob die neue Welt recht hässlich wird. Wieder also gibt es gute Gründe, einen anderen Weg zu wählen. Viele Expert*innen sind sich einig, dass vor allem Impfpatente die effektive globale Eindämmung des Coronavirus hemmen. Die Politik des Westens fördert seit Beginn der Impfstoffentwicklung eine künstliche Impfstoffknappheit und hat damit nicht nur in Indien, Südafrika oder Brasilien unzählbar viele Leben gefordert. Das ist kein gutes Argument für eine kooperative Weltpolitik. Stattdessen sollte die Pandemie durch eine konzertierte internationale Zusammenarbeit rasch beendet werden.

Wer eine Weltordnung anstrebt, die statt auf Konflikt und Gewalt auf Kooperation und Frieden setzt, muss darum als ersten Schritt in einer massiven Kampagne die Patente auf die Covidvakzine aufheben und eine koordinierte und faire internationale Impfstoffverteilungspolitik fördern. Patente können töten. Wer sie uneingeschränkt verteidigt, nimmt das billigend in Kauf. Und er trägt die internationale Zusammenarbeit zu Grabe.

Vielleicht deshalb verkündigt die neue US-Regierung 2021, ein von Südafrika und Indien in der WTO angestoßenes und auch vom Vatikan befürwortetes Vorhaben nach einer vorübergehenden Aussetzung des Patentschutzes auf Covidimpfstoffe zu unterstützen. Mit Blick auf die Wirtschaftskraft der USA und die Rechte, die sie an einer Erfindung halten, die als Voraussetzung der modernen mRNA-Impfstoffe gilt, wertete der Generaldirektor der WHO, Tedros Adhanom Ghebreyesus, diesen Schritt als »monumentalen Moment im Kampf gegen Covid-19«.

Die Aussetzung des Patentrechts würde nicht zu einer sofortigen Erhöhung der Produktion und Verfügbarkeit des Impfstoffes führen, wie Kritiker*innen anmahnen. Zu Recht. Mit der Globalisierung ab den 1990er-Jahren wurden staatliche pharmazeutische Produktionskapazitäten in vielen Ländern privatisiert, zerschlagen oder nachrangig in globale private Produktionsketten integriert. So existiert heute ein großer Mangel an internationalen Produktions- und Laborkapazitäten, an Labor- und Transportausrüstungen, an ausgebildetem Personal und Know-how, an der Herstellung von nötigen Rohstoffen oder anderen erforderlichen Zwischenprodukten, die klinischen und hygienischen Standards hinreichend entsprechen. Sind doch nicht nur die Produktion, sondern auch die Reinheit und Qualität des Impfstoffs wichtige Voraussetzungen für seine Wirkung. Die Aussetzung des Patentrechts würde trotzdem die langfristige Produktion ankurbeln. Zuerst in Ländern, die über pharmazeutische Industrie und pharmazeutische Produktionserfahrung verfügen. Für Staaten wie China, Russland, Indien, Südafrika oder auch Kuba sind Patente eine wesentliche Hürde für die Impfstoffherstellung. Ohne sie hätten zahlreiche bestehende Betriebe und Labore bereits in die internationale Impfstoffproduktion eingebunden werden sowie bei der Herstellung und Verteilung helfen können.

Auf genau diese langfristige Perspektive kommt es an: Während reiche Länder wie Deutschland oder die USA bei üppigen Impfreserven bereits mit Impfmüdigkeit zu kämpfen haben und Vakzine vernichten, müssen in vielen ärmeren Ländern selbst Risikogruppen voraussichtlich noch Jahre auf eine Impfung warten. Nach Auskunft der Vereinten Nationen wurden bis Mitte 2021 75 Prozent aller Covid-19-Vakzine in lediglich zehn Ländern verimpft, vor allem in den USA und Europa, während rund 130 Länder noch nicht eine einzige Dosis erhalten hatten.

So zerfällt die Welt in zwei Impfblöcke: einen, in dem flächendeckend geimpft und in dem die Krise scheinbar eingedämmt wird, und einen anderen Block, in dem die Mehrheit der Menschheit lebt, wo Impfstoffe und Medikamente fehlen und das Virus gesundheitliche und wirtschaftliche Erholung noch länger unmöglich macht. Das weltweit wieder ansteigende Elend wäre ein fruchtbarer Nährboden für das Virus.

Achter Schritt:
Niemand ist sicher, bis alle sicher sind

Die aktuelle internationale Impfpolitik verfolgt eine Tropikalisierung von Covid-19: Sie macht die Seuche zu einer exotischen Krankheit wie Gelbfieber, für uns weit weg in fernen Ländern, gegen die man sich bei Bedarf impfen und schützen kann. Aber diese Rechnung wird nicht aufgehen! Solange Corona in lokalen Residuen gedeihen kann, wird es kein Ende der Infektionsgefahr geben. Es können jederzeit neue, aggressivere Mutationen auftreten, gegen die die bisherigen Impfvarianten nicht schützen und die wesentlich ansteckender und tödlicher sind, als die Beta- oder Deltavariante bereits erahnen lassen. Mit einer temporären Patentfreigabe schützen wir nicht nur andere, wir schützen auch uns selbst!

Die Aussetzung des Patentrechts selbst ist ein steiniger und juristisch anspruchsvoller Weg und wird einiges an Überzeugungsarbeit und Kraft brauchen. Die 164 Mitgliedsländer der Welthandelsorganisation (WTO) müssen zustimmen, dass die internationalen Copyrightbestimmungen außer Kraft gesetzt werden. Und die Impfstoffhersteller selbst müssten kooperieren. Während dieser Abstimmungsphase ist eine niedrigschwellige Lizenzweitergabe in andere Länder, wie sie die WTO-Chefin Ngozi Okonjo-Iweala vorschlägt, ein erster Schritt in die richtige Richtung. Hier könnten von der Politik Zwangslizenzen oder Benutzungsrechte angewiesen werden, die unter bestimmten Voraussetzungen bereits durch internationales Recht gedeckt sind. Die Einrichtung eines globalen Patentpools für die einfache und kostengünstige Handhabung von Lizenzverträgen, angesiedelt bei der Weltgesundheitsorganisation (WHO), wäre der nächste Schritt. Die Pharmaindustrie müsste dennoch keine Not leiden. 2019, im letzten Jahr vor Corona, lag der Umsatz auf dem weltweiten Pharmamarkt bei rund einer Billion Euro. Seit der Pandemie explodieren für viele Unternehmen die Gewinne. Dank staatlich langfristig abgesicherter Nachfragen werden sich solche Profite auf hohem Niveau stabilisieren.

Natürlich gibt es mächtigen Widerstand gegen die Aussetzung des Patentschutzes. Doch das wichtigste Argument der Pharmaindustrie wurde bereits widerlegt: dass es ohne Patentschutz keinen hinreichenden

Investitions- und Forschungsanreiz für die weitere Medikamenten- und Medizinentwicklung geben wird. Stattdessen sind die nötigen Grundlagen für die zügige Entwicklung der Covidimpfstoffe zum gewichtigen Teil an Universitäten erforscht worden, die mit staatlichen Geldern gefördert wurden. Zusätzlich haben viele Länder durch üppige Investitionen und finanzielle Unterstützungen des Pharma- und Biotechsektors zu Beginn der Krise die schnelle Bereitstellung eines Impfstoffes überhaupt erst ermöglicht. Öffentlich bezahlte Wissenschaftler*innen haben ihn erfunden, die Steuerzahler*innen haben seine Entwicklung finanziert. Überlebenswichtige Medikamente sollten darum Eigentum der ganzen Menschheit sein.

Und genau dieser »ketzerische« Gedanke ist das wirkliche Motiv für die Blockade der Pharmaindustrie sowie das Bremsen der Europäischen Union – und Deutschlands: Die auf mRNA basierenden Vakzine beruhen auf Wissen und Technologien, die nicht nur für die weiteren Covid-19-Varianten vielversprechend sind. Sie haben auch jenseits von Corona Erfolg versprechende Anwendungsbereiche. Vor allem in der Krebstherapie. Krebsbehandlungen werden für die nächsten Jahrzehnte einer der wichtigsten Wachstumsmärkte der Pharmaindustrie sein. Derartige Aussichten möchte man nicht mit China, Indien oder gar Kuba teilen müssen.

Eine solche Haltung erscheint menschenverachtend, ist aber nicht neu: Die WHO schätzt, dass ein Drittel aller Patient*innen weltweit aufgrund hoher Preise und anderer Hindernisse keinen Zugang zu dringend benötigten Medikamenten hat. So sterben trotz des rasanten medizinischen Fortschritts und der Verfügbarkeit von Medikamenten zur Heilung beziehungsweise Behandlung jedes Jahr Millionen Menschen an Krankheiten wie Tuberkulose, Diabetes oder Malaria. Nur ein Bruchteil der medizinischen Forschung befasst sich überhaupt mit den Gesundheitsproblemen, die zwar weltweit viele Menschen betreffen, jedoch von Pharmafirmen nicht als attraktiver Markt betrachtet werden. Die Pharmaindustrie erforscht und entwickelt vor allem Medikamente, die hohe Profite in lukrativen Märkten versprechen. Für gewinnorientierte Privatbetriebe ist dies durchaus legitim.

Wenn aber prosperierende Unternehmen selbst in einer globalen Notlage nicht die ethische Verpflichtung zu außergewöhnlichen Maßnahmen

anerkennen – wie es von jeder/m von uns seit Pandemiebeginn erwartet wird – und nicht bereit sind, wenigstens temporär ihr Gewinnstreben zurückzustellen, da sollten wir einspringen! Wo die unternehmerische Furcht vor einer erschlaffenden Innovation zu groß ist, müssen der Staat und die Gemeinschaft diese Aufgaben selbst übernehmen. Im Kampf gegen die Pandemie müssen wir dafür sorgen, dass Forschung transparent erfolgt, dass freier Zugang zu Wissen, Technologie und Bildung forciert und medizinisches Wissen als Gemeingut der Menschheit betrachtet wird.

Begonnen werden kann mit der Aufhebung des Patentschutzes auf alle unentbehrlichen, lebensrettenden Medikamente. Wichtig wären dafür neben einer Freigabe von Patenten politische Initiativen zur Verbesserung von Daten- und Preistransparenz in Forschung, Entwicklung und Verkauf, um Wissen breit zugänglich zu machen und Preise fair zu gestalten. Hinzu kommt eine sozialverträgliche Lizenzierung bei allen mit öffentlichen Mitteln geförderten medizinischen Forschungs- und Entwicklungsvorhaben. Und die Förderung einer lokalen und öffentlichen pharmazeutischen Produktion besonders in den Ländern des Südens durch den Aufbau eigener Produktionskapazitäten sowie die Schaffung leistungsfähiger regionaler Verteilungssysteme für Medikamente und Medizinprodukte.

Ergänzend könnte der im 20. Jahrhundert immer wieder aufgebrachte Vorschlag umgesetzt werden, ein institutionelles globales Früherkennungssystem der Seuchenprävention zu entwickeln, welches Pandemien gar nicht erst entstehen lässt. Alles zu teuer, warnen Expert*innen. Indessen hat ein Bericht der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Weltbank von Ende 2020 nüchtern durchgerechnet, dass es 500 Jahre dauern würde, bis eine weltweite Prävention so viel kostet wie das, was die Menschheit aufgrund von Covid-19 verliert.

Corona hat uns einen guten Grund an die Hand gegeben, warum eine postpandemische Weltordnung wieder stärker auf Kooperation setzen sollte. Gleichzeitig hat sich das subjektive und das objektive Sicherheitsempfinden des/r Einzelnen und der Gemeinschaft mit Corona gewandelt. Die Covid-19-Pandemie ist nach den Terroranschlägen vom September 2001 und der Banken- und Finanzkrise ab 2007 zwar die dritte weltweite Erschütterung des noch jungen 21. Jahrhunderts. Im Unterschied zu den

vorherigen Krisen ist ihre Reichweite aber erst einmal tatsächlich global, denn sie betrifft Menschen in ausnahmslos allen Ländern der Welt sehr direkt und täglich. Und so verändert sie Perspektiven: Die neuen Grundängste der Menschheit sind Ansteckung, Krankheit, Verarmung oder gar Existenzvernichtung. Das Virus zeigt uns die echten Bedrohungen von heute; dahinter wachsen die Schatten der nächsten Katastrophe.

Es geht nicht um globale Vernunft oder um internationale Gerechtigkeit, es geht um das Überleben der Menschheit.

Der Weltgeist muss dieses neue Verständnis und Befinden, diese von allen erstmals gefühlte und erlebte Praxis des wirklich Globalen aufgreifen und positiv wenden. Internationale Kooperation funktioniert nicht, nur weil sie den Nutzen aller zu erhöhen scheint. Es müssen auch Gegensätze, Ungleichheiten, Leidenschaften, Identitäten und Gemeinschaftsgefühle berücksichtigt werden. Nur wer diese Befindlichkeiten einfängt, kann sie in tragbare internationale Politik verwandeln. Die internationale Zusammenarbeit muss darum das öffentliche Gut der »Sicherheit« breiter interpretieren. Corona erteilt uns eine lehrreiche Lektion, in welche Richtung das gehen muss.

Covid-19 lässt sich nicht erschießen.

Trotzdem wachsen die Rüstungsausgaben seit dem ersten Coronajahr dramatisch an. Das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI meldete für 2020 einen Anstieg der Rüstungsausgaben auf etwa 1,65 Billionen Euro. Während das globale Bruttonationalprodukt um 4,4 Prozent schrumpfte, kletterten die Militärausgaben um reale 2,6 Prozent. Das ist die höchste Steigerung von Rüstungsausgaben seit der Weltwirtschaftskrise ab 2007. Die größten Treiber dieser Aufrüstung sind die USA, gefolgt von China, Indien, Russland und Großbritannien. Die USA gaben 2020 fast dreimal so viel Geld für ihr Militär aus wie ihre vermeintlichen Rivalen China und Russland zusammen. Die 30 Mitglieder der NATO sind für etwa 60 Prozent der weltweiten Militärausgaben verantwortlich. Deutschland belegt mit 44 Milliarden Euro Rüstungsausgaben 2020 Platz sieben der weltweiten Rangliste. Dies gelang nur durch eine im EU-Vergleich überdurchschnittliche Steigerung der Militärausgaben von über fünf Prozent! Gleichzeitig hat Deutschland große Mengen Militärgüter nach

Saudi-Arabien, Ägypten, die Vereinigten Arabischen Emirate, Katar sowie Algerien geliefert. Länder, die kaum als Hort für die Einhaltung demokratischer Regeln und humanitärer Werte bekannt sind, aber mit großer Energie regionale Konflikte schüren.

Zuletzt lehrte uns Afghanistan, dass man kein Pazifist sein muss, um internationalen Militärinterventionen skeptisch gegenüberzustehen: Allein der US-Militäreinsatz am Hindukusch hat so viel gekostet, wie Afghanistan in 50 Jahren erwirtschaftet. Da hätte man sich in Ruhe hinsetzen, Frieden auspalavern und blühende Landschaften aufbauen können. Stattdessen hungert nach 20 Jahren fast die Hälfte der Bevölkerung, 80 Prozent der Frauen können weder lesen noch schreiben, und nach dem Abzug des US-Militärs kommen die Taliban gestärkt und besser bewaffnet wieder an die Macht.

Das augenscheinliche Scheitern internationaler Militärinterventionen und die Tatsache, dass wir schon vor Corona am Anfang eines neuen Wettrüstens und möglicherweise am Beginn eines neuen Kalten Krieges zwischen den USA und China standen, müssen nicht nur schlechte Nachrichten sein: Es gibt keinen wirtschaftlichen Bereich, der so stark von Steuern finanziert und von der Politik reguliert ist, wie die Rüstungsindustrie. Außenpolitik ist immer auch Sicherheitspolitik. Das Primat der Politik, welches vom Virus wach geküsst wurde, indem es ein neues Bedrohungsszenario schuf, muss nun in eine alternative Sicherheitspolitik münden. Eine Politik, die Sicherheit um die Adjektive »sozial« und »ökologisch« ergänzt. Eine Außenpolitik als Weltinnenpolitik, die statt auf Waffen stärker auf Seuchenprävention, globale Daseinsvorsorge und Klimaziele ausgerichtet ist. Das aktuelle Aufrüsten zeigt uns, in welchem Umfang Ressourcen für solche Ziele problemlos zu mobilisieren sind. Europa und die NATO könnten beispielhaft vorangehen.

Bisher akzeptierte oder tolerierte die Bevölkerung in den meisten Ländern der Welt die Rüstungspolitiken ihrer Regierungen. Damit wurde eine vermeintliche oder reale Sicherheit der Nationen und somit der eigenen Familie gewährleistet. Corona hat das geändert. Jetzt geht es – auch bei der physischen Unversehrtheit der/s Einzelnen – nicht mehr um Schutz und Abwehr durch Waffen. Es geht um soziale Sicherheit. Ja, es soll weiter auf-

gerüstet werden! Ziel soll aber nicht das Militär sein, sondern die Gesundheitssysteme, die Pflegeeinrichtungen, die Daseinsvorsorge insgesamt.

Die von einigen deutschen Politiker*innen vertretenden Positionen, eine weitere Militarisierung der Außenpolitik durch noch schlagkräftigere Armee-Einheiten zu begründen, zeugt darum von wenig Lernfähigkeit und geht in die völlig falsche Richtung.

Übrigens: Den Klimawandel kann man auch nicht wegbomben.

Erforderlich ist heute vielmehr, für eine auf militärische Abrüstung bedachte neue internationale Sicherheitsarchitektur einzutreten. Warum den Aufruf des UN-Generalsekretärs Antonio Guterres zu einem sofortigen weltweiten Waffenstillstand weiter verhallen lassen? Um danach dem Virus mutig und entschlossen auf Augenhöhe zu begegnen: Eine umgehende Umwidmung der Hälfte der weltweiten jährlichen Rüstungsausgaben für die globale Gesundheitsversorgung und Pandemiebekämpfung könnte das ermöglichen. Wer das Militärische liebt, darf dabei gerne von der Mutter aller Schlachten reden und für den Sieg gegen Covid-19 kämpfen. Hollywood wäre begeistert!

In der internationalen Politik liegt es ebenfalls an uns, den nächsten richtigen Schritt zu tun: Sofortige, niedrigschwellige Lizenzen und die zügige Aufhebung der Patentrechte für Impfstoffe würden nicht nur die Pandemie beenden, sondern gleichzeitig die Überlegenheit internationaler Zusammenarbeit bezeugen. Ein Schuldenerlass und ein globaler Marshallplan für die ärmsten und am stärksten von der Pandemie betroffenen Länder, wie ihn bereits mehrere internationale Organisationen fordern, sollte schnell folgen. Allein um mit der Coronakrise fertigzuwerden, haben nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) die Länder des globalen Südens einen zusätzlichen Finanzierungsbedarf von 2,5 Billionen US-Dollar. Es braucht ein gemeinsames Finanzierungsprojekt und internationales Vorgehen. Dazu gehören neben einer Regulierung der internationalen Finanzmärkte ein globales Staateninsolvenzverfahren für besonders gefährdete Entwicklungsländer, Steuern für multinationale Unternehmen, die Unterstützung beim Aufbau effizienter Steuersysteme, die Bekämpfung illegitimer Finanzflüsse und die Trockenlegung von Steueroasen sowie die Bereitstellung von Geldern für die Klimaanpassung.

Die einzigen Grenzen, über die wir zu verhandeln haben, sind die Blockaden, die mehr internationale Abstimmung, Integration und Hilfe verhindern.

Leitplanken für eine kluge Außenpolitik:

- Sofortige, niedrigschwellige Lizenzvergabe und zügige Aufhebung der Patentrechte für Corona-Impfstoffe
- Einrichtung eines globalen Patentpools bei der Weltgesundheitsorganisation WHO
- Aufbau eines globalen Früherkennungssystems der Seuchenprävention
- Verbesserung von Daten- und Preistransparenz für medizinische Forschung, Entwicklung und Verkauf; sozialverträgliche Lizenzierung von öffentlich geförderter Produktentwicklung
- Förderung einer neuen, auf Kooperation ausgerichteten internationalen Sicherheitsarchitektur, Aufbau einer europäischen Armee; Abrüstung durch die NATO
- Außenpolitik als Weltinnenpolitik mit Fokus auf Seuchenprävention, globale Daseinsvorsorge und Klimaziele
- Einleitung eines globalen Marshallplans und Schuldenerlasses für die stark von der Pandemie betroffenen Länder, Einführung eines internationalen Staateninsolvenzverfahrens

Mythos #9

Wir haben keine Zeit mehr für den Wandel

Seit der industriellen Revolution – dem Kapitalismus, der Moderne – ist unser Planeten nicht mehr zur Ruhe kommen. Die weltweite Produktion von Waren und Dienstleistungen, die Mobilität von Gütern, Tieren und Menschen, die Anzahl der Fahrzeuge sowie der Ausstoß an Gift- und Schadstoffen wurde ununterbrochen vermehrt, oft vertausendfacht. Die bewegte Masse an Menschen, Natur und Rohstoffen und die Geschwindigkeit dieser Bewegungen sind unaufhaltsam gewachsen. Scheinbar hat die Menschheit die Welt und damit sich selbst in einen Kreisel verwandelt, der sich immer schneller drehen muss, damit er nicht ins Schlingern kommt und das Gleichgewicht verliert. Dieses ganze System ist kompromiss- und alternativlos auf Wachstum ausgelegt. Internationale Klimakonferenzen oder politische Proteste wie Fridays for Future hatten wenig Einfluss. So hat vor Corona kaum jemand damit gerechnet, dass unser Weltkreisel abrupt gestoppt beziehungsweise für längere Zeit radikal verlangsamt werden könnte.

Die pandemiebedingte Entdeckung der Langsamkeit beruht nicht auf einer Wiederaneignung oder Neugestaltung. Sie ähnelt eher einem Unfall mit langem Bremsweg. Aber wenn der Wagen steht, denkt man nicht gleich wieder ans Weiter, an Beschleunigung. Man holt Luft, man muss das Geschehene verarbeiten und will es verstehen – und fragt sich, was man hätte anders, was besser machen können. Die Monate der verordneten Langsamkeit, die uns die Coronakrise abverlangt, brachten und bringen viele zweifelsohne an die Grenzen der Belastbarkeit. Die Zeit konnte aber für manche auch als eine Art Besinnungsphase genutzt werden. So eröffnen sich Räume, um über unsere Welt nach Corona zu sinnieren.

Vielleicht können wir zumindest dort, wo nicht ums tägliche Überleben gekämpft wird, der erzwungenen Entschleunigung und dem an Einfluss verlierenden Taktstock der Arbeit etwas Neues abgewinnen: mehr Zuwendung zu Familie und Gemeinschaft sowie ein Nachdenken über unsere Gesellschaft und die Zukunft nach Corona.

Die Debatten haben bereits begonnen. Manch/e Mut- oder Fantasielose*r hält die Rückkehr eines Raubtierkapitalismus mit sozialem Kahlschlag für unausweichlich. Andere wetten – wieder einmal – auf den baldigen Zusammenbruch des Kapitalismus. Letztere haben dessen innere Verfasstheit bis heute nicht begriffen und glauben noch immer, dass sie mit Vernunft, mit Moralpredigten oder zur Schau gestellter Betroffenheit eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse erwirken können.

Natürlich gibt es an den sozialen Verwerfungen, die seit Beginn vom Kapitalismus produziert werden, sowie an der Brutalität der Kolonialisierung, die das Entstehen der Neuzeit begleitete, nichts zu verklären oder zu beschönigen. Dennoch wurde mit der Moderne im Westen gleichzeitig eine Dynamisierung wirkungsmächtig, die über ökonomisches Wachstum, technologische Innovation und soziale Mobilitätssteigerungen vielfältige Fortschrittshoffnungen nährte und nährt. Diese neue Epoche wurde stetig als spürbare Erhöhung individueller Autonomie wahrgenommen. Weder König noch Kirche oder die Natur konnten fortan die eigene Lebensführung vorschreiben. Die Menschen machten sich »die Erde untertan« und wurden von der Natur (scheinbar) unabhängig. Missernten, Dürren oder Krankheiten waren nicht mehr lebensbedrohend. Langsam, aber kontinuierlich wuchs das Angebot an Gütern und Lebensoptionen. Jetzt, da wir vom Virus und vom Staat schwer eingeschränkt werden, können wir ein vages Gespür dafür entwickeln, welches Befreiungspotenzial sich hier seinerzeit entfesselte.

Der sich durchsetzende Markt emanzipierte die Menschen von der sozialen Abhängigkeit der Ständegesellschaft. Für den eigenen Wohlstand schien vor allem die individuelle Leistung zu zählen. Die Abhängigkeiten von übergeordneten Kräften und Traditionen wurden anonymer. Zwar hatte diese Entwicklung ihren Preis: Das gute Leben fokussierte sich immer mehr auf die marktvermittelte Befriedigung materieller Grundbedürfnisse

und schwächte gleichzeitig die genuine Soziabilität des Menschen. Wir wurden zur »Marktgesellschaft«. Zunehmende Freiheiten kompensierten diesen Verlust »menschlicher Wärme« vielfältig, gab es doch irgendwann, bildlich gesprochen, das Versprechen auf Zentralheizung für (fast) alle. Das gute Leben scheint seither vom Einzelnen selbst abzuhängen; und solange es zum besseren Leben führte oder dieses zumindest glaubhaft versichert werden konnte, wurde und wird es wohlwollend angenommen.

Dieses Heilsversprechen auf ein selbstbestimmtes Leben scheint universell: Zahlreiche Studien zeigen, dass die Weltbevölkerung sehr ähnliche Vorstellungen vom guten Leben hat. Die Wunschlisten für die Zukunft sind überall fast gleich: Neben Gesundheit für uns und unsere Lieben, guter Ausbildung und fairen Lebenschancen für unsere Nachkommen zählen materielle Stabilität, gute Arbeit und soziale Absicherung sowie sozialer Zusammenhalt dazu, eine gesunde Umwelt und ein gewaltfreies Umfeld. Bei dem Versuch, diese Ziele zu erreichen, zerfällt die Weltgemeinschaft allerdings stark. Während große Teile der Menschheit um das tägliche Überleben, würdevolle Arbeit oder ein halbwegs gesichertes Auskommen kämpfen, genießen die Mittel- und Oberschichten in der ganzen Welt und auch bei uns hohe materielle Standards. Doch auch sie beklagen eine generelle Abnahme bisheriger Autonomieversprechen und die Zunahme von aufreibenden Sachzwängen. Der Grund: Die Dynamisierung der westlichen Gesellschaft generierte nicht nur wirtschaftlichen Wohlstand, sondern führte auch zu starker sozialer Beschleunigung. Für viele scheint es kein Rasten mehr zu geben, und obwohl Rationalisierung und Produktivität immer mehr Zeit »freisetzen«, muss das Individuum immer schneller sein, um noch am Wohlstand teilhaben zu können. Viele Menschen sind zwar ökonomisch abgesichert, gut situiert oder sogar wohlhabend. Sie haben aber nicht den Eindruck, dass sie auch ein besonders hohes Wohlbefinden genießen. Und jetzt sabotieren auch noch Corona und die drohende Klimakatastrophe, deren Bewältigung eben nicht mehr nur von der/m Einzelnen abhängt, die Hoffnung auf ein gesundes und zukunftsfestes Umfeld.

Das Versprechen auf ein selbstbestimmtes Leben ist also nicht nur eine mächtige Kraftquelle und Magie, die uns antreibt. Uns wird immer

bewusster, dass es auf Kosten der Gemeinschaft und der Natur geht. Selbstbestimmtes Leben wird für jede morgige Gesellschaft ein besonders erstrebenswertes Ziel sein. Es muss aber mit der Gemeinschaft und Natur in Einklang gebracht werden. Anstatt also weiter den Markt zu feiern beziehungsweise den Kapitalismus oder das ungerechte Weltsystem zu geißeln, sollten wir überlegen, ob wir heute an einem Punkt angekommen sind, an dem wir nicht nur viel erreicht haben, sondern der es uns jetzt erlaubt, mutig den nächsten Schritt zu gehen und eine andere Zukunft aufzubauen, die klüger und gerechter gestaltet ist – und darum uns und allen guttut.

Dafür müssten wir uns erstmals intensiv mit der Frage auseinandersetzen, was wir eigentlich unter Wohlbefinden und Wohlstand verstehen. Unsere heutige Idee von Wohlstand durch Wirtschaftswachstum haben wir seit Generationen mit der Muttermilch aufgesogen, in der Schule gelernt und an unsere Kinder weitergereicht. Sie ist aber weder gottgegeben noch ein Naturgesetz. Sie entstand erst mit dem Siegeszug des Marktes. In der Antike zum Beispiel wurde noch der aristotelische Ansatz der *Eudaimonie*, des guten Lebens als *gelingendes Handeln* debattiert und eingeübt. Danach erlangt der/die Einzelne das gute Leben nach der Befriedigung seiner/ihrer materiellen Grundbedürfnisse und dem Erhalt seiner/ihrer Gesundheit durch frei verfügbare *Zeit*: Zeit für Muße und (Selbst-)Betrachtung, für zwischenmenschliche Beziehungen und Liebe sowie für die Teilhabe am öffentlichen Leben. Statt immer mehr haben zu wollen, ging es um das *gute Leben an sich*.

Ideengeschichtlich wurden diese antiken Vorstellungen mit der Aufklärung zurückgedrängt. Besonders einflussreich war hier der englische Philosoph Jeremy Bentham. Während Aristoteles noch glaubte, dass nur wer gut und in Gemeinschaft lebt, auch glücklich sein kann, meinte Bentham, dass der/die Einzelne erst glücklich sein muss, um gut zu leben. Bentham popularisierte eine fast mechanische Idee vom individuellen Glück, welches nicht nach seiner Qualität, sondern nur nach seiner Menge bemessen wird. Man lebt nicht glücklich, man hortet das Glück – am besten über Waren.

Die ökonomische Glücksformel dazu ist vermeintlich ebenso einfach wie für viele bis heute gültig: Der Markt generiert über eine optimale

Ressourcenverteilung einen hohen ökonomischen und effizienten Ausstoß an Gütern und Dienstleistungen, die den materiellen Reichtum vermehren und dessen Genuss erlauben. Der/die Einzelne befriedigt wiederum seine/ihre persönlichen Bedürfnisse dank der Angebotsvielfalt im Konsum. Mehr Güterproduktion bedeutet mehr Optionen für den/die Einzelne*n: Je mehr produziert und konsumiert werde, umso besser gehe es einem. Wirtschaftswachstum erhöht die individuellen Freiheitsgrade, das subjektive Glücksgefühl und objektiv den Wohlstand für alle. Gleichzeitig wird das gute Leben privatisiert: Jeder ist seines Glückes eigener Schmied!

Zentraler Messindikator dieses Glücks ist Geld beziehungsweise die reale Kaufkraft. Folgerichtig werden zur empirischen Messung von Wohlstand Einkommen, Inlandsprodukt oder Konsumquoten herangezogen. Dieser Zugang hat nicht nur zur Freude der Statistiker*innen eine hohe Operationalisierbarkeit, sondern auch Alltagsplausibilität: Wir kennen besonders zu Coronazeiten das gute Gefühl beim Erhalt des monatlichen – am besten regelmäßig garantierten – Lohns. Aber auch das Unbehagen, wenn dieser ausbleibt. Viele haben dies seit Pandemiebeginn am eigenen Leib erlitten.

Ohne sich jemals darüber ausgetauscht zu haben, was eigentlich Wohlstand bedeutet, setzen wir ihn heute jederzeit und fast an jedem Ort der Welt mit Wirtschaftswachstum gleich. So klassifizieren wir neben persönlichem Glück auch gleich das Entwicklungsniveau von anderen Staaten: Den ersten Blick auf ein Länderprofil richten wir fast immer auf das nationale Bruttoinlandsprodukt (BIP). Zahlreiche Studien, die belegen, dass Entwicklung auch jenseits von wirtschaftlichem Wachstum entsteht und dass selbst das Wohlbefinden des/r Einzelnen ab einer bestimmten Einkommenshöhe nicht mehr proportional mitwächst – dass Lohnsteigerungen also meist nur bis zum Erreichen des ersten Gehaltsplateaus glücklich machen –, werden von der Mehrheitsmeinung und der Politik beflissen ignoriert.

Neunter Schritt:
Zeit als Schlüssel für die Zukunft

Kann man Wohlstand und Wohlbefinden anders definieren und messen? Sodass sie eine gültige Idee für alle bleiben, ohne dass wir im Namen der Nachhaltigkeit dem Darben das Wort reden beziehungsweise den Mittellosen dieser Welt die Perspektive auf materiellen Wohlstand verweigern – im Sinne eines zynischen »Arm aber glücklich«? Ein solch neues Leitbild für das gute Leben muss nicht nur gedacht und politisch flankiert werden, sondern sich auch zu kulturell abgesicherten Werten und der jeweiligen sozialen Praxis positionieren, also auch im Alltag gefühlt und gewollt sein. Mit Lohn-, Genuss- oder Lustverzicht wird das kaum gehen. Darum wäre als Erstes zu klären, was uns bei allen Unterschieden und bei aller Vielfalt eint. Welche Referenz kann es geben, die für verschiedene Menschen, arm und reich, gebildet und ungebildet, für Gruppen, Länder, für die gesamte Welt im Alltag wie im Zukunftsstreben genauso universell gültig ist wie heute Geld?

Corona erteilt uns hier eine weitere Lektion. Die Pandemie zeigt uns täglich, wo unser aller Wohlbefinden herkommt und wann es uns fehlt. Bei einer ehrlichen und nüchternen Bestandsaufnahme kommen die meisten von uns vermutlich zu folgendem Ergebnis: Zentral sind und bleiben wirtschaftliche Absicherung und Gesundheit. Wo Ressourcen für eine menschenwürdige Grundbedürfnisbefriedigung (adäquates Einkommen für Wohnung, Essen, Internet, Mobilität etc.), für die Krankenversorgung und Bildung sowie die Kinder- und Altenbetreuung fehlen, gibt es Misere, Verzweiflung, Verwahrlosung und Gewalt, aber wenig Wohlbefinden. Danach sind es alle Bereiche des Zusammenlebens, der Gemeinschaft, die uns in der Pandemie abgehen: Zu nennen ist als Erstes einmal die Arbeitswelt. Corona macht uns klar, dass Arbeit eben nicht nur Geldverdienen bedeutet, sondern auch Momente der Verwirklichung und Anerkennung beinhaltet. Als Nächstes ist der Verlust von Bildung und Kultur zu nennen, der unsere Leben auf vielfache Weise ärmer macht. Drittens sind es die drastischen Einschränkungen von sozialen Kontakten, die unerträglich sind und Familien, Freundschaften, Menschen – auch uns – verändern.

Als Viertes und last, but not least ist das Aussetzen der öffentlichen Teilhabe zu nennen, des Engagements in Vereinen und Politik, das auf uns lastet und weiter durch den Umstand erschwert wird, dass wir den Eindruck haben, zu wenig über die Pandemiebekämpfung mitbestimmen zu können. Genau diese vier Bereiche sind es die, die bereits Ende der 1980er-Jahre von der Philosophin Martha Nussbaum und dem Soziologen Pierpaulo Donati beziehungsweise von den beiden Ökonom*innen Benedetto Gui und Carole Uhlaner als die zentralen Felder identifiziert wurden, die für unser gutes Leben und unseren Wohlstand unabdinglich sind.

Die Wissenschaftler*innen nannten diese vier Felder »relationale Güter«. Zum einen, da sie für soziale Wesen, also für uns Menschen, überlebensnotwendig sind und somit jeweils ein eigenständiges Gut darstellen. Und zum anderen können sie nur zusammen genossen werden – wie uns Covid-19 heute jeden Tag klarmacht. Sie beruhen im Gegensatz zum Markt und zur anonymen Solidarität des Sozialstaates auf gegenseitigem Respekt und sozialer Verantwortung. Anerkennung und intrinsische Motivation, Identität, Kommunikation, Gefühle und Empathie sind wichtige Komponenten. Primär geht es also um genuine interpersonale Beziehungen wie Freundschaft und Partnerschaft, Erotik, Familie, ziviles Engagement beziehungsweise öffentliche und politische Teilhabe. Diese Güter können nur im sozialen Austausch, im Miteinander, entstehen. Anerkennung auf der Arbeit geben mir meine Kolleg*innen, Liebe erfahre ich durch meine Liebsten. Deshalb werden diese Güter als »relational« bezeichnet.

Mit Geld sind diese Güter nicht zu kaufen. Doch wie werden sie für uns fassbar, sodass wir sie nicht nur fühlen, sondern nachmessen und bewerten können, wenn sie uns fehlen? Hier kam bereits öfter der Vorschlag, *Zeit* als zentrale Einheit zum Messen von Wohlstand einzuführen. Auf den ersten Blick gar nicht dumm: Zeit benötigen wir nicht nur zum Arbeiten, sondern auch zum Schlafen, für unsere Freundschaften, für Muße etc. Manche von uns wissen das sehr genau und klagten vor Corona häufig, dass ihnen oft mehr Zeit als Geld fehlte. Oder eben die Zeit, genügend Geld zu erlangen. Zeitknappheit war vor Corona in aller Munde, und die Verfügbarkeit von Zeit wurde zunehmend als Lebensqualität wahrgenommen.

Man kann also argumentieren, dass es die Zeitquanten sind, die nach einer Absicherung der natürlichen und materiellen Grundbedürfnisse darüber entscheiden, ob wir die vier genannten relationalen Güter erlangen und genießen können, ob sich also unser Wohlbefinden erhöht oder verringert. Nicht mehr Benjamin Franklins Lebensmotto »Zeit ist Geld« gilt, dem zufolge man freie Zeit als abhängige Variable entweder durch Mehrarbeit, Produktivitätssteigerungen oder materiellen Verzicht »kaufen« kann. In Franklins Anschauung, die für die Mehrheit der Ökonom*innen bis heute Gültigkeit hat, existiert Zeit nicht als eigenständiger Wert. Sie kann nur sinnvoll genutzt oder »vergeudet« werden, steht also immer in Knechtschaft zur materiellen Sphäre. Gestehe ich aber den relationalen Gütern zu, dass sie einen originären Anteil an meiner Lebensqualität haben, wird Zeit (neben Geld) zur *gleichberechtigten* »Zweitwährung« von Wohlstand.

Die Frage, wie wir leben wollen, wird zur Frage, wie wir unsere Zeit verbringen wollen.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Zeit garantiert per se kein Wohlbefinden. In unserer Arbeitsgesellschaft sind viele Erwerbslose reich an Zeit, haben aber keine Chance auf soziale Anerkennung und Teilhabe und leiden unter diesem Reichtum. Und manche von uns sind seit der Pandemie vielleicht Zeitmillionär*innen, können diese Zeit aufgrund von Isolation, Ausgrenzung und anderen Einschränkungen aber nicht nutzen, um andere zu treffen, um sich auszutauschen, um Kultur, Sport und ein gutes Essen zu genießen, also um relationalen Gütern zu frönen. Ebenso wenig geht es um eine Entkoppelung des Wohlbefindens von der materiellen Lage. Ein adäquater materieller (Einkommens-)Sockel wird immer die Voraussetzung für Wohlstand sein. Wo dieser nicht existiert, schmälern die oft prekären Möglichkeiten der Existenzsicherung drastisch das Wohlbefinden. Denn wo kein Geld ist, ist meist auch keine Zeit.

Mehr Zeit in unser Leben zu bringen hört sich vielleicht überzeugend an, aber doch ein wenig abstrakt – oder gar esoterisch. Im Persönlichen und Privaten kann ich mein Zeitmanagement durchaus gestalten. Da gibt es Yoga, Meditation, neue Formen der Arbeitsorganisation oder Lebensführung. Mit guten Ratgebern zu solchen Themen lassen sich Biblio-

theken füllen. Aber Zeit als Währung? Wenn Zeit wie Geld wirken soll, müsste ich sie schließlich auch messen und vergleichen können. So wie ich die Einkommen von Menschen nicht nur in einem Land, sondern auch zwischen Ländern vergleichen kann.

Eine originelle Antwort auf diese Frage kommt aus Ecuador. Dort hat man die Idee von der Zeit als Wohlstandsfaktor aufgegriffen und weitergeführt. Von versierten Expert*innen wurde eine neue Methode und Formel entwickelt, den Zeitverbrauch eines Menschen aufzuteilen und zu messen. Ein detailliertes statistisches Vorgehen erlaubt es, Zeit als zentrale Maßeinheit von Wohlstand einzusetzen. Ziel der Übung ist die Erstellung eines Logarithmus, mit dem sich der Zeitaufwand mathematisch nachzeichnen und berechnen lässt. Genau den Zeitaufwand, den Menschen neben ihrer materiellen und biologischen Existenzabsicherung für den Genuss der vier genannten relationalen Güter aufbringen: (1) soziale Beziehungen, (2) Bildung und Muße, (3) öffentliche Teilhabe und (4) selbstbestimmte Arbeit. Mit diesem sogenannten *Index des guten Lebens* gelingt es zu bestimmen, wer eine gute Lebensqualität hat beziehungsweise wo Zeit fehlt, um diese zu erlangen oder zu erhöhen. Zeitwohlstand wird messbar!

Der Index des guten Lebens kommt zur rechten Zeit. Leben wir heute doch in »metrischen Gesellschaften«, wie der Soziologe Steffen Mau die fortgesetzte Vermessung unseres »Wir« bezeichnet. Danach werden scheinbar objektive Indikatoren immer stärker zu Orientierungspunkten für individuelles und kollektives Handeln. Haben wir schon früher unsere Lebensgewohnheiten an Werten wie Cholesterinspiegel, Blutdruck oder Kalorien ausgerichtet, so führt uns die Pandemie den Wirkungsgrad von statistischen Kennziffern noch eindringlicher vor Augen. Jeden Morgen blicken wir auf die neuen Inzidenzzahlen: Flacht die Kurve endlich ab? Gilt bei mir morgen noch/wieder die Ausgangssperre? Dürfen die Kinder in die Schule? Soll ich noch einen Tag auf den nächsten Einkauf warten? Ab wann kann ich meinen Urlaub planen? Statistiken geben sowohl der Politik als auch der/m Einzelnen Orientierung und sind somit bestens geeignet, über zentrale Referenzen die Leitlinien unseres Lebens zu beeinflussen. Warum nutzen wir sie nicht intensiver, um uns auf das Leben von morgen vorzubereiten?

Stellen wir uns die Menschen mit Messgeräten am Arm vor: Ihre Hightechuhren sagen ihnen nicht mehr abends, dass sie noch tausend Schritte zu gehen haben, sondern dass dringend ein Besuch bei Oma, Buchvorlesen für die Kindern oder das nächste kulturelle Event ansteht, um das eigene Leben zu optimieren. Hört sich an wie Zukunftsmusik? Mitnichten! Der Index des guten Lebens ist nicht nur innovativ, sondern wurde bereits getestet und zeichnet sich durch hohe Praxistauglichkeit aus. Unter Verwendung vorhandener Landesdaten sowie eigener Haushaltsbefragungen wurde diese neue Wohlfahrtsmessung in Ecuador geprüft und mit den gängigen Wohlfahrtsmessmethoden abgeglichen.

Bei diesen Erhebungen bestätigte sich nicht nur die Umsetzbarkeit der Messmethode. Die Studie führte auch zu anderen interessanten Ergebnissen: Vergleicht man die Wohlstandsmessungen, die entweder mit dem Indikator Geld oder dem Indikator Zeit arbeiten, werden signifikante Unterschiede beim Wohlstandsverständnis sichtbar. Einkommen verliert seine determinierende Wirkung auf das persönliche Wohlbefinden: Bei den zeitreichsten zehn Prozent der Bevölkerung Ecuadors liegt das durchschnittliche Einkommen dreimal niedriger als bei den einkommensreichsten zehn Prozent. Spitzeneinkommen korrelieren oft mit ausgeweiteten Arbeitszeiten, die die Generierung relationaler Güter stark einschränken. Jede Führungskraft – genauso wie deren Familien – kann davon ein Lied singen. Die Studie in Ecuador kommt zu dem für einkommensstarke Schichten ernüchternden Ergebnis, dass von den einkommensreichsten 20 Prozent Ecuadors gerade einmal ein Sechstel zu denen gehört, die den höchsten Stand an Zeitwohlstand erreicht haben. Geld allein macht nicht glücklich. Und beruhigt auch nicht immer das Gewissen.

Die Studie Ecuadors zum Zeitwohlstand hat noch andere Erkenntnisse ans Licht gefördert: Im Durchschnitt verfügt die gesamte Bevölkerung in dem Andenland gerade einmal über elf Jahre Zeitwohlstand; das sind rund 14 Prozent ihrer Lebenszeit. Es lassen sich signifikante Ungleichheiten beobachten: Die zeitreichsten zehn Prozent verfügen wöchentlich über 16-mal mehr Zeit für gutes Leben als die zehn zeitärmsten Prozent. Am größten ist diese Diskrepanz bei der Teilnahme am öffentlichen Leben und an der Politik: Das oberste Zehntel partizipiert hier über 35-mal

mehr als das unterste. Wir sehen: Demokratie braucht nicht nur Freiheit und Gleichheit, sondern auch Zeit – und materielle Absicherung. Nicht Gleichheit durch Freiheit, sondern Freiheit durch Gleichheit ist das Diktum, das Demokratie und Wohlstand garantiert.

Als besonders hemmend für eine Ausweitung des Zeitwohlstands wurden zwei Faktoren identifiziert: erstens *prekäre Arbeitsbedingungen*. So muss ein großer Teil der erwerbstätigen Bevölkerung Ecuadors niedrigqualifizierte und zeitintensive Arbeiten ausüben, die die Existenzsicherung mehr schlecht als recht gewährleisten und kaum Raum zur Generierung relationaler Güter geben. Dieser Befund trifft auch auf Deutschland zu: Mehreren Studien zufolge nimmt die empfundene Lebenszufriedenheit von Menschen in atypischen, also prekären Arbeitsverhältnissen signifikant ab. Diese Arbeitsformen haben sich in den letzten 25 Jahren bei uns mehr als verdoppelt; heute arbeitet rund ein Drittel der Erwerbstätigen unter solchen Bedingungen. Die Lebensqualität ist für diesen Anteil der deutschen Bevölkerung niedrig beziehungsweise hat sich spürbar verschlechtert. Vermutlich findet sich hier eine der Begründungen für das Erstarken rechtspopulistischer Bewegungen und Politiken.

Zweitens und eng damit verflochten sind verschiedene – zum Beispiel geografisch, geschlechtlich oder ethnisch begründete – Exklusions- und Diskriminierungsformen zu nennen, die vorhandene *soziale Ungleichheiten* vertiefen und so gegenseitige Anerkennung und die Generierung relationaler Güter behindern. Auch hier müssen wir leider feststellen, dass die Gräben zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Deutschland seit Corona deutlich tiefer geworden sind.

Die lateinamerikanische Piloterhebung dokumentiert deutlich, wie sich mit dem Messen von Zeitwohlstand unsere Bewertungen von Wohlstand und Wohlbefinden und somit auch unsere Handlungs- und Verhaltensoptionen verändern können. Doch die empirische Nachzeichnung und Darstellung der Verteilung von gesellschaftlichen Zeitressourcen kann noch mehr: Sie plausibilisiert nicht nur notwendige Maßnahmen für mehr Zeitwohlstand, sondern hilft zusätzlich, ein neues Politikfeld zu erschließen, welches uns zu mehr Zeit und somit zu mehr nachhaltigem Wohlstand verhelfen kann: Die Rede ist von *Zeitpolitik*.

Wem die Stunde schlägt – hohe Zeit für Zeitpolitik

Auch wenn es uns heute ganz anders vorkommt: Genauso wenig wie die Wirtschaft oder das Geld ist Zeit eine gottgegebene Ressource oder entspricht einem Naturgesetz. Sie ist menschengemacht. Zeit ist keine physikalische oder naturalisierte Größe, wie es uns Naturwissenschaften oder Teile der Philosophie bis heute glauben machen. Vielmehr handelt es sich um eine über vier Jahrtausende der Menschheitsgeschichte geschaffene soziale Institution.

Historisch begann die Entwicklung unseres heutigen Zeitregimes mit der Staatswerdung der Gesellschaften. Die Einführung von neuen Zeitmessmethoden und -geräten erlaubte zunehmend Orientierung, Koordinierung und Optimierung sozialen, wirtschaftlichen und politischen Handelns. Gleichzeitig dynamisierte, rationalisierte und disziplinierte die Zeitmessung die neu auftauchenden Organisationsformen menschlichen Zusammenlebens. Eine genauere Messung der Arbeitszeit beförderte sowohl die Verallgemeinerung der Lohnarbeit wie auch die säuberliche Trennung der Arbeitszeit von der Lebenswelt, die Arbeit vom Privaten. Zweifelsohne war die neue Zeitmessung ein wichtiger Geburtshelfer des modernen Kapitalismus.

Heute wirkt Zeit so perfide, dass sie uns als etwas Äußeres entgegentritt. Ehemals als Instrument für eine bessere Abstimmung des Zusammenlebens erdacht, scheint Zeit – zum Beispiel über scheinbare Knappheit oder Beschleunigung – heute für viele zum autonomen Taktstock persönlicher und gesellschaftlicher Entwicklung geworden zu sein. Die Kategorie Zeit wurde nach Norbert Elias über »die Verwandlung des Fremdzwangs der sozialen Zeitinstitution in ein das ganze Leben umgreifendes Selbstzwangmuster« transformiert. Auch die vor der Pandemie von vielen beklagte Beschleunigung, das Gefühl, nur noch durchs Leben zu hetzen, erscheint wie alle Zeitnormen als objektiv und wird weitgehend nicht als sozial konstruiert, also als menschengemacht, erlebt.

Erinnern wir uns an unseren letzten Auslandsurlaub: Zeit hat in verschiedenen Ländern und Gesellschaften sehr unterschiedliche Eigenschaften, manchmal bezaubernd, manchmal nervend. An verschiedenen Orten

»ticken die Uhren anders« – physikalisch eigentlich unmöglich. Auch die neue Entdeckung der Langsamkeit, wie wir sie dank Corona gerade erleben, macht den sozialen Charakter von Zeit wieder sichtbar. Zeit ist eine dynamische Kategorie, die nicht nur von Menschen gemacht wurde, sondern weiter gestaltbar bleibt. Und mit der Erkenntnis, dass die Verfügung über Zeit einen empirisch nachweisbaren Einfluss auf persönliches und gesellschaftliches Wohlbefinden hat, scheint die gestalt- und messbare Zeit ein idealer Faktor zu sein, um Wohlstand beziehungsweise Lebensqualität jenseits des Materiellen neu zu bestimmen.

Aus dem Konzept und dem Messen von Zeitwohlstand lässt sich also ein konkretes Programm für die Politik ableiten: aktive *Zeitpolitik*. Also eine Politik, die versucht, bewusst, öffentlich und partizipativ auf die nahräumlichen zeitlichen Strukturen der alltäglichen politischen, ökonomischen sowie lebensweltlichen Bedingungen der Menschen Einfluss zu nehmen. Mit der Einbeziehung von Umweltfaktoren in die Wohlfahrtsmessung würde dieses Konzept als nächsten Schritt die Formulierung sozialökologischer Richtlinien erlauben, die uns helfen, Politiken gegen den Klimawandel mehrheitsfähig zu machen und anzustoßen.

Für eine erfolgreiche Zeitpolitik muss allerdings das Verständnis der Zeit als soziale Konstruktion ernst genommen werden: Sie darf sich nicht nur auf strukturelle Flankierungen, institutionelle Ziele oder Diskurse stützen. Sie muss unsere lebensweltliche Praxis im Blick haben und dafür Sorge tragen, dass Instrumente und Maßnahmen für ein neues Zeitregime kulturell und als Alltagspraxis Resonanz erfahren. Zeitpolitik muss von uns als Einzelnen persönlich gewollt, angenommen und im Handeln umgesetzt werden. Zeitpolitik hat darum gleichzeitig auf zwei ineinandergreifenden Ebenen stattzufinden: erstens über institutionelle Setzungen, zum Beispiel staatliche Programme, sowie zweitens durch die gesellschaftliche Öffnung neuer Räume der lebensweltlichen Ermöglichung, die zeitliche Selbstbestimmung sowie die Beziehung zwischen Menschen und Natur im Blick haben.

Auf der Ebene des Staates gibt es zahlreiche Handlungsoptionen, ohne dass gleich ein Zeit- beziehungsweise wie in Bhutan ein Glücksministerium eingerichtet werden muss. Zeit ist nicht isolierbar, sondern über-

lappt viele Bereiche des Politischen und Privaten. Sie muss für Institutionen ressortübergreifend gedacht und eingesetzt werden und sich parallel auf gesellschaftlicher Ebene mit dem Alltag aller beziehungsweise den sozialen Praktiken verschränken. Gestaltungsmaßnahmen für eine neue Zeitpolitik können über Beteiligungsangebote potenziert werden. Bürgernahe und bedürfnisorientierte Planung hilft, neue Initiativen für eine stärkere Institutionalisierung vorzubereiten. Eine so gestaltete Zeitpolitik kann die kulturellen Werte schaffen, die in eine sozial und ökologisch verträgliche Lebensqualität und in einen Alltag des guten Lebens für alle münden. Zwei Richtungen sind dafür zielführend: Sie muss zum einen dafür sorgen, dass *quantitativ* genügend Zeit gewährt werden kann, damit zum anderen *qualitativ* hochwertig relationale Güter generiert und genossen werden können.

Dank der obigen Präzisierung der relationalen Güter lassen sich die Ansatzpunkte für eine Zeitpolitik klar umreißen: Zeitwohlstand kann einmal durch (1) die Stärkung sozialer Beziehungen erreicht werden. Zusätzlich geht es um (2) Muße und Bildung, (3) die Teilhabe an Politik und am öffentlichen Leben sowie (4) die Herstellung sinnstiftender Arbeitsbedingungen und die Verringerung von sozialen Ungleichheiten. Im Folgenden soll anhand dieser vier relationalen Güter noch einmal überblicksartig vorgestellt werden, wie eine postpandemische Zeitpolitik mit einfachen Maßnahmen gesellschaftlich verankert und verbreitet werden könnte.

(1)
Freundschaft, Pflege und Betreuung

Natürlich befördern zwischenmenschliche Kontakte nicht prinzipiell Wohlsein. Es gibt keinen Zweifel, dass reproduktive Tätigkeiten, also Care-Arbeiten, wie zum Beispiel Kinder- oder Altenpflege, stark fordernd sind. Eine Auslagerung an professionelle Dienstleister kann da auch glücksfördernde Momente schaffen. Die Schwere der privaten Belastungen durch Pflege oder Betreuung sind meistens mit der Frage der eigenen materiellen Lage verbunden. Kinderbetreuung oder Altenpflege sind auch deshalb anstrengend, weil sie zeitaufwendig sind, wenig anerkannt werden und auf Kosten anderer Lebensbereiche wie der beruflichen Karriere gehen.

Hier hilft eine breite Daseinsvorsorge für alle, privaten Versorgungsstress abzubauen.

Über mehr Gemeinwohl kann eine *Verbesserung der Work-Life-Balance* oder der *Vereinbarkeit von Beruf und Familie* massiv gestärkt werden. Bisherige Vorschläge greifen viel zu kurz. Sie setzen die seit Corona abschmelzende Trennung von Erwerbsarbeit und reproduktiven Tätigkeiten voraus und zielen oft auf *Employability* ab, bei der die Selbstoptimierung der Erwerbstätigen oder der erfolgreiche Umgang mit Arbeitsintensivierung im Vordergrund steht. Work-Life-Balance thematisiert die lebensweltliche Seite, also den Alltag der/s Einzelnen oder von Familien primär für eine Steigerung ökonomischer Effizienz. Nicht hinterfragt wird oft, wie die nötige Care-Arbeit selbst organisiert ist und wer sie ausübt. Die meisten Positionen zu diesem Thema blenden außerdem aus, dass der Erfolg ihrer Rezepte darauf ausgerichtet ist, nationale Wettbewerbsvorteile zu schaffen. So sollen auch Unternehmer*innen überzeugt werden, sozialfreundliche Arbeitsflexibilisierungen zu unterstützen. Mehr Wettbewerbsfähigkeit bei uns durch optimierte Work-Life-Balance bedeutet aber nichts anderes als eine Verschlechterung der Work-Life-Balance bei anderen.

Zeitwohlstand setzt den Hebel woanders an: Weg und Ziel sind eine gesellschaftliche Aufwertung von Betreuung und Pflege. Denn Betreuungszeit ist genau die Zeit, die für ein relationales Gut aufgewendet wird, also Wohlbefinden fördern kann. Wenn sich übermorgen ein flotter Sportwagenfahrer und ein Vater mit drei Kindern auf der Straße treffen und der Erste nicht mehr bestaunt, sondern bedauert wird, weil er zu (zeit)arm ist, um drei Kinder zu betreuen, der Vater aber für seinen enormen Reichtum beglückwünscht wird, haben wir genau diesen Zustand erreicht.

Einige werden jetzt die Nase rümpfen, weil sie bereits auf ihren nächsten SUV sparen. Das sei ihnen gegönnt, und mit einer entsprechend klugen Besteuerung können sie trotzdem ihren Beitrag für die Umwelt, die Gesellschaft oder die erwähnten drei Kinder leisten. Natürlich wird es dauern, bis sich in der heute stark feminisierten Care-Arbeit und in privaten reproduktiven Tätigkeiten das männliche Geschlecht gleichberechtigt engagiert. Die Pandemie hat hier sogar regressiven Charakter und fördert tradierte Rollenbilder. Es geht um nichts weniger als um einen

kulturellen Wandel. Der muss reifen. Die Machos dieser Welt können sich zwischenzeitlich mit der Frage beschäftigen, warum eine 50-jährige Frau hierzulande heute durchschnittlich etwa fünf Jahre länger lebt als ein gleichaltriger Mann. Schafft die weibliche Lebenspraxis und -erfahrung doch mehr Wohlbefinden?

Zeitpolitik kann helfen, solche Lebenspraxis stärker zum Alltag für alle zu machen. Eine der größten Herausforderungen besteht darin, über öffentliche Flankierungen und staatliche Leitplanken Care-Tätigkeiten so aufzuwerten, dass die Elternrolle sowie Kranken- beziehungsweise Altenpflege mit der Erwerbstätigkeit und den Anforderungen der Geschlechtergerechtigkeit in Einklang gebracht werden. Institutionell sind zum Beispiel die Anpassung und Erweiterung der öffentlichen Infrastrukturen (bessere Kinderbetreuung und Altenpflege, aber auch Abstimmung von Arbeits-, Schul- und Kinderbetreuungszeiten etc.) sowie die sozialpolitische Flankierung von reproduktiven Tätigkeiten (wie eine stärkere ideelle und materielle Anerkennung eigener Pflegeleistungen, mehrmonatige, nicht karrierehemmende Eltern- oder Pflegezeiten beider Partner*innen usw.) bedeutsame Schritte nach vorne.

Die Frage, warum Menschen, denen man seine Kinder oder auch Alte anvertraut, viel weniger Geld erhalten als jene, denen man sein Geld anvertraut, wird uns seit Pandemiebeginn täglich neu gestellt. Aber wir haben bereits gesehen, Corona legt nicht nur einen Finger in die Wunde, sondern zeigt auch Lösungen auf. Reproduktive Tätigkeiten sind heute weltweit materiell und zeitlich entwertet. Sie müssen gesellschaftlich und politisch endlich vollwertig geachtet und anständig bezahlt werden. Die Anerkennung dieser Berufe als »systemrelevant« war ein erster, noch sehr zaghafter Schritt in diese Richtung. Das Klatschen für unsere Coronaheld*innen klingt heute schon hohl. Damit es nicht höhnisch wirkt, sollten wir endlich alle einen Beitrag leisten, um unsere Daseinsvorsorge in allen wichtigen Bereichen beruflich, materiell und ideell aufzuwerten, besonders in der Pflege, Betreuung und Bildung.

(2)
Muße und Bildung: Chillen lernen

Persönliche Entspannung durch selbstbestimmte Zeit wird sehr unterschiedlich ausgeübt. Hängt doch das subjektive Wohlbefinden weitgehend von der/m Einzelnen und ihrem/seinem Kontext ab. Muße kann jemand durch einen Actionfilm erfahren, während andere durch sportliche Tätigkeiten, Musik, Tanzen, Sport oder ein Buch entspannen. Verschiedene Formen von Muße oder freier Zeit sollten prinzipiell nicht als kulturell höher oder niedriger gewertet werden. Wichtig scheint aber der Hinweis, dass mit zwischenmenschlichem Kontakt verbrachte Zeit – etwa mit Freunden im Fußballstadion oder beim Konzertbesuch – besonders intensiv Wohlbefinden fördert. Unsere erzwungene Isolation durch Covid-19 machte uns das sehr schmerzhaft bewusst.

Viele Studien belegen, dass täglich vier Stunden Fernsehen oder Chatten in den sozialen Netzen deutlich weniger Zufriedenheit schaffen als eine kollektive Erfahrung auf der Arbeit oder die Freizeitgestaltung in der Gruppe. Die Hirnforschung hat herausgefunden, dass vor allem interpersonelle Ereignisse – also das reale Zusammensein mit Menschen – intensive Gedächtnisspuren hinterlassen. Bei alleine »konsumierten« Kontakten, wie zum Beispiel bei Facebook, ist das weniger der Fall. Darum generiert sich Wohlbefinden auch nicht unbedingt durch ein möglichst hohes Quantum an einkaufbarer Freizeit oder an Konsum. Ohne entsprechende zwischenmenschliche Kontexte kann freie Zeit sogar Unzufriedenheit und Langeweile schaffen. Also Zeit, die oft zur Freude der Konsumindustrie »totzuschlagen« ist.

Muße schafft Wohlbefinden. Zur Stärkung der persönlichen und kollektiven Zeitkompetenz sollte sie darum auch öffentlich eingeübt werden. Somit kommt der (Aus-)Bildung von der Vor- bis zur Hochschule eine zentrale Bedeutung zu. Denn Chillen muss gelernt sein.

Ausbildungseinrichtungen prägen neben Familie und Arbeit unseren Umgang mit Zeit besonders stark. Hier werden wir bereits als Kinder trainiert, früh aufzustehen, Pünktlichkeit ernst zu nehmen, Aufgaben in einer vorgegebenen Zeitspanne zu erledigten. Hier liegt eine besondere

Verantwortung bei der Bildungspolitik. Sie muss das stärker thematisieren. Bildung sollte eine weitergehende Integration von Praxis und Theorie (Fächern) erlauben, die auch gesellschaftliche Routine und Einsichten, soziales Lernen, Kommunizieren sowie einen anderen Umgang mit freier Zeit und der Umwelt ermöglicht. Also über einen generalisierenden Blick für Zusammenhänge eine »übersichtliche Darstellung« schaffen, wie sie sich der Philosoph Ludwig Wittgenstein einst vorstellte.

Konkret: Wie wäre es mit einem Studium generale mit verpflichtenden Modulen zu Ethik, Zeitwohlstand und Gemeinwohl – nicht nur für die Universitäten?

Doch in vielen Ländern und gerade auch in Deutschland sind es die Mittelschichten selbst, die, von überzogenen Abstiegsängsten geplagt, auf statussichernde, meist stark leistungsorientierte Qualifikationsmaßnahmen pochen und darüber Lockerungsübungen im Zeitregime beziehungsweise eine Ausweitung des Zeitwohlstands abblocken. Der Hinweis, dass der bisherige Status quo allein mit Blick auf den Klimawandel für unsere Kindeskinder so nicht mehr gehalten werden kann, ist vielleicht hilfreich für eine Neubewertung. Unser Leben braucht in Zukunft mehr Zeitwohlstand für alle, wenn es denn ein gutes Leben geben soll.

(3)
Das öffentliche Leben schätzen lernen

Die aristotelische Masterkategorie des guten Lebens ist die politische Teilhabe am öffentlichen Leben. Bemerkenswerterweise ist Studien zufolge der Genuss dieses relationalen Gutes weltweit stark gesunken. Das heißt, die Bereitschaft für politisches Engagement hat signifikant abgenommen. Politikverdrossenheit und -müdigkeit sind Phänomene, die allerorten diskutiert werden. Die jüngsten Proteste der »Querdenker« gegen die Pandemiemaßnahmen haben zwar viele auf die Straße gebracht, aber wenig Debatten um politische Alternativen entfacht. Höchstens zur materiellen Absicherung oder Verbesserung der eigenen Position scheinen Menschen in größerem Umfang politisch aktiv zu werden. Wie wir in jüngerer Zeit wieder erfahren mussten, nicht nur durch Arbeit und Pflichterfüllung, sondern auch durch »Vetternwirtschaft« und Korruption.

Die zentrale Bedeutung, die der Kategorie Zeit für die Demokratie zukommt, ist noch unterthematisiert: Auf der einen Seite sehen sich demokratische Willensbildungsprozesse zunehmend Anfechtungen ausgesetzt, da sie per se ein Verlangsamungsprozedere sind. Die Pandemie hat das sehr deutlich gemacht: Schnelles Handeln war nötig und wurde auf die Exekutive konzentriert. Wissensbasierte Maßnahmen waren erforderlich und haben einem kleinen Kreis an Virolog*innen großen Einfluss auf Politik und Öffentlichkeit verschafft. Darüber verstärken sich Tendenzen der Machtkonzentration, der Exklusion und Elitenbildung. Das provoziert Legitimationsverluste für die Demokratie und fördert Polarisierung.

Zum anderen überfordern Modelle der direkten, partizipativen oder deliberativen Demokratie wie auch soziale Bewegungen häufig Menschen mit weniger Zeitressourcen und konterkarieren ihr originäres Ziel einer breiten Beteiligung. Eine Aufwertung der Teilhabe am öffentlichen Leben hilft, diese Dilemmata abzubauen. Die politische Förderung des Ehrenamts, wie wir sie in Deutschland kennen, ist sicherlich löblich, aber kaum ausreichend. Wer findet ein Amt schon sexy oder würde es mit Genuss in Verbindung bringen? Nur eine lebensweltlich erfahrbare und genießbare Form der Teilhabe, in der Zeitgestaltung eigenverantwortlich und ganz konkret organisiert wird, kann ein zentraler Hebel sein. Dies betrifft sowohl staatliche als auch gesellschaftspolitische Ebenen. Als Erstes aber müssen sich die Institutionen der politischen Repräsentanz, allen voran die Parteien, sowie die Gewerkschaften und (Berufs-)Verbände endlich erneuern und verjüngen.

(4)
Arbeitszeitverkürzung: Königsweg für ein gutes Leben?

Es ist allgemein anerkannt, und jede/r von uns kann es unter Coronabedingungen erneut bestätigen: Sinnstiftende Arbeit ist elementar für ein gutes Leben. Es gilt, die Arbeitsbedingungen selbst zu verbessern, damit Arbeit eine Quelle des Wohlbefindens werden kann. Doch heute gehen bessere Arbeitsbedingungen und höhere Einkommen oft mit längeren Arbeitszeiten und so mit einem Verlust von Zeitwohlstand einher. Die Rechnung ist

einfach: Lange Arbeitszeiten reduzieren den Zeitwohlstand, oft auch den sozialen Zusammenhalt und somit insgesamt die Lebensqualität. Nicht zu vergessen die Lebenserwartung: Eine aktuelle Studie der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) kommt zu dem Ergebnis: Wer mehr als 40 Stunden pro Woche arbeitet, hat ein deutlich höheres Risiko, schwer zu erkranken oder zu sterben.

Darum ist die Gestaltung von Arbeitszeit eine der wichtigsten Komponenten, mit der Zeitwohlstand für alle erhöht werden könnte. Ein Königsweg ist die Arbeitszeitverkürzung. Die historischen Erfahrungen der industriellen Nachkriegsgesellschaften dokumentieren eindrücklich, dass Arbeitszeitverkürzungen mit hoher ökonomischer Produktivität einhergehen können und gleichzeitig ungewollte soziale Probleme wie Massenarbeitslosigkeit vermeiden oder eindämmen helfen. Bisher waren diese Dynamiken immer dem Wirtschaftswachstum verpflichtet. Mit einem veränderten Zeitregime und einem stärkeren Akzent auf relationalen Gütern sowie ökologischen Belangen könnte sie aber auch andere Ziele anstreben, wie zum Beispiel bessere Arbeitsbedingungen oder ressourcenschonenderes Wirtschaften, ohne die erlangten materiellen Standards zu senken. Verschiedene Berechnungen zeigen zum Beispiel, dass bei uns die Arbeitszeit bis 2035 um 15 Prozent sinken könnte, ohne zu größeren materiellen Einbußen zu führen.

Allerdings handelt es sich bei Themen rund um die Arbeitszeitverkürzung um ein hochkomplexes, schwer umkämpftes und machtdurchsetztes Feld, welches auf Impulse zur Veränderung der Zeitregime nur träge oder gar nicht reagiert beziehungsweise diese abwehrt. Obwohl arbeitspolitische Fragen in vielen Ländern originär in der Verhandlungsautonomie zwischen Unternehmen und Gewerkschaften liegen, hat der Staat selbst vielfältige Möglichkeiten bei der Gestaltung von Arbeitszeiten. So könnte er die aktuelle Phase des Homeoffice nutzen, um über den normsetzenden öffentlichen Dienst zeitpolitische Maßnahmen breitenwirksam in die Arbeitswelt einzuführen. Vorschläge sind die »kurze Vollzeit für Alle«, »Lebensarbeitszeitkonten«, mit Blick auf Vereinbarkeit von Beruf und Familie noch zu wenig ausgereizte »Teilzeitgesetze« oder Rechte auf temporäre Freistellungen: Sie würden erlauben, Arbeitszeiten den persön-

lichen Bedürfnissen und der biografischen Situation anzupassen. Studien aus verschiedenen Ländern belegen, dass bereits heute viele Arbeitnehmer*innen statt mehr Geld mehr freie Zeit als Leistungsanreiz bevorzugen.

Insbesondere die in einen kurzen Lebensabschnitt zusammengedrängten Aktivitäten beruflicher Karriereplanung, Familiengründung, Zukunftsabsicherung, die bei vielen zu einer rastlosen *Rush Hour of Life* werden, könnten durch neue Zeitpolitiken entzerrt werden. Sie würden die bis heute tradierten Modelle der häuslichen Arbeitsteilung und das Leitbild des biografischen Nacheinanders (Jugend – Erwerbstätigkeit – Alter), welches in der mittleren Lebensphase fast zwangsläufig starken Stress verursacht, aufbrechen und neue Muster des zeitlichen Neben- und Miteinanders entwickeln helfen. Eine solche Zeitpolitik muss sowohl die Gestaltung der formellen Erwerbsarbeit als auch der häuslichen Arbeit, der produktiven wie der reproduktiven Tätigkeiten gleichberechtigt bewerten. Hier sind nicht zuletzt auch Regelungen der Lebensarbeitszeit beziehungsweise der Versorgungs- und Rentenansprüche oder Altersteilzeit konkrete Instrumente zur Förderung von Zeitwohlstand.

Auf der gesellschaftspolitischen Seite bleiben die Gewerkschaften die politisch wichtigsten Akteurinnen zugunsten einer Arbeitszeitverkürzung. Diese hängen traditionell einem materiellen Wohlstands- und Wachstumsmodell an. Nicht grundlos: Seit den 1990er-Jahren hat der Anteil der Lohnsumme am Bruttoinlandsprodukt in allen Regionen der Welt abgenommen, was mit einer relativen Verschlechterung der materiellen Lage der Erwerbstätigen einhergeht. Heute wird in den meisten Teilen der Welt nicht weniger, sondern wieder mehr gearbeitet; gleichzeitig ist mehr als die Hälfte aller global Erwerbstätigen in prekären Verhältnissen und ohne entsprechende soziale Absicherung beschäftigt. Besonders die Belastungen für Frauen sind signifikant gestiegen.

Zumindest in den Industrienationen mit mittleren und hohen Einkommen scheint es aber für Gewerkschaften lohnenswert, genauer zu prüfen, wie breit der Resonanzboden für neue (nicht materielle) Wohlfahrts- beziehungsweise Zeitpolitiken ist. Diesen Trend haben die Gewerkschaften bisher ebenso vernachlässigt wie die Option, in den westlichen Ländern mit ihren relativ starken Mittelschichten als Pionierinnen mit

neuen Leitbildern des guten Lebens voranzugehen und diese zu popularisieren. Würde Zeitwohlstand als Wohlfahrtsdimension an Anerkennung gewinnen und als Wohlstandsindikator eingesetzt, würde Arbeitszeitverkürzung als politische Forderung enorm an Attraktivität gewinnen – und zum Mobilisierungsmoment werden. Gewerkschaften könnten dann statt um weniger Arbeit für Vollbeschäftigung um mehr Zeit für eine höhere Arbeits- und Lebensqualität ringen. Dann stünde mehr Wohlstand für alle zur Debatte, nicht das defensive und Geschlechterzuschreibungen zementierende »Samstag gehört Vati mir«. Leistungen und Produktivitätszuwächse würden weiter »entlohnt«: nur nicht mehr allein über höheres Einkommen, sondern auch über Zeitzuwachs für nichtmaterielle Wohlfahrtsformen.

Dass sich die Idee des Zeitwohlstandes und eine neue Zeitpolitik, wie sie hier in Ansätzen skizziert wurde, vor Corona noch nicht breitenwirksam durchgesetzt hat, ist wenig verwunderlich. Schließlich stützen die tradierten Zeitregime überaus komplexe Macht- und Herrschaftsstrukturen, und ihre Veränderung würde an mächtigen Institutionen rütteln. Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung ist immer ein Kampf zwischen den Interessen von Unternehmen und Arbeit. Und der Imperativ der Anerkennung beziehungsweise der Aufwertung reproduktiver Tätigkeiten hinterfragt grundlegend die in Kultur, sozialer Praxis und Arbeit tief eingeschriebenen Geschlechterverhältnisse. Lange schien darum die Zeit für eine solche Zeitpolitik nicht reif zu sein.

Doch die Coronakrise ändert vieles. Mittlerweile wissen wir wieder um den Wert von sozialen Bindungen und Gemeinschaft. Nicht nur das Coronavirus hat Menschen getötet, sondern auch unsere Ignoranz, die schuld daran ist, dass unser Gemeinwohl nicht gepflegt wurde. Und wir haben wieder die Gewissheit, dass der Staat handlungsfähig ist und Politik Gemeinwohlinteressen durchsetzen kann – wenn sie will sowie wo, wie und gegen wen sie will.

Die vorhandenen Ressourcen müssen wir augenblicklich stärker für unsere Daseinsvorsorge einsetzen. Die unzureichenden oder kaputtgesparten Gesundheitssysteme müssen darum so rasch wie möglich nachgerüstet werden. Dann muss es darum gehen, mit massiven öffentlichen

Infrastrukturinvestitionen eine möglichst universelle Daseinsvorsorge für alle aufzubauen: Es braucht Investitionen in Gesundheit, Bildung, Betreuung und Pflege, Grundversorgung, Transport sowie eine Stärkung des ländlichen Raums. Hier sind besonders die reproduktiven Tätigkeiten in Betreuung und Pflege aufzuwerten. All das geht nur durch Gemeinsinn.

Damit aus der Betroffenheit der vielen ein gemeinsames Projekt werden kann, muss allen eine Verbesserung der Lebensqualität in Aussicht gestellt werden. Hier ist Zeitwohlstand gefragt. Er ist nicht moralisierend, sondern erlaubt nach der Krise Wohlstandsgewinne für alle, er ist politisch und im Alltag leicht vermittelbar. Er richtet unsere Zukunft und unseren Fortschritt stärker auf immaterielle – und somit ressourcenschonendere – Ziele aus, ohne in Fundamentalopposition zu ökonomischen Erfordernissen zu gehen. Sein Leitbild weicht nicht das Recht auf bessere materielle Lebensbedingungen auf, sondern bietet der Mittelschicht an, die eigene Lebensqualität zu steigern, ohne durch ihren überdehnten Ressourcenkonsum anderen Menschen – und zuletzt sich selbst – Verbesserungen zu verwehren.

Zeitwohlstand könnte zum Lifestyle der nächsten Generationen werden. Der Weltklimarat (ICPP) ist überzeugt, dass es für Leute mit hohem sozioökonomischem Status ohne Weiteres möglich ist, ihre Emissionen zu reduzieren und so zu »Trendsettern für einen kohlenstoffarmen Lebensstil« zu werden. Zehn bis 30 Prozent der Bevölkerung müssten mitmachen, damit sich neue gesellschaftliche Normen entwickeln.

Das hört sich machbar an! Wenn es uns heute gelingt, die richtigen Lehren aus der Coronakrise zu ziehen – und die Klimakatastrophe abzuwenden.

Darum gilt jetzt: Coronazeit ist Wendezeit!

Leitplanken für Zeitwohlstand und nachhaltige Lebensstile:

- Debatten über unser Verständnis von Wohlstand
- Einführung aktiver Zeitpolitik als eigenes Politikressort
- Einsatz des Indikators Zeit als zentrale Maßeinheit zur statistischen Messung von Wohlstand; Begründung einer Kultur des Zeitwohlstandes

- Geschlechtergerechte Verbesserung von Work-Life-Balance durch Aufwertung und Anerkennung von Betreuung, Schaffung von nicht karrierehemmenden Eltern- oder Pflegezeiten, Ausbau öffentlicher Care-Strukturen, Förderung von Mehrgenerationenhäusern
- Soziale Kompetenzförderung und Zeitmanagement als Bildungsauftrag
- Politik attraktiver machen durch niedrigschwellige Mitgliedschaften und erfahrbare Teilhabe
- Arbeitszeitverkürzung als zentraler Hebel nachhaltigen Wirtschaftens

Schluss – mit Corona

Machen wir uns nichts vor: Nach der Krise ist vor der Krise. Die Schockwellen, mit der das Coronavirus gerade die Bruchstellen unserer Zeit zum Krachen bringt, garantieren noch keine Veränderung. Doch die Voraussetzungen für einen Wandel sind so gut wie schon lange nicht mehr: Es sind genug Ressourcen da, wir können aus dem Vollen schöpfen. Politik und Staat sind erwacht und wieder durchsetzungsfähig. Corona zeigt uns allen unsere kleinen und großen Fehler und darüber hinaus die Konturen unserer Zukunft. Die Pandemie wird zur Jahrhundertchance für eine Zeitenwende.

Jetzt müssen wir uns nur noch trauen. Auf unsere »Natalität« vertrauen, die Hannah Arendt beim Menschen entdeckt hat. Also unsere »Gebürtlichkeit«, unsere spezifische Freiheit im Anfangenkönnen. Die Fähigkeit, als kreativ handelnde Akteur*innen eingespielte Pfade zu verlassen, geltende Reaktionsweisen und -ketten außer Kraft zu setzen und genuin Neues hervorzubringen.

Dieses Neu-anfangen-Können, das im Zentrum von Hannah Arendts Werk steht, ist ereignishaft, wie ein Einfall, ein Geschenk. Es lässt sich nicht plangemäß machen oder herstellen. Dieses Geschenk wurde uns allen jetzt zuteil: durch Corona.

Neu anfangen!

Doch nicht jede/r für sich, was schnell zu einem »Jeder gegen jeden« wird. Wandel ist meistens erfolglos, wenn er nur bei der/m Einzelnen angesiedelt ist. Covid-19 kann nicht durch konzentriertes Denken, durch Meditation, Yoga oder ein pandemisches Manifest besiegt werden.

Wir brauchen eine Allianz des Gemeinsamen.

Es bedarf Leitplanken und Institutionen, die die erforderlichen Veränderungen in der Wirtschaft, in der Politik, bei der Verteilung, der Versorgung und dem Konsum, in der Gesellschaft und in der Kultur diskutieren, fördern, anleiten und – wo erforderlich – anschieben.

Politik und Staat sind wieder in Bewegung, aber sie suchen noch nach der richtigen Entscheidung und dem richtigen Weg. Sie brauchen uns!

Das pandemische Manifest hat Berge überwunden, Mythen und Kleingeister erlegt und einen Horizont aufgezeichnet.

Neun Schritte sind gemeinsam zu bewältigen.

Die Reduzierung von Ungleichheit ohne Gleichmacherei; die Neubegründung einer freien und leistungsgerechten Gesellschaft; die Stärkung unseres Gemeinwohls durch eine ehrliche Gemeinschaft; Zukunft schaffen für die Coronageneration; Demokratie systemrelevant machen; mit nachhaltigem Wirtschaften zur zukunftsfesten Gesellschaft gelangen; statt über Naturkatastrophen zu sinnieren, die Agrarwende anpacken und die nächste Pandemie verhindern; mit internationaler Zusammenarbeit alle sichern und – mit Zeitwohlstand glücklich werden und genussvoll dem Klimawandel trotzen.

Dann ist Schluss – auch mit Corona.

Der Weg ist gewiss mühselig, aber es ist wie im wirklichen Leben: Solange wir ihn gemeinsam beschreiten, werden wir nicht nur fluchen und schwitzen, sondern auch lachen und Spaß haben. Und uns am Ende mit dem Erreichten besser fühlen. Nicht zu schnell mutlos werden!

Im Roman *Die Stadt der Blinden* des Literaturnobelpreisträgers José Saramago wird eine zivilisierte Gesellschaft von einer sich rasch ausbreitenden Blindheit befallen. Auf Hilflosigkeit folgen Verwahrlosung, Verrohung, Anomie und Gewaltherrschaft. Die Epidemie endet, als die ersten Blinden über eine gesellschaftliche Organisation nachzudenken beginnen, die ihrem neuen Zustand gerecht wird.

Corona hat uns das Augenlicht nicht genommen.

Werden wir zu Sehenden!

Gewissheiten und Inspirationen

Aus Fehlern lernen: Aufbruch in eine postpandemische Zukunft

Becker, Volker (2008): Der Einbruch der Naturwissenschaft in die Medizin. Gedanken um, mit, über, zu Rudolf Virchow. Berlin: Springer.

Korte, Hermann (Hrsg.) (2013): Der Mythenjäger. Texte von Norbert Elias. Berlin: Springer.

Koselleck, Reinhart (2021): Kritik und Krise. Eine Studie zur Pathogenese der bürgerlichen Welt. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Mythos #1

Beck, Ulrich (1987/2020): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Bendel, Petra / Bekyol, Yasemin / Leisenheimer, Marlene (2021): Auswirkungen und Szenarien für Migration und Integration während und nach der Covid-19 Pandemie, MFI Erlangen [https://www.covid-integration.fau.de/files/2021/04/studie_covid19-integration_fau.pdf].

Bundesregierung (2021): Lebenslagen in Deutschland. Sechster Armuts- und Reichtumsbericht, Berlin [https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Berichte/sechster-armuts-reichtumsbericht.pdf?__blob=publicationFile&v=2].

Butterwegge, Carolin / Butterwegge, Christoph (2021): Kinder der Ungleichheit. Wie sich die Gesellschaft ihrer Zukunft beraubt, Frankfurt am Main: Campus.

Development Initiatives (2020): Global Nutrition Report: Action on Equity to End Malnutrition. Bristol, UK [https://globalnutritionreport.org/reports/2020-global-nutrition-report/].

ILO (2020): Global Wage Report 2020–21: Wages and Minimum Wages in the Time of COVID-19. Genf: ILO [https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/---publ/documents/publication/wcms_762534.pdf].

Nachtwey, Oliver (2016): Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Oxfam (2021): Das Ungleichheits-Virus [https://www.oxfam.de/system/files/documents/oxfam_factsheet_ungleichheitsvirus_062021.pdf].

Solga, Heike / Powell, Justin / Berger, Peter A. (Hrsg.) (2009): Soziale Ungleichheit. Klassische Texte zur Sozialstrukturanalyse. Frankfurt am Main: Campus.

Mythos #2

Aulenbacher, Brigitte / Dammayr, Maria / Dörre, Klaus / Menz, Wolfgang / Riegraf, Birgit / Wolf, Harald (Hrsg.) (2017): Leistung und Gerechtigkeit – Das umstrittene Versprechen des Kapitalismus. Weinheim: Beltz Juventa.

Hartmann, Michael (2016): Die globale Wirtschaftselite. Eine Legende. Frankfurt am Main: Campus.

Oxfam (2020): Confronting Carbon Inequality. Putting Climate Justice at the Heart of the COVID-19 Recovery [https://oxfamilibrary.openrepository.com/bitstream/handle/10546/621052/mb-confronting-carbon-inequality-210920-en.pdf].

Pickett, Kate / Wilkinson, Richard (2009): Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind. Berlin: Haffmans & Tolkemitt.

Piketty, Thomas (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert. München: Beck.

Saez, Emmanuel / Zucman, Gabriel (2020): Der Triumph der Ungerechtigkeit! Steuern und Ungleichheit im 21. Jahrhundert. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Verheyen, Nina (2018): Die Erfindung der Leistung. München: Hanser Berlin.

Mythos #3

Allmendinger Jutta (2021): Es geht nur gemeinsam! Wie wir endlich Geschlechtergerechtigkeit erreichen. Berlin: Ullstein.

Esping-Andersen, Gøsta (1990): The three worlds of welfare capitalism. New Jersey: Princeton University Press.

Foundational Economy Collective (2019): Die Ökonomie des Alltagslebens. Für eine neue Infrastrukturpolitik. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Heller, Hermann (1934/1983): Staatslehre. Tübingen: Mohr Siebeck.

Lessenich, Stephan / Ostner, Ilona (Hrsg.) (1998): Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive. Frankfurt am Main: Campus.

Meyer, Thomas (2011): Theorie der Sozialen Demokratie. Wiesbaden: VS Verlag.

Piwernetz, Klaus / Neugebauer, Edmund (2021): Strategiewechsel jetzt! Corona-Pandemie als Chance für die Neuausrichtung unseres Gesundheitssystems. Berlin: De Gruyter.

Schnerring, Almut / Verlan, Sascha (2020): Equal Care. Über Fürsorge und Gesellschaft. Berlin: Verbrecher Verlag.

Stuckler, David / Basu, Sanjay (2014): Sparprogramme töten. Die Ökonomisierung der Gesundheit. Berlin: Klaus Wagenbach.

Winker, Gabriele (2015): Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft. Bielefeld: Transcript Verlag.

Mythos #4

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2019): Steigende Schülerzahlen im Primarbereich: Lehrkräftemangel deutlich stärker als von der KMK erwartet [https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Bst/Publikationen/GrauePublikationen/BST-19-024_Policy_Brief_Schu__lerzahlen-Impulse_die_Schule_machen__6__002_.pdf].

Bourdieu, Pierre / Passeron, Jean-Claude (1971): Die Illusion der Chancengleichheit. Untersuchungen zur Soziologie des Bildungswesens am Beispiel Frankreichs. Klett: Stuttgart.

Bourdieu, Pierre (1987/2021): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Dohmen, Dieter / Hurrelmann, Klaus (2021): Generation Corona? Wie Jugendliche durch die Pandemie benachteiligt werden. Weinheim / Basel: Beltz Juventa.

Hammerstein, Svenja / König, Christoph / Dreisoerner, Thomas / Frey, Andreas (2021): Effects of Covid-19-Related School Closures on Student Achievement – A Systematic Review [https://psyarxiv.com/mcnvk/].

Ikeda, Miyako (2020): »Were Schools Equipped to Teach – and Were Students Ready to Learn – Remotely?«. PISA in Focus, No. 108. OECD Publishing, Paris [https://www.oecd-ilibrary.org/docserver/4bcd7938-en.pdf?expires=1627301915&id=id&accname=guest&checksum=7C21F09A5E147364C387B3EDD0F208B1].

Rasfeld, Margret (2021): FREI DAY. Die Welt verändern lernen! Für eine Schule im Aufbruch. München: oekom.

UNICEF (2021): 1 in 3 Countries Are not Taking Action to Help Students Catch up on their Learning post-COVID-19 School Closures [https://www.unicef.org/press-releases/1-3-countries-are-not-taking-action-help-students-catch-their-learning-post-covid-19].

UNICEF (2020): COVID-19 and School Closures: One Year of Education Disruption [https://data.unicef.org/resources/one-year-of-covid-19-and-school-closures/].

Mythos #5

Adorno, Theodor W. (2001): Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Bloch, Ernst (1985): Das Prinzip Hoffnung. Werkausgabe: Band 5. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Bogner, Alexander (2021): Die Epistemisierung des Politischen. Wie die Macht des Wissens die Demokratie gefährdet. Ditzingen: Reclam.

Canetti, Elias (1988): Masse und Macht. Frankfurt am Main: Büchergilde Gutenberg.

Crouch, Colin (2021): Postdemokratie revisited. Suhrkamp: Berlin.

Elias, Norbert (2009): Studien über die Deutschen. Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Hirsch, Michael / Voigt, Rüdiger (Hrsg.) (2017): Symbolische Gewalt. Politik, Macht und Staat bei Pierre Bourdieu. Baden-Baden: Nomos.

Jäggi, Christian J. (2021): Die Corona-Pandemie und ihre Folgen. Ökonomische, gesellschaftliche und psychologische Auswirkungen. Wiesbaden: Springer Gabler.

Laclau, Ernesto / Mouffe, Chantal (2010): Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus. Wien: Passagen-Verlag.

Nachtwey, Oliver / Schäfer, Robert / Frei, Nadien (2020): Politische Soziologie der Corona-Proteste. Universität Basel [https://osf.io/preprints/socarxiv/zyp3f/].

Offe, Claus (2006): Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Aufsätze zur Politischen Soziologie. Hrsg. von Jens Borchert und Stephan Lessenich. Frankfurt am Main: Campus.

Polanyi, Karl (1995): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Mythos #6

Aronoff, Kate / Battistoni, Alyssa / Cohen, Daniel Aldana / Riofrancos, Thea (2019): A Planet to Win. Why We Need a Green New Deal. London, New York: Verso Books.

Benjamin, Walter (2010): Über den Begriff der Geschichte. Werke und Nachlass – Kritische Gesamtausgabe. Bd. 19. Berlin: Suhrkamp.

Blakeley, Grace (2020): The Corona Crash. How the Pandemic Will Change Capitalism. London: Verso.

Dörre, Klaus / Holzschuh, Madeleine / Köster, Jakob / Sittel, Johanna (Hrsg.) (2020): Abschied von Kohle und Auto? Sozial-ökologische Transformationskonflikte um Energie und Mobilität. Frankfurt am Main: Campus.

Dörre, Klaus / Schickert,Christine (Hrsg.) (2019): Neosozialismus. Solidarität, Demokratie und Ökologie vs. Kapitalismus. München: oekom.

Eckert, Andreas / Hentschke, Felicita (2021): Corona and Work around the Globe. Berlin: De Gruyter.

Fatheuer, Thomas / Fuhr, Lili / Unmüßig, Barbara (2015): Kritik der Grünen Ökonomie. München: oekom.

Flore, Manfred / Kröcher, Uwe / Czycholl, Claudia (2021): Unterwegs zur neuen Mobilität. Perspektiven für Verkehr, Umwelt und Arbeit. München: oekom.

Greenpeace (2020): Arbeiten nach Corona. Warum Homeoffice gut fürs Klima ist [https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/s03091_gp_home_office_studie_08_2020_dt_fly_fin_04.pdf].

Morena, Edouard / Krause, Dunja / Stevis, Dimitris (2019): Just Transitions. Social Justice in the Shift Towards a Low-Carbon World. London: Pluto Press.

Paumen, Anja (2021): Projekt Klimaschutz. Was jetzt geschehen muss, um noch die Kurve zu kriegen. München: oekom.

Rawls, John (2001): Justice as Fairness: A Restatement. Cambridge: Harvard University Press.

Schmidtner, Eva / Dabbert, Stephan (2009): Nachhaltige Landwirtschaft und Ökologischer Landbau im Bericht des Weltagrarrates, Universität Hohenheim: BÖL [https://orgprints.org/id/eprint/15924/1/15924-08OE149-uni_hohenheim-dabbert-2009-weltagrarrat.pdf].

Mythos #7

Davis, Mike (2005): Vogelgrippe. Zur gesellschaftlichen Produktion von Epidemien. Berlin: Assoziation A.

Neussel, Walter (Hrsg.) (2021): Verantwortbare Landwirtschaft statt Qualzucht und Qualhaltung. Was warum schiefläuft und wie wir es besser machen können. München: oekom.

Opielka, Michael (2017): Soziale Nachhaltigkeit. Auf dem Weg zur Internalisierungsgesellschaft. München: oekom.

Wallace, Rob (2020): Was COVID-19 mit dem Agrobusiness zu tun hat. Köln: Papyrossa.

Welthungerhilfe (2020): Welthunger-Index. Kein Hunger bis 2030. Bonn/Dublin [https://www.globalhungerindex.org/pdf/de/2020.pdf].

Mythos #8

Buckel, Sonja / Kopp Judith (2021): Das Recht, nicht gehen zu müssen. Europäische Politik und Fluchtursachen. Wien: AK [https://www.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/eu/internationalerhandel/menschenrechte_internationale_wirtschaft/AK_Studie_Fluchtursachen_2021.pdf].

Brand, Ulrich / Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München: oekom.

Elsner, Wolfram (2021): Die Zeitenwende. China, USA und Europa »nach Corona«. Köln: Papyrossa.

Lessenich, Stephan (2016): Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis. München: Hanser Berlin.

Scherrer, Christoph (2021): America Second? Die USA, China und der Weltmarkt. Berlin: Bertz + Fischer Verlag.

Mythos #9

Bruni, Luigino (2008): Reciprocity, Altruism and the Civil Society. In Praise of Heterogeneity. London/New York: Routledge.

Deutscher Bundestag (2013): Schlussbericht der Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft. Berlin.

Elias, Norbert (1988): Über die Zeit. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Jackson, Tim (2021): Wie wollen wir leben? Wege aus dem Wachstumswahn. München: oekom.

Kaspar, Thomas / Hebel, Stephan (2021): Heile Welt. 32 Ideen für ein Leben nach Corona. Frankfurt am Main: Societäts-Verlag.

Lepenies, Philipp (2013): Die Macht der einen Zahl. Eine politische Geschichte des Bruttoinlandsprodukts. Berlin: Suhrkamp.

Mau, Steffen (2017): Das metrische Wir. Über die Quantifizierung des Sozialen. Berlin: Suhrkamp.

Mückenberger, Ulrich (2012): Lebensqualität durch Zeitpolitik. Wie Zeitkonflikte gelöst werden können. Berlin: Edition Sigma.

Ramírez, René (2012): La vida (buena) como riqueza de los pueblos. Hacia una socioecología política del tiempo. Quito: Editorial IAEN [https://ia801309.us.archive.org/13/items/002LaVidaBuenaComoRiquezaDeLosPueblos/002-La-vida-buena-como-riqueza-de-los-pueblos.pdf].

Rosa, Hartmut (2005): Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Stiglitz, Joseph / Sen, Amartya / Fitoussi, Jean-Paul (2010): Mismeasuring Our Lives. New York: The New Press.

Zimpelmann, Beate / Endl, Hans-L. (Hrsg.) (2008): Zeit ist Geld. Ökonomische, ökologische und soziale Grundlagen von Arbeitszeitverkürzung. Hamburg: VSA-Verlag.

Schluss

Arendt, Hannah (1998): Vita activa oder Vom tätigen Leben. München/ Zürich: Piper.

Saramago, José (1997): Die Stadt der Blinden. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Die Corona-Krise wird häufig als Zeitenwende beschrieben. Zwei Wege scheinen von nun an möglich: Der eine überhöht den vorpandemischen Zustand als positiv besetzte Normalität und dreht das Rad zurück. Doch wir können nicht zum Normalen zurück. Denn das Normale war das Problem.

Der andere Weg zieht Lehren aus der Pandemie und beginnt, unser Zusammenleben neu auszubuchstabieren. Der Horizont ist klar: Die Reduzierung von Ungleichheit ohne Gleichmacherei; die Begründung einer freien und leistungsgerechten Gesellschaft; die Stärkung unseres Gemeinwohls durch eine ehrliche Gemeinschaft; Chancen schaffen für die Corona-Generation; Demokratie systemrelevant machen; mit nachhaltigem Wirtschaften zur zukunftsfesten Gesellschaft werden; die Agrarwende anpacken und die nächste Pandemie verhindern – und mit Zeitwohlstand glücklich werden und genussvoll dem Klimawandel trotzen. Das Manifest leuchtet diesen Weg aus!

Hans-Jürgen Burchardt ist Professor für Internationale Beziehungen an der Universität Kassel und fördert als Direktor des Maria Sibylla Merian Center for Advanced Latin American Studies CALAS den Ideenaustausch zwischen Nord und Süd.

oekom